prodomo

zeitschrift in eigener sache

Nummer 10 - Dezember 2008 3 Euro

Nationbuilding wahnhaft:
„Anschluss“ und „Nakba“
Österreicher und Palästinenser als Opferkollektive

„Nicht bis zum jüngsten Tag über Sanktionen reden“
Benny Morris im Interview

Mission Impossible: Agent verbrannt
Das Ende des „moderaten Islams“

Theorie des Wahns - Wahn der Theorie
Zur Kritik wertneutraler Antisemitismustheorien

Deutsches Krisenmanagement
Ein neuer Höhenflug des Antiamerikanismus

#10

Inhalt

Editorial: In eigener Sache ..... Seite 4

GERHARD SCHEIT: Nationbuilding wahnhaft: „Anschluss“ und „Nakba“
Die Erfindung der Österreicher und der Palästinenser als Opfer-Kollektive: Rückblick auf ein Gedenkjahr ..... Seite 5

JAN HUISKENS: Ein Mann der Wahrheit
Eine abschließende Würdigung George W. Bushs ..... Seite 10

„Wir können nicht bis zum Tag des jüngsten Gerichts über Sanktionen reden...“
BENNY MORRIS im Interview mit Mathias Schütz ..... Seite 13

HORST PANKOW: Mission Impossible: Agent verbrannt
Das Ende des „moderaten Islams“ ..... Seite 16

ALEX GRUBER: Theorie des Wahns – Wahn der Theorie
Zur Kritik wertneutraler Antisemitismustheorien ..... Seite 21

PHILIPP LENHARD: Deutsches Krisenmanagement
Ein neuer Höhenflug des Antiamerikanismus ..... Seite 27

German Images (6)
RAINER WASSERTRÄGER: „Ich nehme diesen Preis nicht an…“ ..... Seite 32

PHILIPP LENHARD: Der Großmeister des Rechtschreibanarchismus
Bernhard Schmid hat wieder zugeschlagen ..... Seite 33

Rezensionen

FRANZ FORST/NIKLAAS MACHUNSKY: Radikal formal
Die *Krisis* taucht die Welt in ein einheitliches Licht - und ist geblendet ..... Seite 36

MATHIAS SCHÜTZ: Die Weisen von Palästina
Hillel Cohen erzählt die Geschichte palästinensischer Kollaborateure ..... Seite 41

GEORG WEERTH: Der Wein
Teil 1 ..... Seite 45

Termine ..... Seite 46

Die Website der Prodomo ist zu finden unter

http://www.prodomo-online.tk

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

der Antiimperialismus, also die Ideologie der unterdrückten Völker, hat viele Fürsprecher. Einer davon ist Heinz-Christian „HC" Strache, Bundesvorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreichs, der in einem Interview mit den Online-Redakteuren der Wiener Tageszeitung *Der Standard* auf die Frage: „Die USA haben einen neuen Präsidenten gewählt. Glauben Sie, wäre Österreich bereit für eine Person mit Migrationshintergrund als Präsident oder Kanzler?", folgendes antwortete: „Das ist eine völlig andere historische Entwicklung, die man mit der europäischen nicht vergleichen kann. Die Ureinwohner in Amerika sind Indianer. Es wäre schön, wenn ein Indianer Präsident der Vereinigten Staaten wäre. Das wäre gerecht. So handelt es sich bei Weißen als auch bei Schwarzen um Zuwanderer."

Und diese „Zuwanderer", also Volksfremde, die den urwüchsigen Indianervölkern seit Jahrhunderten die Herrschaft über ihren angestammten Boden, also das Staatsgebiet der USA, vorenthalten, haben dort noch nie etwas verloren gehabt. Deswegen kann sich „HC" auch nicht für den designierten US-Präsidenten Barack Obama erwärmen. Die historische Entwicklung Europas ist mit der der USA tatsächlich nicht zu vergleichen, in der Gedankenwelt des „HC" gelingt der Vergleich der Indianer mit den Österreichern dafür umso besser. Zwar können sich die Österreicher dank vergleichsweise geringen Zustromes von Volksschädlingen gerade noch so gegen die zersetzende Zuwanderung behaupten, während die Indianer Nordamerikas schon vor längerer Zeit zu großen Teilen ermordet und vertrieben worden sind, aber „HC" und seine VGs sind sich sicher, dass zwei blutsmäßig mit dem Boden verwurzelte Völker diesen gegen eine entwurzelnde Übermacht verteidigen müssen. Das vermeintlich Urwüchsige und damit automatisch Gute gelte es gegen das Künstliche des Weltmarktes und seiner „überflüssigen" Menschen aus dem Ausland, die sich in Ländern wie Österreich ein besseres Leben erhoffen, zu schützen. Trotzdem wird man demnächst in keiner der einschlägigen linken Publikationen für Völkerschutz von der Bedrohung der österreichischen Stämme durch Einwanderungsimperialismus lesen. Konsequent wäre es jedoch allemal. ■

Redaktion Prodomo
Köln, Dezember 2008

Die *Prodomo* kann als kostenlose PDF-Version oder für je € 3 zzgl. € 1 Versandkosten (ab #3 als Kopie) bestellt werden.

#1 Aus dem Inhalt: Philipp Lenhard über den Höhenflug des Deutsch-Pop / Fabian Kettner über Christoph Türcke

#2 Aus dem Inhalt: Horst Pankow über den Muslim-Test / Joachim Wurst über Jürgen Habermas

#3 Aus dem Inhalt: Jan Gerber über die Geschichte des Antiimperialismus / Esther Marian über Karneval

#4 Aus dem Inhalt: Horst Pankow über einen Deutschen Islam / Dirk Lehmann über Mao und Nasrallah

#5 Aus dem Inhalt: Ingo Elbe über Marxismus-Mystizismus / Philipp Lenhard über das Geld des Geistes

#6 Aus dem Inhalt: Walter Felix und Jan Huiskens über Feinde der Aufklärung / Horst Pankow über die RAF

#7 Aus dem Inhalt: Luis Liendo Espinoza über Appeasement / Niklaas Machunsky über Alain Badiou

#8 Aus dem Inhalt: Adam Freitag über den Rechtsstaat / Fabian Kettner über Claude Lanzmann

#9 Aus dem Inhalt: Bastian Assion über Tibet / Philipp Lenhard über Chávez

Nationbuilding wahnhaft: „Anschluß“ und „Nakba“

Die Erfindung der Österreicher und der Palästinenser als Opfer-Kollektive: Rückblick auf ein Gedenkjahr

GERHARD SCHEIT

Die Trauer über den Tod Jörg Haiders trug in vielerlei Hinsicht surreale Züge. Die im öffentlichen Raum zur Schau gestellte innere Erschütterung hinterließ nicht nur den Eindruck, dass man hier den Abschied von Prinzessin Diana in den Formen des Kärntner Brauchtums nachgespielt hat. „Haider ist unsere Lady Di“, hieß es wörtlich und mit tränenerstickter Stimme. Aber er war eben mehr. So erinnerte das Staatsbegräbnis in Klagenfurt, live im Staatsfernsehen gesendet, zugleich an die Feierlichkeiten, mit denen Jassir Arafat vor einigen Jahren in Ramallah zu Grabe getragen wurde. Bei allen regionalen Unterschieden, die sich in Trachtenkleidern der verschiedensten Alpenregionen ebenso wie in Reminiszenzen ans Dritte Reich niederschlugen (die Kärntner Freiwillige Feuerwehr trug, merkwürdig verfremdet, kleine weiße Wehrmachtshelme), war da in den zahlreichen Interviews und Reportagen ein vergleichbarer Zustand panischer Reaktion und allgemeiner Verwirrung zu beobachten, der Bevölkerung, Massenmedien und politische Repräsentanten [1] einte wie sonst nur ein gemeinsamer Feind. Und darum fehlte auch hier nicht das Gerücht, dass eben dieser Feind dahinterstecken müsse, wenn der geliebte Führer das Zeitliche segnet; dass also der israelische Geheimdienst seine Hände im Spiel habe, wenn der schwer alkoholisierte Landeshauptmann nach dem nächtlichen Diskobesuch in den Tod rast. [2] Sein Ende war in diesem zweideutigen Sinn ein letzter Beweis seiner Volksnähe. Der Wahnsinn, der diese Nation im Innersten zusammenhält, schuf sich dann beim Begräbnis Luft in der Rede des designierten Nachfolgers in der Kärntner Partei. Darin nämlich hieß es unverblümt, Haider sei den „Opfertod für Kärnten gestorben“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 20. 10. 08.).

Deutsches Blut in österreichischen Adern

Tausendjährige Nationen können innerhalb weniger Jahre entstehen – und kaum jemand wundert sich darüber. Österreichern und Palästinensern ist aber nicht nur gemeinsam, dass sie ihren Status als eigene Nation von heute auf morgen gewinnen konnten – und zwar nachdem sie sich erst einmal gegen die selbständige staatliche Existenz entschieden hatten: die Deutschösterreicher 1938, die palästinensischen Araber 1948. Beider nationale Identität ist zugleich aufs engste, wenn auch in ganz unterschiedlicher Weise mit der Leugnung der Shoah verbunden.

Der Zweiten Republik Österreich, die 1945 nach dem Einmarsch der Roten Armee ausgerufen wurde, ist eine Erste vorausgegangen, die ursprünglich Deutschösterreich hieß. Dieser Name, der durch den Friedensvertrag von Saint Germain in Republik Österreich abgeändert werden musste, verweist eben noch darauf, dass es bis 1938 zwar einen selbständigen österreichischen Staat, aber keine innere Anerkennung für ihn, also keine entsprechende Nation gab. Die populäre Formulierung, die man bis heute dafür hat, um die dann manifest gewordene, allgemeine Begeisterung für Hitler zu verharmlosen, lautet: der Staat, den keiner wollte.

Die Deutschösterreicher wollten – direkt oder indirekt und mit wenigen Ausnahmen, zu denen die Monarchisten zählten – den Anschluss an Deutschland, weil sie sich national als Deutsche verstanden. Die Sozialdemokraten waren darin noch entschiedener als die Christlichsozialen, die ab 1933 für sich in Anspruch nahmen, in Österreich den besseren deutschen Staat und den besseren Faschismus ins Werk zu setzen. Und Deutschland wurde als das „Reich“ schlechthin oder als „Altreich“ bezeichnet, ähnlich wie man heute in Deutschland von den alten Bundesländern spricht. Jean Améry hat beschrieben, wie unbehaglich diesem Österreicher, der keiner sein wollte, „in seiner Haut“ war: „Er hatte keine Achtung vor seinem Land – und darum niemals wirkliche Selbstachtung. Gehörte er der damals älteren Generation an, träumte er sich [...] häufig zurück in die k. u. k. Monarchie. Die Jüngeren starrten seit 1933 in ihrer großen Mehrzahl gebannt hinüber nach Deutschland, ins ‚Reich‘; eine Minderheit nahm es ernst mit dem proletarischen Interna-

tionalismus. Keiner war eins mit sich und dem Alpenländchen." (Améry 2005, S. 556f.)

Die Existenz eines eigenen Staats war 1919 von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs durch das „Anschlußverbot" oktroyiert worden. Die ganze Existenz dieses Staats wurde darum als Symbol für die Niederlage verstanden, und weil der Antisemitismus die bevorzugte Form war, die Niederlage zu verarbeiten, hat man dieses Österreich, das keiner wollte, gerne mit den Juden identifiziert. Es entsprach der Logik dieses Wahns, dass im März 1938 die nichtjüdischen Deutschösterreicher die jüdischen in unvorstellbaren Gewaltexzessen, die selbst die Volksgenossen im Altreich staunen ließen, dazu zwangen, die Gehsteige von den aufgemalten Parolen für ein selbständiges Österreich zu reinigen. Diese Parolen waren von der austrofaschistischen Regierung verbreitet worden, um den drohenden Anschluss zu verhindern. Bundeskanzler Schuschnigg hatte jedoch abgelehnt, das Land durch militärische Gewalt zu verteidigen – mit dem Argument, dass eben dies ein Bruderkrieg wäre: er wies das Militär an, keinen Widerstand gegen den Einmarsch zu leisten, weil „wir um keinen Preis, auch in dieser ernsten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind" (Zit. n. Scheithauer 1984, S. 59).

Tatsächlich war immer deutsches Blut in den österreichischen Adern geflossen, das heißt in den ideologischen Adern derer, die auf dem Territorium der Habsburgermonarchie lebten und deutsch sprachen. Sie sahen sich als Österreicher, so wie die Bayern als Bayern und die Preußen als Preußen: in Hinblick auf ihr Herrscherhaus. National aber definierten sie sich als Deutsche: Hofmannsthal verstand sich noch ebenso selbstverständlich als Deutscher wie Nestroy oder Mozart. Nach der Wiedergeburt des österreichischen Staats in Gestalt der Zweiten Republik figurierten jedoch diese Berühmten mitsamt der ganzen kulturellen Vergangenheit der Habsburgermonarchie plötzlich als Kronzeugen einer österreichischen Nation, die anzuerkennen die Bevölkerung umerzogen wurde. Und zu diesem Zweck, der an die Stelle der dringend nötigen Reeducation trat, datierte man sie auch gleich auf das Jahr 996 zurück, weil damals der Name „Ostarichi" als ortskundliche Auskunft auf einer Schenkungsurkunde aufgetaucht war: Kaiser Otto III. schenkte dem Bistum Freising einen Hof mit 30 kleineren Bauerngütern „in regione vulgari vocabulo Ostarrichi".

Palästina statt Israel

Geht man davon aus, dass bereits die Römer den Namen Palästina verwendeten, der ins Arabische als Falastin übernommen wurde, gibt es diese Nation sogar schon 2000 Jahre. Allerdings verstanden sich die auf diesem Territorium lebenden Araber immer nur als Araber, es gab nie einen palästinensischen Staat. Als Palästinenser wurden lange Zeit eher die Juden bezeichnet, die hier in kleinen Gemeinschaften – ebenso wie die spärliche arabische Bevölkerung – durchgehend seit Jahrhunderten siedelten oder – ebenso wie die Araber seit dem 19. Jahrhundert – in zunehmendem Maß hier einwanderten. Suchte man nach einer engeren nationalen Zuordnung der arabischen Bewohner, so nannte man nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches in erster Linie Syrien. 1937 äußerte Auni Bey Abdul-Hadi, der Vertreter der arabischen Seite gegenüber der Peel-Kommission, die eine Teilung bereits vorgeschlagen hatte, es gebe kein solches Land namens Palästina: „Palästina" sei „ein Begriff, den die Zionisten erfunden haben! Es gibt kein Palästina in der Bibel. Unser Land war Jahrhunderte lang ein Teil von Syrien." (Zit. n. *Jerusalem Post*, 2. 11. 1991) Als Graf Folke Bernadotte 1948 von den Vereinten Nationen in den Nahen Osten entsandt wurde, um einen Waffenstillstand zwischen den arabischen Aggressoren und dem eben gegründeten Staat Israel auszuhandeln, musste er erstaunt feststellen, dass die palästinensischen Araber selber keinen eigenen politischen Willen und kein spezifisch palästinensisches Nationalgefühl entwickelt hätten: „Die Forderung nach einem eigenen arabischen Staat in Palästina wird folglich ohne großen Nachdruck gestellt. Es hat den Anschein, als wären die meisten palästinensischen Araber unter den momentanen Bedingungen recht zufrieden damit, Transjordanien angegliedert zu werden." (Zit. n. Bard 2002, S. 126) Und noch kurze Zeit nach der Gründung Israels sagte Ahmed Shuqeiri, jeder wisse, dass Palästina nichts anderes sei als das südliche Syrien. (Yaniv 1974, S. 5) Shuqeiri wurde dann zum Vorsitzenden der 1964 gegründeten PLO und rief in dieser Eigenschaft 1967 zum Heiligen Krieg gegen Israel auf.

Erst mit dem Krieg, der sogleich folgte, scheint die palästinensische Nation wirklich ausgebildet. Zunächst nur eine Waffe unter anderen in der Aufrüstung gegen Israel, bot sie schließlich die besten Voraussetzungen, auch die Niederlage im Sechstagekrieg zu verarbeiten. In den Worten von Ägyptens Präsident Nasser, der Shuqeiri innerhalb der Arabischen Liga zur Gründung der Palästinenser-Organisation aufgefordert hatte: es gehe der arabischen Seite um „die volle Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes, Mit anderen Worten, unser Ziel ist die Zerstörung des Staates Israel. Unser unmittelbares Ziel dabei ist der Ausbau der arabischen Militärmacht, und unser nationales Ziel ist die Auslöschung Israels." (Zit. n. Bard 2002, S. 153)

Bernard Lewis hat im einzelnen ausgeführt, wie sich die neue Nation im internationalen Raum positionierte: Von 1967 an „spielte die PLO eine prominente, wenn nicht gar die führende Rolle im arabischen Krieg gegen Israel": Während die arabischen Regierungen und Armeen „ein Bild der Niederlage und der Ohnmacht boten, schuf die PLO in scharfem Kontrast dazu ein neues Bild vom Araber als wagemutigem revolutionären Freiheitskämpfer, der allein gegen ungeheuer überlegene Kräfte kämpft anstatt, wie vorher, erfolglos gegen einen kleineren und schwächeren Feind." So wurde aus dem israelischen David, der kühn gegen den Goliath der Arabischen Liga kämpft, plötzlich ein jüdischer Goliath, der versucht, den PLO-David zu töten. Dieses neue Bild übte eine beträchtliche Wirkung in der westlichen Welt aus, „wo es der PLO und ihren Förderern zum ersten Mal seit der Geburt Israels gelang, einen

großen Teil der öffentlichen Meinung, vor allem in den Medien und in der literarischen und akademischen Welt, von einer bis dahin proisraelischen Haltung abzubringen und für eine proarabische Haltung zu gewinnen. Das Argument, dass die Palästinenser eine Nation ohne Heimatland seien und daß die PLO einen revolutionären Kampf für die nationale Befreiung führe, trug viel zu dieser Entwicklung bei." (Lewis 1987, S. 226f.)

In postnazistischen Ländern wie Deutschland und Österreich war dieses „Argument" vermutlich sogar das entscheidende Mittel, den Antisemitismus endlich „ehrbar" (Améry) und „demokratisch" (Jankélévitch) erscheinen zu lassen. Besonders aber in Österreich lag die Identifikation mit den Palästinensern auf der Hand.

Völkerfreundschaft

Die Voraussetzung für die beschleunigte Genese beider Nationen ist der ausgeprägte Opfer-Status. Die nach 1945 frisch gebackenen Österreicher stellten sich als das erste Opfer Hitlerdeutschlands dar. Mit diesem Gründungsmythos löschte die herrschende Ideologie des bald auch als neutral deklarierten Landes aus, wer zuallererst und in unbeschreiblichem Ausmaß die Opfer Hitlerdeutschlands waren, das die Österreicher als Täter, Mitläufer und Zuschauer ebenso mitgetragen hatten wie die übrigen Deutschen – wobei ihnen noch ein besonders hoher Anteil unter den Massenmördern der SS und der Lager zukommt.

Dem „Anschluss" von 1938 und seiner Funktion für die Identität der Österreicher entspricht in der Logik des palästinensischen Opfermythos die „Nakba". Durch die Ablehnung der Teilung, also die Sistierung eines eigenen palästinensischen Staats, und die konzertierte Aggression gegen den der Juden, wurde die palästinensische Identität gleichsam aufgeladen. Gab es allerdings davor bereits etwas wie eine Einheit arabischer Palästinenser, so war sie verbürgt und verkörpert von der Person des Großmuftis von Jerusalem, und eben dieser religiöse Führer hatte sich aktiv an der Shoa beteiligt. [3] Als sein Großneffe Arafat die Führung der neugeschaffenen Nation übernahm, waren alle Vorbereitungen getroffen, dass der Antizionismus auf internationaler Ebene Entsatz für die Schuldumkehr bieten konnte, die in den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs die ehemaligen Volksgenossen wie deren Nachwuchs beschäftigte – und die Opfer der Shoah als die Täter der Nakba wieder ins Schussfeld rückte.

In beiden Fällen handelt es sich jedoch auch um eine Ausgeburt dessen, was als Substantialisierung des Völkerrechts zu fassen wäre. Vom Standpunkt des internationalen Rechts aus gesehen, ist es durchaus korrekt, den Staat Österreich als das erste Opfer Hitlerdeutschlands zu bezeichnen. Der Standpunkt abstrahiert per definitionem davon, dass die Mehrheit der Deutschösterreicher sich als Teil der deutschen Nation verstand und für den „Anschluss" war – und damit 1938 auch die Verfolgung und Ermordung der Juden befürwortete oder billigend in Kauf nahm. Es ist eben genau diese Abstraktion, aus der man die Substanz des österreichischen Nationalbewusstseins machte, die dann lediglich noch mit allerlei historischen Illustrationen eines tausendjährigen Österreich ausgestattet wurde. Wer wie Améry im Exil lebend, Österreich einen Besuch abstattete, konnte zu seiner Verblüffung Zeuge werden, „wie jeder einzelne Österreicher meinte, das historische Zufalls-Äquilibrium der beiden Supermächte, das dem Land eine gewisse Sicherheit und Unabhängigkeit garantierte, sei sein ganz persönliches Verdienst". (Améry 2005, S. 562f.) Außenminister Leopold Figl sagte bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955: „Die Opfer, die Österreichs Volk in dem Glauben an seine Zukunft gebracht hat, haben nun ihre Früchte getragen." (Zit. n. Scheithauer 1984, S. 273) Und Qualtingers *Herr Karl* ergänzt: „Und dann is er herausgetreten ... der ... der Poldl und hat die zwa andern Herrschaften bei der Hand genommen und mutig bekannt: ‚Österreich ist frei!' Und wie i des g'hört hab, da hab i g'wußt: Auch das habe ich jetzt geschafft. Es ist uns gelungen – der Wiederaufbau". (Qualtinger 1995, 181f.) Der ideologische Coup war wirklich nur gelungen, weil es jene zwei anderen „Herrschaften" gab, die zumindest darin noch übereinstimmten, dass Österreich einen Staatsvertrag bekommen und neutral werden sollte. Zusammen konnten sie als die beiden großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in den internationalen, zwischenstaatlichen Verhältnissen auftreten wie der Souverän in den nationalen, innerstaatlichen. Das Interesse an der Selbständigkeit des Landes war auf sowjetischer Seite allerdings größer und älter: In gewisser Weise hatte Stalins Politik die österreichische Nation erfunden, aufbauend aufs Anschlussverbot der westlichen Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Gedacht als taktische Waffe

Wo Österreich am deutschesten ist: Kärnten

gegen Deutschland, sollte sie über Stalins im Alpenland ansässige Partei, die KPÖ, und seine Diplomaten unters Volk gebracht werden – akzeptiert haben sie bis 1945 aber nur die kommunistischen und monarchistischen Widerstandskämpfer und die Exilanten, die ihnen politisch nahestanden. Die eben noch ostmärkische Bevölkerung erfasste dann jedoch recht bald den einzigartigen Vorteil, der sich aus dieser Nationwerdung für sie ergab: ihr Staat musste nicht als Nachfolgestaat des Dritten Reichs firmieren und konnte doch an den Erträgen der Vernichtung teilhaben. Der Zeithistoriker Ernst Hanisch drückt das so aus: „Abwägend formuliert kann wohl von einer Strukturverbesserung gesprochen werden. Die Startbedingungen für die österreichische Wirtschaft waren nach dem Zweiten Weltkrieg (trotz der enormen Zerstörungen) wohl günstiger als nach dem Ersten." (Hanisch 1994, S. 351) Aber als das nationale Bewusstsein prägte sich eben das Bedürfnis heraus, sich bei aller Strukturverbesserung „klein zu machen", wie das Améry mit unnachahmlichem Gespür bemerkt hat, klein „und unscheinbar, klägliches und zum Beklagen einladendes erstes Opfer der Eroberungszüge Hitlers" (Améry 2005, S. 562f.). Es fehlte wirklich nur, dass Österreich Wiedergutmachungsforderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoben hätte. Warum aber Westdeutschland es offenkundig anstandslos akzeptierte, dass dieser Teil des Dritten Reichs sich aus der Verantwortung so einfach davonschlich, bleibt ein wenig rätselhaft. Vielleicht wollte man hier die idealen Bedingungen eines Erholungsortes für die von den Ansprüchen des Westens geplagte deutsche Seele bewahrt wissen.

Die palästinensische Sache hingegen litt darunter, dass hier keine gemeinsame Politik der Siegermächte, keine Überschneidung ihrer Interessen wie in Österreich, mehr zustande kam. Sie dennoch voranzubringen, war niemand besser geeignet als österreichische Politiker, die auch nicht lange zögerten. Nachdem er im Vernichtungskrieg der Wehrmacht auf dem Balkan seine Pflicht erfüllt hatte, betätigte sich das ehemalige Mitglied der SA-Reiterstaffel Kurt Waldheim dergestalt im Dienste der österreichischen Nation und zum Wohl der palästinensischen. In seine Zeit als UN-Generalsekretär fielen nicht nur die israelfeindlichen Resolutionen 332 (1973) und 452 (1979), er selber vermied es während des Jom-Kippur-Kriegs konsequent, den Angriff Syriens und Ägyptens zu verurteilen, und erst nach Umschwung des Krieges zugunsten Israels forderte er, das Feuer einzustellen. 1974 stellte sich Waldheim hinter den Auftritt Arafats vor den Vereinten Nationen, der ein Durchbruch in der weltweiten Anerkennung der palästinensischen Nation war. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vollversammlung, durfte der Chef einer Organisation auftreten, ohne zugleich einen Staat zu repräsentieren.

Waldheims Politik stand dabei im völligen Einklang mit der des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky, der Arafat, wie Robert Wistrich schreibt, „in den Regierungszentralen Europas salonfähig" gemacht hat. (Wistrich 1987, S. 417) Es war der Einklang der österreichischen Nation, der sich nirgendwo so deutlich wie in der Nahost-Politik manifestierte. Bei allem, was sie trennen musste – sie entstammten ja nicht bloß konkurrierenden Parteien, der eine war vielmehr Täter und der andere Opfer gewesen, als es den österreichischen Staat nicht gab –, stimmten doch Waldheim und Kreisky mitsamt ihren Parteien, und nicht anders als FPÖ und KPÖ, grosso modo stets darin überein, das Bündnis mit Arafat und der PLO fast um jeden Preis zu suchen, und diese seltene Einmütigkeit war die logische Fortsetzung davon, über die Nazi-Vergangenheit der Österreicher zu schweigen oder zu lügen und ihre Täter zu schützen. Im Geiste dieser Kontinuität hatte Kreisky den Zionismus als eine „nachträgliche Aneignung von Naziideen unter umgekehrten Vorzeichen" bezeichnet. (Zit. n. Wistrich 1979, S. 78-84)

Während der eine Österreich als Möglichkeit verstand, die einheimischen Nazis in Schach zu halten, indem man sie in die neue Nation integrierte, am besten als Mitglieder der eigenen Regierung, war es dem anderen die einfachste und billigste Lösung, über die eigene Vergangenheit sich hinwegzulügen. Beide arbeiteten im selben Maß daran, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Ländern auszubauen – der eine, um wenigstens innenpolitisch die Arbeitslosigkeit zu verhindern, die in seinen Augen automatisch die Wiederkehr des Faschismus zeitigen musste; der andere, um wenigstens außenpolitisch die Kontinuität des Faschismus fortzusetzen. Dieser nationalen Einigkeit entsprang schließlich das Phänomen Jörg Haider, der zunächst noch in den Fußstapfen des Dritten Reichs die österreichische Nation als „Mißgeburt" bezeichnete, dann aber eilig – als wiederholte er den Schwenk des ersten Vorsitzenden der PLO – zum überzeugten Österreicher mutierte. Mit einiger Konsequenz nannte er schließlich seine Partei die „PLO von Österreich" [4].

Es entspricht dieser inneren Verwandtschaft, daß umgekehrt Haider von vielen Arabern „der Löwe" genannt wurde – wie die österreichische Zeitung *Der Standard* nicht ganz ohne Stolz berichtet. In seinem Buch *Zu Gast bei Saddam. „Im Reich des Bösen"* (erschienen im März 2003!) erzählt der Kärntner Landeshauptmann davon, daß Saddam Hussein ihm bei seinem Besuch in Bagdad im Februar 2002 etwas anvertraute, worüber er „zu schweigen verpflichtet" sei: „Aber es festigte die Einstellung, die ich zum Irak und zu den handelnden Personen gewonnen hatte." (Zit. n. *Der Standard*, 13.10.2008. Nun haben beide das Geheimnis mit ins Grab genommen – und doch kann sich jeder denken, daß es die Vernichtung Israels und die Entmachtung der USA betraf.

Das verfließende Nationalbewusstsein

Die PLO von Österreich und ihr Vorbild in Palästina können, jede auf ihre Weise, nur partiell reüssieren. Jene Gruppe, die einmal die Alleinvertretung der palästinensischen Nation, das imaginäre Gewaltmonopol, ganz selbstverständlich beanspruchen konnte, hat in Gestalt der Hamas einen geradezu unbesiegbaren Konkurrenten bekommen, der mittlerweile im Gazastreifen allein zu herrschen imstande ist. Sein Erfolg liegt

darin, daß er wirklich den Kern der Nation offen zur Schau trägt: die Vernichtung Israels. So fließen ihm die Gelder aus der Islamischen Republik Iran reichlich zu.

Auch in Österreich kam es zu einer Spaltung und zu einem dramatischen Machtverlust jenes Mannes, der als eine Art Arafat der Alpen in die Geschichte eingehen wollte. Während Arafat nach außen hin nicht mehr als Terrorist sondern ganz staatsmännisch auftrat, suchte Haider das Image des Ewiggestrigen endgültig loszuwerden und gab sich so weltoffen wie Tariq Ramadan und Edward Said zusammen. Da der Kärntner Landeshauptmann nun aber in seinem Dienstwagen – als wär's ein kleiner, rasender Führerbunker – den Tod fand, wird seine neue Partei, die ausgerechnet „Bündnis Zukunft Österreich" (BZÖ) heißt, kaum mehr erfolgreich sein. Die Früchte der „Trauerarbeit" – von der seine verwaisten Parteigenossen spontan gesprochen haben, als hätten sie Mitscherlich gelesen – wird die alte FPÖ ernten, die sich bereits zu Lebzeiten als geeigneter erwies, sein Erbe anzutreten. Wie die Hamas ist sie darauf spezialisiert, die nationalen Opfermythen zu pflegen, und in diesem Sinn versteht sie es, die Interessen der Nation gegen die Integration in die EU offensiv zu vertreten, um sie eben dort noch besser zu integrieren. [5]

So wie jedoch Hamas und PLO nicht die Fähigkeit verlieren, in der einen entscheidenden Sache jederzeit sich zu versöhnen, im Kampf nämlich gegen Israel, so stimmt auch die FPÖ mit allen Parteien, ob sie nun deutlich für die EU oder ein wenig gegen sie sind, in einem Punkt überein: die Geschäfte mit den Feinden Israels sich möglichst wenig durch Sanktionen zu verderben, und „Nie wieder Krieg" zu schreien, wenn das Schlimmste durch Militäreinsätze verhindert werden könnte.

Es kehrt gleichsam das Innerste dieser Nation nach außen, daß ihr größtes börsennotiertes Industrieunternehmen, zugleich der führende Öl- und Erdgaskonzern Mitteleuropas, nun mit der Islamischen Republik Iran ins Geschäft zu kommen sucht – und Regierung wie Opposition diese Anbahnung decken. [6] Denn diese Nation entsprang in gewisser Weise auch den Ölförderanlagen, die im Zuge des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs ausgebaut wurden und die dem Land schließlich die zweitgrößte Erdölproduktion in Europa einbrachten. Zunächst konnte die Sowjetunion diese umfangreichen Ressourcen als ehemaliges „Deutsches Eigentum" für ihre Zwecke nutzen, dann ging per Staatsvertrag dieses Erbe an die Republik Österreich über – und heute baut es mit an der großen Leitung, die dorthin reichen soll, wohin die Wehrmacht einst nicht mehr kam, um nebenbei zur Finanzierung jenes Krieges beizutragen, der gegen den Staat der Holocaust-Überlebenden geführt wird. ■

Anmerkungen:

[1] Vgl. hierzu die übersichtliche Darstellung in der *Jerusalem Post*, 19. 10. 2008.

[2] Wie im Fall Arafats misstraut man hartnäckig dem Obduktionsbefund. Die Einäscherung wurde verschoben, und es soll eine zweite Obduktion der Leiche in Auftrag gegeben worden sein. Dass nicht einmal darüber Klarheit herrscht, ob diese Obduktion wirklich stattfindet, macht das Gerücht über den Mossad unwiderstehlich.

[3] Vgl. hierzu Gensicke 1988.

[4] Haider z.B. in der *Süddeutschen Zeitung*, 18. 10. 1996.

[5] Améry hatte schon die besondere Kompatibilität des neuen österreichischen Nationalbewusstseins entdeckt, besaß es doch für ihn in der „umfassenden und leeren Toleranz etwas zutiefst Unglaubwürdiges", da es nicht wie das französische „der Geschichte abgerungen", sondern „vom Weltereignis auferlegt" wurde und man es danach „zu einem Ehrentitel" machte: Es würde „recht gut hineinpassen in ein Europa, von dem es heißt, es stehe schon im Begriffe, die Staaten-Nationen abzuschaffen und an deren Stelle die in einem europäischen Staaten-Verband sich vereinigenden Regionen mit deren Dialekten, deren Folklore, deren spezifischen Identitäten zu entdecken" (Améry 2005, S.565).

[6]Wenn sich seit kurzem innerhalb der österreichischen Grünen und der „Österreichischen Volkspartei" auch kritische Stimmen äußern, zeigt das umgekehrt, wo der Kern dieser Nation liegt: die FPÖ und Haiders BZÖ sind überhaupt für Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran, und in der SPÖ sieht nach wie vor niemand Maßgeblicher einen Anlass, das Geschäft in Frage zu stellen.

Literatur:

Améry, Jean, *Aspekte des Österreichischen*, in: Werke, Bd. 7: *Aufsätze zur Politik und Zeitgeschichte*, hg. v. St. Steiner. Stuttgart 2005.

Bard, Mitchell G, *Behauptungen und Tatsachen. Der israelisch-arabische Konflikt im Überblick*. Holzgerlingen 2002.

Gensicke, Klaus, *Der Mufti von Jerusalem Amin el-Husseini und die Nationalsozialisten*. Frankfurt/M. 1988.

Hanisch, Ernst, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*. Wien 1994.

Lewis, Bernard, *„Treibt sie ins Meer!" Die Geschichte des Antisemitismus*. Frankfurt/M. – Berlin 1987.

Qualtinger, Helmut, *Der Herr Karl und andere Texte fürs Theater*, hg. v. Tr. Krischke. Wien 1995.

Scheithauer, Erich u.a., *Geschichte Österreichs in Stichworten*, Bd. VI: *Vom Ständestaat zum Staatsvertrag - Von 1934 bis 1955*. Wien 1984.

Wistrich, Robert, *Between Vienna and Jerusalem. The Strange Case of Bruno Kreisky*, in: *Encounter*, Mai 1979.

Wistrich, Robert, *Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel*. Ismaning 1987.

Yaniv, Avner, *PLO*. Israel Universities Study Group of Middle Eastern Affairs. Jerusalem 1974.

Ein Mann der Wahrheit

Eine abschließende Würdigung George W. Bushs

JAN HUISKENS

Die Deutschen sind demokratisch in dem Sinne, dass jeder Einzelne dem kollektiven Willen nachspürt und sich bar jeder Reflexion dem nationalen Auftrag verpflichtet fühlt. Das Resultat dieser Konstitution des postnazistischen Subjekts ist eine erstaunliche ideologische Homogenität, die nur notdürftig durch angebliche politische Interessengegensätze übertüncht wird, welche dann den Anschein erwecken, als handele es sich bei der Bundesrepublik um eine herkömmliche westliche Demokratie. Tatsächlich kreisen diese Interessengegensätze immer um das am Gemeinwohl orientierte Zentrum und treiben damit die politische Form negativer Vergesellschaftung in abschreckender Weise auf die Spitze. Ansprüche gelten nur dann als legitim, wenn sie der sozialstaatlich regulierten Produktionsgemeinschaft zugute kommen – das Beharren auf individuellem Glück ist mit der Aura des volksfeindlichen Egoismus behaftet und zieht schon daher das antikapitalistische Ressentiment auf sich.

Wie sehr sich die Deutschen einig sind, wenn es um die Verteidigung dieser Staatsräson geht, zeigt sich in ihrem gemeinsamen Feindbild. Der Feind scheint ganz von diabolischer Bosheit durchdrungen zu sein und verkörpert damit das Antiprinzip zum wärmenden und schützenden Kollektiv. Die extremste Verkörperung dieses Antiprinzips ist in den letzten acht Jahren ein Mann gewesen, der dafür gescholten wird, einseitig, arrogant, gewalttätig und verlogen zu sein. Er habe die Welt in kindischer Weise in gut und böse aufgeteilt und sie mit diesem gefährlichen Stumpfsinn in die Krise geführt. Sein imperialistisch-missionarisches Gebaren habe den Terrorismus hervorgebracht und deutsche Soldaten in den Krieg gezwungen. Selbst vor der Natur habe er nicht Halt gemacht, sondern trage wegen der Nichtunterzeichnung des Kyoto-Protokolls Schuld daran, dass die Wüsten sich ausdehnen und die Eisberge schmelzen. Deutlich wurde diese Wahnvorstellung, die sich ihrerseits durch eine besonders forsch auftretende Schlichtheit des Gemüts auszeichnet, wieder einmal in drastischer Schärfe, als der schmalzige Talk-Pappenheimer Johannes B. Kerner am 5. November anlässlich der US-Wahlen sechs echte Experten darüber diskutieren ließ [1], wie denn nun das Wahlergebnis zu bewerten sei. Selbstredend war jeder der Diskutanten – der greise Journalist Prof. Dieter Kronzucker, der ehemalige Leiter des ZDF-*heute journals*, Wolf von Lojewski, Henryk M. Broder, der Washington-Korrespondent Werner Sonne, der Geschäftsführer der Hertie School of Governance, Prof. Michael Zürn, sowie der vermeintliche US-Kenner Claus Kleber – ein begeisterter Anhänger Barack Obamas, denn warum sollte man auch gelegentlich einer Diskussionsrunde eine abweichende Position zu Wort kommen lassen, wo doch laut empirischer Studien circa 92% der Deutschen Obama gewählt hätten. Außer der Tatsache, dass Obama „bestimmt besser als Bush" sei, fiel den Gesprächspartnern, die sich eigentlich gar nichts zu sagen hatten, kein besonderer Grund ein, warum man sich denn nun so freuen solle. Kleber, der aus Washington zugeschaltet war und von hinten aus einem Monitor grinste, behauptete, Obamas Sieg sei der „Abschluss einer über hundertjährigen Geschichte", die mit Abraham Lincolns Abschaffung der Sklaverei begonnen habe. Er hätte auch gleich sagen können, was man bei *Indymedia* schon lange weiß: „Dass der künftige US-Präsident ein Afroamerikaner ist, ist das einzig Gute an ihm." [2] Und Henryk M. Broder, der manchmal auch besser den Rand halten sollte, brachte flapsig hervor, Obama bringe den „Sexappeal zurück in die Politik". Mehr positives gab es über Obama nicht zu berichten, weil es keinem der Teilnehmer überhaupt um politische Inhalte ging, sondern nur um das Ausagieren eines tief verankerten Antiamerikanismus, gegen den anzustinken sich Broder, der womöglich nur deshalb eingeladen worden war, immerhin bemühte.

Insofern ging es in Kerners lustiger Runde überhaupt nicht um die US-Wahlen oder um Barack Obama, sondern weiterhin um George W. Bush, der immer noch als das Antiprinzip schlechthin verkörpernde Hassfigur auf einem Thron sitzt, den die Bescheidwisser vom Dienst nur allzu gerne mal selbst erklimmen würden. Insofern ist es – bevor der neue Mann den Chefsessel im Weißen Haus einnimmt – angezeigt, noch ein letztes Mal danach zu fragen, wie Bush es geschafft hat, den blanken Zorn der Massen wie der Eliten – nicht nur in Deutschland – auf sich zu ziehen.

In erster Linie war George Walker Bush – so erstaunlich das klingen mag – ein Mann der Wahrheit. Unabhängig davon, ob er wirklich geglaubt hat, dass das irakische Baath-Regime Massenvernichtungswaffen besitze, oder ob er bewusst gelogen hat – was unwahrscheinlich ist, weil er wissen konnte, dass es herauskommen würde –, um einen Krieg gegen den Irak zu legitimieren: Die Welt hasst

ihn, weil er Klartext gesprochen hat. Das Lamento, Bushs dichotomische Weltsicht sei allzu schlicht, kommt gerade von jenen, die sich scheuen, Böses beim Namen zu nennen. Bush hat unterschieden zwischen der „Achse des Übels", wozu er einige der Staaten zählte, die den islamischen Terror finanzieren oder anderweitig unterstützen, und einer „Koalition der Willigen", die den USA dabei behilflich sein wollen, den radikalen Islam in Schach zu halten. Dass bei dieser grundsätzlichen Unterscheidung zahlreiche Widersprüche auftreten – wie der, das Pakistan und Deutschland auf einmal der Seite der Bündnispartner zugeschlagen werden –, spricht nicht gegen diese Differenzierung, sondern gegen eine Weltordnung, in der Pakte mit dem Teufel geschlossen werden müssen, um zwar die Seele, wenigstens aber nicht den Körper zu verlieren. Dass Bush einen Krieg – und zwar den im Irak - vom Zaun gebrochen hat, entspricht den Tatsachen. Das alleine sollte jedoch nicht zu einer moralischen Verurteilung führen. Der Krieg gegen die Taliban aber war nicht vom Zaun gebrochen, sondern bekanntlich eine direkte Antwort auf den Massenmord vom 11. September, der von Afghanistan aus geplant wurde. Das kurzfristige Ziel dieses Krieges – die Zerstörung der al Kaida-Ausbildungslager – wurde erreicht, das langfristige – Afghanistan Ruhe und Freiheit zu bringen – droht zwar angesichts der wieder erstarkenden Taliban, die durch Helfer aus dem Irak unterstützt werden, verfehlt zu werden, aber sogar Obama hat angekündigt, das Augenmerk verstärkt auf Afghanistan zu lenken, so dass die Zukunft zeigen muss, ob es gelingt, aus Afghanistan ein besseres, d.h. menschenfreundlicheres Land zu machen. Ohnehin: Das Reich der Taliban war eines der Barbarei und wäre die Welt eine vernünftige, hätte ihre Herrschaft keinen Tag Bestand gehabt. Ähnlich verhält es sich mit dem Irak: Alleine, dass der Menschenschlächter Hussein die Iraker unterjochte, quälte, tötete, reicht moralisch gesehen vollkommen aus, um den militärischen Sturz des Regimes zu rechtfertigen. Dass jeder Krieg Unschuldige ums Leben bringt, ist wahr, dass aber ein falscher Frieden mitunter grausamer ist als ein Krieg, der nicht auf Vernichtung, sondern auf **regime change** abzielt, ist ebenso wenig zu leugnen.

Hier lacht die Arroganz des Westens

Oft wird unterschlagen, dass Bush zwei Begründungen für den Krieg nannte: Die erste war die Bekämpfung des islamischen Terrorismus, die zweite die demokratische Erneuerung des Nahen Ostens. Unter Saddam Hussein hatten die radikalen Moslems – sofern sie nicht Mitglieder der Baath-Partei oder Familienangehörige waren – nichts zu melden, die Belohnungen für Familien palästinensischer Selbstmordattentäter, die Hussein großzügig fließen ließ, waren Investitionen in die Wahrung des guten Rufes. Doch kaum war Hussein in seinem Erdloch gefangen genommen worden, wurde der Irak zum Hauptkampfplatz des Westens mit dem radikalen Islam. Für al Kaida und Co. ging es darum, das Projekt der demokratischen Erneuerung des Nahen Ostens von Anfang an zu sabotieren, ja, es zum Einsturz zu bringen. Daher bestand und besteht die Strategie al Kaidas in der Erzeugung von Chaos und Schrecken, kein Todesopfer ist aus dieser Perspektive eines zuviel. Nur wenn der **body count** in die Höhe getrieben werden kann, ist es möglich, die USA zum Abzug zu zwingen, um dann endlich den ersehnten Gottesstaat ausrufen zu können. Momentan sieht es zwar so aus, als habe die neue Taktik der Generäle Petraeus und Odierno Erfolg und der Irak könne nach so vielen Jahren des Schreckens doch einmal zum Alltag übergehen, doch die neokonservative Idee, der Welt **freedom & democracy** zu bringen, der Bush überzeugt folgte, scheint ausgespielt zu haben. Diskreditiert und zum Scheitern gebracht wurde sie durch den radikalen Islam, der im Verein mit den Kollaborateuren in Moskau und Berlin, in Paris und Madrid nicht nur den USA, sondern der Freiheit überhaupt den Krieg erklärt hat.

Dazu zählt auch, dass der Krieg gegen Israel verschärft wurde. In Bushs Amtszeit rüstete der Iran soweit auf, dass er nun kurz vor der Produktion der ersten Atombombe steht, die Hisbollah führt einen recht erfolgreichen Zermürbungskrieg, die Hamas wurde Regierungspartei in den Palästinensergebieten. Doch es wäre vermessen, ausgerechnet der Bush-Administration die Schuld an diesen Entwicklungen zu geben, schließlich waren es die Europäer, die immer aufs Neue zum Dialog mit noch den gedungensten Mördern riefen und kategorisch alle härteren Maßnahmen ablehnten. Das größte Versagen Bushs besteht vielleicht darin, dass er es nicht geschafft hat, wichtige

europäische Mächte aus der „axis of weasels“ (D. Rumsfeld) herauszulösen.

Sicher, Bush war kein großer Diplomat, gerade deshalb eckte er in einer Umgebung an, in der den Protagonisten Lüge und scheinheiliges Grinsen zu biologischen Charaktereigenschaften geworden sind. Wenn er lächelte – etwa, wenn er Angela Merkel auf seiner Ranch empfing –, dann war das im Gegensatz zur vermeintlich so verbreiteten amerikanischen Oberflächlichkeit keine Farce, sondern Ausdruck einer Gefühlsregung. Denn eines kann man Bush ganz sicher nicht vorwerfen: dass er ein kalter Bürokrat gewesen wäre, der skrupellos das ausgeführt hätte, was irgendwelche ominösen dunklen Mächte von ihm verlangten. Nein, Bush war ein Idealist und zwar einer, der vom Geist des amerikanischen Universalismus beseelt war, welcher angesichts der vonstatten gehenden Zerfaserung der Gesellschaft in „Kulturen“ und „Ethnien“ noch immer das Bessere darstellt. Der Bushismus, wie ich den von ihm und den Neokonservativen vertretenen Universalismus hier um der Ehrung eines großen Mannes willen nennen möchte, ist verwandt mit dem Kommunismus [3], insofern beide das Individuum befreien und ihm das größtmögliche Glück angedeihen lassen wollen. Der Bushismus versucht wie die Kommunisten, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, in denen die Verwirklichung und Erfüllung des Individuums gelingt. Dass ersterer nicht nur fälschlich Bürger und Individuum in Eins setzt und damit den zivilisatorischen Überschuss der bestehenden Ordnung beständig zu kassieren versucht, sondern sich auch darin täuscht, dass Warenproduktion und demokratischer Staat automatisch zur gepriesenen Erfüllung des Bürgers führen müssen, ist eine Sache. Eine andere ist es, das Ziel der Befreiung des Individuums überhaupt zu formulieren und damit die Bedingung der Möglichkeit dieser virulent zu erhalten. Insofern war der antiamerikanische Hass auf Bush seinem Wesen nach zugleich immer auch antikommunistisch – in einem Sinne, der mit einer Feindschaft gegen stalinistische und maoistische Diktaturen nichts, mit dem Hass auf Aufklärung und Emanzipation dagegen alles zu tun hat.

Die Amtszeit Bushs ist vorbei. Nun gilt es zu hoffen, dass einmal Zustände erkämpft werden können, in der die kommunistische Kritik des Bushismus auf der Tagesordnung steht, weil es der einzig würdige Gegner ist, mit dem Freunde der klassenlosen Gesellschaft es aufnehmen müssen. Dass Bushisten allerdings heute eine ähnlich verschwindende Minderheit darstellen wie Antideutsche, bedeutet, dass vorerst leider ein unwürdiger, aber umso gefährlicherer Feind mit den Waffen der Kritik traktiert werden muss: der radikale Islam und seine Sympathisanten. ■

Anmerkungen:

[1] http://www.jbk.zdf.de/ZDFde/inhalt/3/0,1872,7399075,00.html.

[2] http://de.indymedia.org/2008/10/230981.shtml.

[3] Vgl. John Gray, *Vom Kommunismus zum Neokonservativismus. Zur Aktualität von Kolakowskis Hauptströmungen*, in: *Transit. Europäische Revue*, Nr. 34, Winter 2007/2008, S. 44-51.

anzeige

„Wir können nicht bis zum Tag des jüngsten Gerichts über Sanktionen reden..."

Interview mit Benny Morris

60 Jahre nachdem der Staat Israel nicht nur, aber auch als Folge der Vernichtung der europäischen Juden gegründet worden ist, schreiben Sie, dass ein zweiter Holocaust, verübt mit iranischen Atomwaffen, möglich sei. Warum genau ist es notwendig, im Zusammenhang mit der iranischen Bedrohung diese Vokabel zu benutzen?

Zu allererst denke ich, dass es wahr ist. Ich glaube, dass die Bedrohung durch den Iran, durch iranische Atombomben, real ist. Wenn Atomwaffen gegen Israel eingesetzt würden, würde nicht nur der Staat zusammenbrechen, sondern es würden Millionen von Menschen sterben. Also reden wir über einen Holocaust, das ist die Bedeutung des Wortes. Aber ich benutze das Wort auch, um die Menschen wachzurütteln, damit sie eine Verbindung zwischen dem, was in den 40er Jahren geschehen ist, und dem, was sich in der Zukunft wiederholen könnte, ziehen.

Sie sind scharf kritisiert worden, sowohl für die Benutzung des Wortes „Holocaust" im Zusammenhang mit der iranischen Atombombe, als auch dafür, dass sie die Möglichkeit des Einsatzes israelischer Atomwaffen gegen Iran erwägen. Beispielsweise schrieb M.J. Rosenberg in der *Jerusalem Post*: „Mit anderen Worten: Benny Morris ruft zu einem Holocaust auf, um einen Holocaust zu verhindern". Weiter: „Hätten die Juden die Macht gehabt, die Nazis mit in den Abgrund zu reißen, hätte es keine Endlösung gegeben". (M.J. Rosenberg: *Those obscene Holocaust analogies*, in: *Jerusalem Post*, 12.8.2008) Es scheint sich um eine totale Konfusion über den Inhalt und die Konnotationen des Begriffes zu handeln. Was versteht Rosenberg nicht, bzw. was will er nicht verstehen?

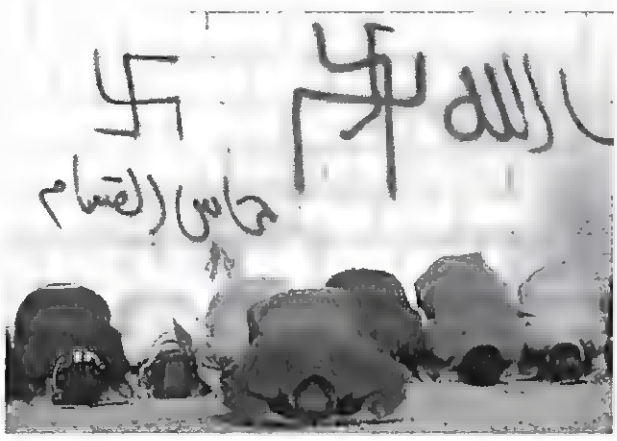
Ich weiß nicht, was geschehen wäre, hätte es den Staat Israel früher gegeben. Was ich weiß, ist, dass es den Holocaust gegeben hat. Was wir auch wissen, ist, dass die Welt nichts wesentliches unternommen hat, die Entwicklung des iranischen Atomprogrammes aufzuhalten. Es gab einige wirtschaftliche Sanktionen, es gab eine Menge Gespräche, aber in 20 Jahren hat das nichts verändern können und nun scheinen die Iraner bald in der Lage zu sein, Atomwaffen herzustellen. Und sie werden ihr Atomprogramm nicht aufgeben, auch dann nicht, wenn schärfere Sanktionen verhängt wer-

Benny Morris, geboren 1948 in Israel, ist Professor für Geschichte an der Ben Gurion University of the Negev in Beer Sheva. Er galt lange Zeit als Kritiker der Gründungsmythen des israelischen Staates. Während der zweiten Intifada bekannte er sich zum Erschrecken seiner Anhänger zu Ariel Sharons Politik. In seinem neuesten Buch *1948. A History of the first Arab-Israeli War*, Yale 2008 vertritt er die These, ohne die Verbrechen der zionistischen Militärverbände habe der Staat Israel nie entstehen können. Er scheint sich Marx' Erkenntnis, „Gewalt ist der Geburtshelfer der Geschichte", zu Eigen gemacht zu haben. Kritisiert wurde er für seine Thesen nicht nur von links, sondern auch von dem in England lehrenden Historiker Efraim Karsh, der ihm vorwirft, das Ausmaß zionistischer Verbrechen übertrieben zu haben. In Deutschland und Österreich trat Morris zuletzt im Kontext der Kampagne „Stop the Bomb!" auf.

den. Die Entwicklung von Atomwaffen ist den Iranern aus mehreren Gründen sehr wichtig. Zum einen ist es eine Frage des nationalen Prestiges und sie wollen eine regionale Hegemonie erreichen. Und ich denke, dass sie Israel zerstören wollen. Es gibt also mehrere Gründe, die Bombe zu bauen, und diplomatischer und ökonomischer Druck wird sie nicht daran hindern. Dem müssen wir ins Auge sehen: Wir können bis zum Tag des jüngsten Gerichts über Sanktionen reden, aber das wird den Iran nicht an der Entwicklung von Atomwaffen hindern.

Also: Wenn wir die iranische Bombe stoppen wollen, müssen wir über militärische Mittel reden. Die Amerikaner könnten eine solche Militäraktion mit konventionellen Waffen ausführen. Sie können die iranischen Atomanlagen eine Woche oder einen Monat bombardieren, so wie sie es in Bosnien gemacht haben. Sie haben die Mittel, das iranische Atomprogramm zu zerstören. Unglücklicherweise sitzen die Amerikaner in zwei Kriegen im mittleren Osten fest, in Afghanistan und Irak. Bush ist sehr unpopulär geworden und es sieht so aus, als ob er die Aufgabe nicht erledigen wird. Damit bleiben zwei Möglichkeiten übrig. Entweder Israel zerstört das iranische Atomprogramm oder die Welt lässt den Iran die Bombe bauen. Aus israelischer Sicht ist es inakzeptabel, dass der Iran Atombomben besitzt, denn es gibt die Möglichkeit, dass sie sie einsetzen. Sie sagen, dass sie Israel zerstören wollen, sie leugnen den Holocaust, sie sind Antisemiten, sie wollen Israel zerstören. Dies ist es, was ich meinen Überlegungen zu Grunde lege und ich sehe nicht, dass viel dagegen spricht. Lässt Israel dem Iran die Bombe, riskiert es seine Existenz.

Die andere Möglichkeit ist, dass Israel den Iran angreift und versucht, das Atomprogramm zu zerstören oder zumindest zu verzögern. Nun ist Iran von Israel weit entfernt, die iranischen Atomanlagen sind im Land verstreut und teilweise unterirdisch gebaut. Wir wissen nicht, ob uns alle Anlagen bekannt sind und ich weiß nicht, ob die israelischen Geheimdienste alles wissen, was sie wissen sollten. Ich nehme an, dass die israelische Luftwaffe den Iran mit konventionellen Waffen angreifen und einige der Anlagen zerstören kann. Das könnte das Atomprogramm aufhalten und den Westen zu der Erkenntnis bringen, wie schwerwiegend die ganze Sache den internationalen Frieden gefährdet. Wenn das den Westen nicht überzeugt und die Iraner dennoch ihr Atomprogramm erfolgreich weiterverfolgen, wird Israel die Möglichkeit erwägen, die iranischen Atomanlagen mit Nuklearwaffen zu zerstören.



Antifa heißt Angriff

Wenn wir über die wechselseitige Zerstörung Israels und des Irans sprechen, glaube ich nicht, dass wir von einem zweiten Holocaust reden. Das sind nicht die beiden Alternativen. Durch drei oder vier Bomben kann Israel vernichtet werden, denn es ist sehr klein. Wenn einige Bomben auf den iranischen Atomanlagen explodieren, werden diese zerstört, viele Menschen werden sterben, aber der Iran als Land wird nicht zerstört. Wir sprechen nicht über die wechselseitige Vernichtung. Aber im Extremfall wird Israel vor der Wahl stehen, entweder den Iran anzugreifen oder den Iranern zu erlauben, Israel zu vernichten. Ich denke, diese Wahl ist relativ einfach zu entscheiden.

Glauben Sie, ein konventioneller Angriff würde eher zu einer Unterstützung Israels und zu seiner Stärkung führen oder zu einer Welle des Appeasement?

Das weiß ich nicht, es könnte beides passieren, auch beides gleichzeitig. Es kann die übrigen Staaten davon überzeugen, dass sie selbst etwas gegen das iranische Atomprogramm unternehmen müssen, wenn sie einen Einsatz israelischer Atomwaffen verhindern möchten. Dies ist eine Möglichkeit. Die andere ist, dass die ganze Welt mit dem erhobenen Zeigefinger auf Israel als Aggressor zeigt, behauptet, der Iran würde überhaupt nicht an der Atombombe bauen und sei friedlich, und Sanktionen gegen Israel verhängt. Beide Dinge können gleichzeitig geschehen.

Aber Israel war immer in existenzieller Gefahr, wenn Sie sich die arabische Rhetorik seit 1948 ansehen. Was ist anders mit dem Iran, es kann ja nicht nur ein technologischer Unterschied sein.

Sowohl als auch. Technologisch gesehen, ist es ein radikaler Unterschied. Die Araber hatten niemals die Waffen, um Israel zu vernichten. Sie können Krieg führen, vielleicht sogar die israelische Armee auf dem Schlachtfeld besiegen, was ich bezweifle, denn sie haben es nie geschafft. Selbst wenn es im Oktoberkrieg 1973 keine zweite Phase gegeben hätte, in der Israel die arabischen Armeen besiegte, wären die Araber nicht bis Tel Aviv marschiert. Das Problem mit der iranischen Bombe ist, dass sie Israel wirklich zerstören könnte. Also stehen wir einer unmittelbaren existenziellen Gefahr gegenüber, im Gegensatz zur arabischen Bedrohung, welche eine konventionelle und langfristige war. Der zweite Unterschied ist, dass die arabische Aggression nicht nur und auch nicht in erster Linie religiös motiviert war, auch wenn ihr Hass auf Israel immer religiös geprägt war.

Generäle wie Abd al-Hakim Amr haben keinen Krieg begonnen, weil sie glaubten, Gott habe ihnen die Vernichtung der Juden befohlen. Vielleicht haben einige arabischen Soldaten das geglaubt, aber nicht die politischen Führer. Die Iraner hingegen werden von einer apokalyptischen, messianischen, religiösen Ideologie angetrieben. Sie glauben, dass Gott ihnen befielt: „Zerstöre Israel, weil ich das will und weil es geschehen muss und sie glauben, dass die Zerstörung Israels ein Schritt auf dem globalen Siegeszug des Islam ist. Das ist viel gefähr-

licher, weil wir es mit religiösen Fanatikern zu tun haben, die möglicherweise sogar bereit sind, Iran zu opfern, um Israel zu vernichten.

Sehen Sie in dem schiitischen Antizionismus/Antisemitismus eine andere Qualität, verglichen mit der panarabischen Obsession, die Juden ins Meer zu treiben?

Ja, denn die panarabische Obsession war eine territorial-nationalistische Angelegenheit, zumindest in den 40er, 50er und 60er Jahren. Die iranische Bedrohung wird von tiefen Emotionen angetrieben, welche der Panarabismus niemals hatte. Sie war immer eine Art Firnis, aber nicht wirklich substanziell. Deshalb gab es niemals eine arabische Generalmobilmachung gegen Israel. Für die Iraner ist die Zerstörung Israels sehr wichtig.

Könnte Israel von dem Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten profitieren? Es scheint, dass selbst die schlimmsten Antisemiten und Terrorfinanziers wie Saudi-Arabien so beunruhigt über Iran sind, dass sie einen israelischen Angriff tolerieren könnten?

Wenn ich sagen müsste, was Saudi-Arabien oder Ägypten enthusiastischer machen würde, die Zerstörung Israels oder des iranischen Atomprogramms, würde ich sagen, es sei die Zerstörung Israels. Beide fürchten sich zwar vor Iran, aber wenn Sie Ihr Urteil auf das gründen, was sie von Intellektuellen oder vom Mann auf der Straße hören, werden sie zu dem Ergebnis kommen, dass sie sich über die Vernichtung Israels freuen würden.

Eine andere Herausforderung ist die „neue Realität" im Libanon, insbesondere seit Samir Kuntar von Suleiman, Siniora und sogar Hariri in Beirut begrüßt wurde und seit das libanesische Kabinett den Hisbollah-Terrorismus offiziell gutheißt. Wie geht Israel mit diesen neuen Tatsachen um?

Es gibt im Libanon eine Tendenz zur Radikalisierung und dazu, dass die Hisbollah die stärkste politische Kraft wird, soviel ist klar. Also muss die israelische Führung auf den Libanon schauen, aber die Hisbollah kann Israel nicht zerstören. Die Hisbollah ist vielleicht mehr als ein Ärgernis, aber nicht existenziell gefährlich. Das Problem ist, dass die Hisbollah und bis zu einem gewissen Grad auch die Hamas zu Agenten des iranischen Regimes geworden sind. Sollte es zu einer militärischen Konfrontation zwischen Israel und dem Iran kommen, werden Hamas und Hisbollah Raketen aus dem Gazastreifen und dem Südlibanon auf uns abschießen, begleitet vielleicht von größeren Raketen aus dem Iran selbst. Israel muss mit den verschiedenen Elementen iranischer Macht rechnen.

Sie schrieben, dass es innerhalb des nächsten halben Jahres einen israelischen Angriff auf den Iran geben würde. Das war bevor Ehud Olmert faktisch als Premier und Kadima-Vorsitzender zurückgetreten ist. Halten sie an dieser Prognose fest?

Es gibt eine Führungskrise in Israel, aber ich denke, dass diese bis November oder Januar gelöst sein wird. Ich denke auch, dass der Führungswechsel die Entscheidungsfindung und den strategischen Plan nicht beeinflusst, denn dieselben Personen, also Mofaz, Livni, Olmert, Barak, werden die Entscheidungen treffen und in die Praxis umsetzen. Nach Januar kommt vielleicht noch Netanyahu dazu. Die Daten November/Januar, die ich suggeriert habe, hängen nicht mit dem israelischen politischen Terminkalender zusammen, sondern mit dem amerikanischen. Der Grund ist, dass Bush pro-israelisch genug ist, einen israelischen Angriff auf den Iran zu dulden oder möglicherweise aktiv zu unterstützen. Er wird bis zum 20. Januar Präsident sein, und wir wissen nicht, wie sich Obama verhalten wird. Das ist einer der Gründe. Es gibt andere Faktoren: Die iranische Luftabwehr wird wahrscheinlich bald drastisch verbessert werden, wenn neue russische Raketensysteme geliefert werden. Und die IDF könnte denken, dass die Atomanlagen zerstört werden müssen bevor das neue System installiert ist. Es hängt natürlich auch davon ab, wann die israelischen Vorbereitungen abgeschlossen sind.

Während des Vorwahlkampfes sagte Hillary Clinton, die USA würden „Iran auslöschen", wenn er Israel mit Nuklearwaffen angreift. Diese Aussage wurde als starke Unterstützung für Israel interpretiert, aber ist es nicht eher ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die USA aufgegeben haben, die iranische Atombombe zu verhindern und sich auf die Schadensbegrenzung konzentriert?

Ja, da ist etwas dran. Außerdem: wenn Iran die Bombe bekommt und gegen Israel einsetzt, was wäre der Sinn einer nachfolgenden Zerstörung des Iran? Die Amerikaner werden sagen: Lasst uns eine Sekunde nachdenken, ob wir wirklich 70 Millionen Menschen umbringen sollen. Großmäche, speziell Demokratien, bringen nicht Millionen von Menschen nur aus Rache um. Ich würde es vorziehen, dass die USA alles tun, was sie können, einschließlich militärischer Optionen, um den Iran am Bau der Bombe zu hindern.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor der Knesset von der deutschen Verantwortung gegenüber Israel gesprochen, auch bezüglich seiner Sicherheit. Kann Israel wirklich von Deutschland und der EU erwarten, dass diese irgendetwas effektives für seine Sicherheit unternehmen? Oder sind die deutschen und europäischen Verhandlungen mit dem Iran nicht eher Teil des Problems?

Es ist sicher Teil des heutigen Problems. Wenn beispielsweise die EU oder die NATO Israel als Mitglied aufnehmen würden, was ich nicht erwarte, hätte Israel sicherlich größeres Vertrauen darauf, im Ernstfall von jemandem beschützt zu werden. Aber solange deutsche und europäische Unternehmen ihre Geschäfte mit dem Iran immer weiter ausdehnen, ist die europäische Rhetorik nicht sehr bedeutungsvoll. ■

Interview: ***Mathias Schütz***
Übersetzung: ***Walter Felix***

Das Interview wurde im September 2008 in Beer Sheva geführt.

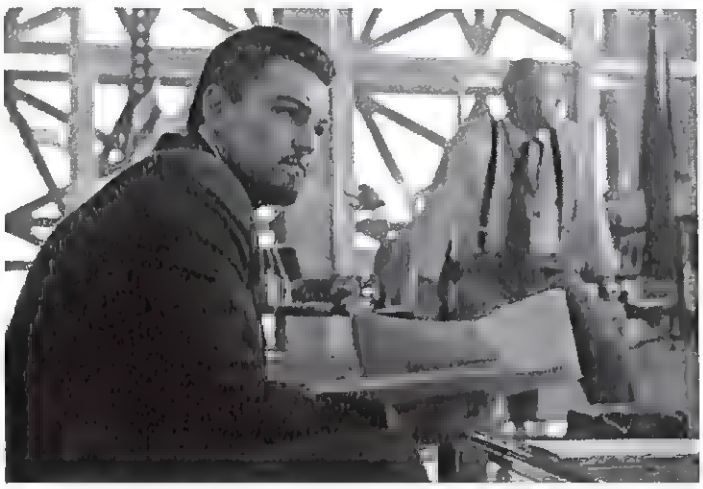
Mission Impossible: Agent verbrannt

Das Ende des „moderaten Islams"

HORST PANKOW

Nicht nur die Auseinandersetzung um das so genannte BKA-Gesetz hat verdeutlicht, dass der Kampf gegen den islamischen Terrorismus seitens der politischen Funktionsträger vor allem als eine mit geheimdienstlichen Mitteln geführte Auseinandersetzung begriffen wird. Aus durchaus plausiblen Gründen, wie auch die im gleichen Zusammenhang stattfindenden Initiativen für die Möglichkeit eines innerstaatlichen Einsatzes der Bundeswehr zeigen: Kann man doch so die Illusion einer Differenz von grundsätzlich friedfertigem Islam und diesen missbrauchenden Islamismus aufrechterhalten. Die Bedrohung kann auf diese Weise externalisiert, einem äußeren Feind traditioneller Provenienz zugeschrieben werden.

Doch ebenso wie die Motivation für die innerstaatliche Aufrüstung von Geheimdiensten und Militär liegen die Gründe für ihre tatsächliche Ineffektivität auf der Hand. In islamisch-militanten Kreisen dürfte ein jihadistischer Heißsporn, der sich im Internet eine Anleitung zum Bombenbasteln runterlädt, wohl als **Selbstmörder**, aber nicht als Selbst- mord**attentäter** gelten, wahrscheinlich bedauerte man ihn als einen, den sein Dilettantismus um den Märtyrerstatus bringt. Die Londoner Attentäter, die im Juli 2005 willkürlich Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel massakrierten, waren zuvor niemals den staatlichen Lausch- und Observationsorganen aufgefallen, weil es sich um ganz gewöhnliche Mitglieder der großen islamischen Community handelte. Und die nordrhein-westfälischen „Kofferbomber" konnten zwar aufgrund der in deutschen Bahnhöfen inzwischen reichlich vorhandenen Überwachungskameras identifiziert und verhaftet werden, doch erst **nachdem** man ihre technisch defekten Sprengsätze gefunden hatte. Was eine asymmetrische Kriegsführung tatsächlich bedeuten kann, hat man derzeit am ehesten wohl in der US-amerikanischen Kulturindustrie realisiert. In dem Actionfilm



Agent Ferris im Kampf gegen die postmoderne Steinzeit

Der Mann, der niemals lebte, mit dem Regisseur Ridley Scott das tot geglaubte Genre des klassischen Agentenfilms mit einer Handlung aus dem zeitgenössischen **War on Terror** zu neuem Leben erweckt hat, verweigern sich die Gotteskrieger einfach den überwachungsfähigen Kommunikationsmitteln. Sie benutzen keine Handys, schreiben keine Emails, alle wichtigen Informationen werden direkt mündlich übermittelt. „Unser Feind hat erkannt, dass wir aus der Zukunft kommen", sagt der skrupellose ältere CIA-Agent seinem idealistischen jüngeren Kollegen, deshalb ziehe dieser Feind es vor, „aus der Steinzeit" zu agieren.

Dabei handelt es sich freilich um eine postmoderne Steinzeit. Aber dies trifft in gewisser Weise auch auf die hypertechnisierte Welt der westlichen Staaten zu, die es vorziehen, einem fanatisierten Feind dessen freimütig zur Schau gestellten Vernichtungswillen schlichtweg nicht glauben zu wollen und es stattdessen vorziehen, mit historisch obsoleten Mitteln aus einer Zeit, in der Kriegsparteien sich noch wechselseitig rationales Kalkül unterstellen konnten, zu reagieren. Eine Strategie, deren wesentliche Komponenten in der Zerschlagung der erkennbaren militärischen Strukturen einerseits und in dem Angebot zur Integration von Infrastruktur und Anhängerschaft andererseits besteht, wird nicht aufgehen. Man kann den Leuten noch so viele islamische Republiken, wie in Afghanistan und im Irak, errichten und diese zu „gemäßigten" erklären, man mag ihnen schulischen Islamunterricht offerieren, mit ihnen staatstragende Islamkonferenzen veranstalten und den Gedanken nicht abwegig finden, zumindest Teilen der Scharia eine aus-

kömmliche Koexistenz mit den Gesetzen des weltlichen Staates zu gestatten – es wird vergeblich sein: Die Idee eines „Weltkalifats" ist islamisches Allgemeingut, und wurde bislang nur von solchen Staaten mit mehrheitlich moslemischer Bevölkerung effektiv eingedämmt, die mit ungehemmter Brutalität westliche Ideale wirtschaftlicher und politischer Stärke nachholend zu realisieren strebten. Namentlich können hier der Saddam-Husseinsche Irak und die kemalistische Türkei genannt werden. Das Schicksal des Irak ist bekannt, das der Türkei vollzieht sich gerade unter den beifälligen Kommentierungen westlicher Beobachter.

Eine annähernd effektive Abwehr gegen islamische Bedrohungen würde tatsächlich nur in der offensiven Verteidigung historisch erreichter „westlicher" Essentials bestehen können: Der Primat des Individuums und seiner Freiheit in ihren sämtlichen privaten und öffentlichen Aspekten müssten mit den Mitteln von Strafe und Belohnung seitens der staatlichen Gewaltmonopolisten verteidigt werden. [1] Eine nahezu aussichtslose Forderung, gewiss, haben doch gerade die Inhaber des berühmten Gewaltmonopols in Geschichte und Gegenwart hinreichend bewiesen, dass sie die Auszeichnung Dogmatiker der bürgerlichen Freiheitsrechte für durchaus verzichtbar halten.

Innerstaatliche Aufrüstung von Geheimdiensten, Polizei und Militär bewirkt jedenfalls keinen Schutz vor islamisch motivierten Angriffen und Massenmorden. Vielmehr wird sie Entwicklungen zu einer weiteren autoritären Formierung der bestehenden Gesellschaft Vorschub leisten. Nicht die Pläne von Selbstmordattentätern würden durch Online-Durchsuchungen staatlicher Schnüffler aufgedeckt werden, sondern die alltäglichen schäbigen Geheimnisse gewöhnlicher Staatsbürger. Die Spuren von Ausflügen durch die Pornographie-Landschaften des Internet würden ebenso ermittelt wie mögliche Schwarzkonten von Hartz-IV-Empfängern; als Resultate könnten dem Volkszorn zahlreiche Objekte in Form von auf frischer Tat ertappten „Sexualtätern" und „Sozialschmarotzern" zugeführt werden. Nun ist aber das BKA-Gesetz gerade deshalb vorerst gescheitert, weil einem beträchtlichen Teil des politischen Funktionspersonals Zweifel an seiner Effektivität gekommen waren. Nicht dass man grundsätzliche Bedenken gegen das Ausschnüffeln des staatsbürgerlichen Alltagslebens hätte. Nur: Was sollte eigentlich mit all den gewonnenen Informationen geschehen, vor allem auf „rechtsstaatlicher" Grundlage? So war dann bald von einer möglichen **Hypertrophie** der Überwachungsorgane die Rede. Hatte sich nicht auch die Staatssicherheit der DDR als unfähig erwiesen, weil sie in der angesammelten Datenflut buchstäblich ertrunken war?

Hypertrophie staatlichen Überwachungsstrebens beinhaltet aber nicht nur die Wahrscheinlichkeit von Unfähigkeit und Ineffizienz, auch gewisse irrationale, ja groteske Züge sind ihr eigen. Deutlich wurde dies anlässlich der geplanten Einführung des so genannten **Nacktscanners** auf europäischen Flughäfen. Dass dieses Gerät zur kleidungsdurchleuchtenden Inspektion der Anatomie von Flugzeugpassagieren ausschließlich das Arbeitsleben des Personalsegments voyeuristisch interessierter Sicherheitsleute bereichern würde, war schnell klar. Der Nacktscanner wurde zu Recht ein Objekt von Kabarett und Karikatur, die verantwortlichen EU-Instanzen beeilten sich, die Einführung des Geräts schnellstmöglich zu canceln.

Dennoch scheint es sinnvoll, bei diesem für das staatliche Überwachungsstreben peinlichen Intermezzo noch ein wenig zu verharren. Ältere erinnerte die Präsentation des Nacktscanners vielleicht an ein Produkt, dass in den 60er Jahren der (männlichen) Leserschaft von Romanheften und Boulevardblättern annoncierte wurde: die **Röntgenbrille**. Sie sollte den Augen ihrer Träger die Fähigkeit verleihen, die Kleidung des anderen Geschlechts zu durchdringen. In den Annoncen war stets eine Zeichnung zweier Röntgenbrillen tragender junger Männer enthalten, die feixend durch die Kleider von Passantinnen deren pralle Rundungen unter knapp sitzender Unterwäsche fixierten. Das Versprechen eines solchen infantilen Vergnügens dürfte wohl auch damals schon ein leeres gewesen sein, anderenfalls hätten uns längst die Freunde der Theorie des Monopolkapitalismus erklärt, warum die EU statt der wahrscheinlich kostengünstig zu produzierenden Röntgenbrillen die kostenintensiven, digitalisierten Scanner ordern wollte. Ein Versprechen, auch ein leeres, kann allerdings nur dann eine geschäftliche Transaktion initiieren, wenn ihm ein auf Erfüllung wartendes Bedürfnis entspricht. Gewiss war dieses in der, traditionelle Prüderie gerade überwindenden, Zeit der Röntgenbrille vor allem eines nach Informationen über den weiblichen Körper. Es war aber auch eines nach Zuwachs persönlicher Souveränität: Denn wenn sich ein junger Mann noch vor direkter Kontaktaufnahme einen optischen Eindruck von dem Körper des möglichen Sexualobjektes zu verschaffen vermochte, war er dann nicht auch sicherer in seiner Entscheidung für oder gegen es, konnte er nicht vielleicht auch bei der heimlichen Körpersichtung Informationen sammeln, die Rückschlüsse auf eventuelle erotische Präferenz zuließen? Man kann solches Streben nach Souveränitätszuwachs durchaus auch als eines nach Macht kennzeichnen, denn ohne Kenntnis des jeweils anderen gesammelte Informationen ermöglichen ihrem Träger eine zumindest potentielle Berechenbarkeit und damit die Fähigkeit der positiven wie negativen Selektion des Objekts sowie Chancen für dessen Beeinflussung. Womit wir den Bogen vom naiven Röntgenbrillenträger der 60er Jahre zum smarten Geheimdienstler nicht nur unserer Tage geschlagen hätten.

Die Geheimdienste demokratischer Regimes sind offiziell Organe der Legislative und beschaffen nicht allgemein zugängliche Informationen über Aktivitäten und Absichten staatlicher Konkurrenten bzw. tatsächlicher oder vermuteter nichtstaatlicher Gegner. Von Geheimdiensten beschaffte Informationen, für die das Englische den eindrucksvoll schillernden Begriff *Intelligence* geprägt hat, dienen den Zwecken staatlicher Machtausübung, indem sie als Grundlage für die Berechnung und Beeinflussung der Konkurrenten und Gegner Anwendung finden. Den Geheimdiensten demokratischer Regimes ist es offiziell versagt, exekutive Aufgaben durchzuführen, allzu schnell könnte dies sonst aus- und inlän-

dische Miesmacher zu dem Ausruf „Gestapo" verleiten, und schon hätte man ein Imageproblem. [2] So müssen die grandiosen Erzählungen über die stets aufs Neue zu vollziehende Eliminierung, Liquidierung, Terminierung etc. des Bösen auf dieser Welt in den Bereichen der fiktionalen Prosa und des populären Unterhaltungsfilms verbleiben. Von dort aus entfalten sie freilich eine immense Wirkung in den Köpfen der ganz gewöhnlichen Zeitgenossen ebenso wie in denen Prominenter, etwa des Doktor Schäuble, dem lange Zeit glücklos erscheinenden „Vater" des umstrittenen BKA-Gesetzes.

Es sind Erzählungen exekutiver Omnipotenz in einer durch Sinnhaftigkeit gekennzeichneten Welt. Sinn wird dort hergestellt, indem jedes Ding und jede Person, jedes Ereignis und jede Situation eine andere Bedeutung haben kann als die zunächst offensichtliche. Wie im Kriminalroman und in der paranoiden Verschwörungstheorie erhält eine scheinbar in Disparatheit versinkende Welt einen neuen Zusammenhalt durch die (Neu-) Interpretation ihrer Bestandteile und ihres Personals. Solche Interpretationsleistung führt in den Erzählhandlungen vor allem zur Aufdeckung unbekannten sinnhaften Agierens – zumeist Intrigen, Komplotte und Verschwörungen –, auf deren Grundlage den jeweiligen Bösen dann der Garaus gemacht wird. Die Fähigkeit zur heilsamen Umdeutung der bislang als bekannt unterstellten sinnlosen Welt beinhaltet oft auch die Fähigkeit, auf die Welt der Gegenseite Einfluss zu nehmen, d. h. die Interpretation des Gegners gegen dessen Interesse zugunsten eigener Zwecke zu steuern. Ausgebreitet wird diese Fähigkeit in den Erzählungen gigantischer Täuschungsmanöver, in denen Doppel- und Einflussagenten eine zentrale Bedeutung zukommt. In den heroischen Spionagemythen beider Seiten des Kalten Krieges spielen gerade Einflussagenten bisweilen eine wichtige Rolle. Ein Einflussagent wird aus berufenem Mund wie folgt definiert: „Agent, dessen Tätigkeit nicht primär die Beschaffung von Informationen ist, sondern der aktive Einfluß auf die Maßnahmen und Einrichtungen des Gegners, indem er z. B. meinungsbildend tätig ist." [3]

Das so genannte BKA-Gesetz soll vordergründig islamische Terrorangriffe verhüten helfen. Wenn es wohl auch am effektivsten gegen die banale Alltagsdelinquenz gewöhnlicher Bürger zum Einsatz kommen wird, dürfte gelegentlich doch Islamisches von den Schnüfflern der Öffentlichkeit präsentiert werden. Schließlich wird man die Legitimation der geheimdienstlichen Maßnahmen nicht durch Untätigkeit dahinschwinden lassen wollen. Der gewalttätige Islam wird also weiterhin seine Darstellung als ein von außen agierender Feind erfahren. Was aber ist mit seinem positiven Gegenstück, dem grundsätzlich friedfertigen Islam? Alle noch so genialen Interpretationsversuche der vom Omnipotenzwahn dominierten geheimdienstlichen Welt versagen am simplen Nichtvorhandensein von, wie dringend auch immer benötigtem, Material. Oder vielleicht doch nicht?

Wer über qualifizierte Einflussagenten verfügt, ist zumindest prinzipiell in der Lage, ein real nur gedanklich existierendes Phänomen zum praktischen Leben zu erwecken. Warum sollte es nicht möglich sein, nach dem realen Scheitern bei der Suche nach einem „moderaten Islam", der wie ein gefälliger grüner Farbtupfer seine Freude im geselligen Miteinander der zivilgesellschaftlichen Idylle findet, auf andere Weise erfolgreich zu sein? Könnte es nicht gelingen, den Wunsch vom Fluch seiner Nichterfüllung zu erlösen, indem man ein wenig nachhilft und sich als Geburtshelfer des „moderaten Islam" betätigt? Wozu hat man schließlich Einflussagenten? So paranoid derlei Gedanken anmuten mögen und tatsächlich auch sind, irrealer als das Ansinnen, mit dem Einsatz von Überwachungs-Hochtechnologie einen dieser Technologie völlig inadäquaten Feind bekämpfen zu wollen, sind sie jedenfalls nicht. Deshalb wird im Folgenden der spielerische Versuch unternommen, die seltsame Geschichte des Muhammad Kalisch als Geschichte eines gescheiterten Einfußagenten zu erzählen.

Sollte der „moderate Islam" in diesem Land jemals einen realen Ort gehabt haben, so war dieser gewiss das Centrum für Religiöse Studien (CRS) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Dafür stand seit 2004 der Leiter des CRS ein. Professor Doktor Muhammad Kalisch, ein zum Islam konvertierter Deutscher, war nicht nur mit theologischen und historischen Fragenstellungen seines Forschungsgebiets befasst, ihm oblag ab dem Wintersemester 2005 auch die Supervision des bislang einzigen universitären Ausbildungsplatzes für islamische Religionslehrer an deutschen Schulen. Eine zeitlang schien sich die Öffentlichkeit an einer gelungenen und zukunftsträchtigen Darbietung des ergreifenden Schauspiels einer liberalen Ausbildung in Sachen islamischer Religionsunterricht bzw. Islamkunde erfreuen zu dürfen. Im September 2008 fand dies allerdings ein jähes Ende, der Professor Kalisch wurde von seinem „Dienstherrn", dem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister, von der Lehrerausbildung „entbunden", wie es im Bürokraten-Jargon der Verwaltung heißt. Kalisch, der es wissen muss, sieht sich inzwischen selbst als Objekt islamischer Strafgelüste: In entsprechenden Kreisen verzichte man jetzt nämlich auf die Nennung seines islamischen Vornamens, man rede und schreibe wieder über Sven Kalisch. „Einige betrachten mich nicht mehr als Muslim", erklärte er dem *Spiegel* (22.09.08, S. 38). Was war geschehen? War hier ein Einflussagent **verbrannt**?

Doch bringen wir zunächst die Geschichte in eine chronologische Reihenfolge. Ein Einflussagent bedarf – das weiß jeder, der sich zumindest einmal ein entsprechendes literarisches oder filmisches Machwerk zu Gemüte geführt hat – einer glaubwürdigen **Legende**. Gleichermaßen eilfertige wie glaubwürdige Legendenbildner sind in diesem dummen Land die Massenmedien. Und an herzergreifendem Legendenstoff mangelt es der Phantasie dort beschäftigter Lohnschreiber nicht, wie das folgende Beispiel aus dem Berliner *Tagesspiegel* zeigt: „Es war aus Höflichkeit, dass der Hamburger Junge anfing, im Koran zu lesen. Der Vater eines türkischen Freundes hatte ihm das Buch geschenkt, weil er sich so freute, dass der Deutsche die türkische Sprache lernte. Das war Anfang der 80er Jahre. Der Hamburger Junge hieß Sven, aber seine Augen waren schmaler als bei den

anderen und sie standen schräger. Die Vorfahren seiner Mutter stammten aus der Mongolei, der Sohn wurde gehänselt deswegen." Als solchermaßen Geächteter litt er natürlich furchtbar unter dem, was politisch korrekte Deutsche „Ausgrenzung" nennen, und so kam es, wie es kommen musste: „Der Ausgegrenzte freundete sich an mit den anderen Ausgegrenzten, den Türken, die in den Hochhaussiedlungen im Süden Hamburgs wohnten, nicht weit von da wo Sven groß wurde. Sein eigener Vater mochte das nicht, wieso spielte der Junge bloß immer mit den Türken? Als eines Tages der Schweinebraten auf dem Tisch stand, sagte der Junge: Ich kann das nicht essen, ich bin jetzt Moslem. Der Vater war schockiert." Konsequenz war schon früh ein signifikantes Merkmal des Jungen aus

Moderater Moslem: Kalisch

der Hamburger Peripherie: „Seit seinem 16. Lebensjahr ist Sven Kalisch Muslim, seitdem nennt er sich Muhammad. Das Konvertieren ging ganz schnell: Er sprach das Glaubensbekenntnis vor zwei türkischen Freunden." Dem Erwachsenen sollte sich der Konsequenz noch ein ausgeprägter Hang zur Moderation hinzugesellen: „Kalisch ist vom Glauben Muslim und vom Temperament Norddeutscher, er kennt sich aus im Islam, in der christlichen Kultur und mit den gegenseitigen Vorurteilen. Er ist unverdächtig, agitieren zu wollen. [...] Für die Deutschen ist er ein idealer Ansprechpartner bei Fragen zu der Religion, die heute fast automatisch zusammen mit Terrorismus gedacht wird." [4]

Andere Blätter verweisen auf die eindrucksvolle berufliche Laufbahn des 42jährigen. Nach dem Jurastudium verfasste er eine Promotionsschrift mit dem Titel *Vernunft und Flexibilität in der islamischen Rechtmethodik*, die er 1997 an der Technischen Hochschule Darmstadt vorlegte. Danach arbeitete er bis 2001 als Rechtsanwalt in Hamburg. 2002 habilitierte er sich an der Universität Hamburg mit einer Schrift, deren Titel Islamunkundigen wie aus einer Erzählung von Jorge Luis Borges entnommen anmutet: *Fiqh und Usul-al-Fiqh in der Zaidiya. Die historische Entwicklung der Zaidiya als Rechtsschule*. Die Hamburger Uni engagierte ihn daraufhin für die kommenden drei Jahre als Privatdozent im Fachbereich Islamwissenschaft. 2004 wechselte er dann nach Münster.

In der westfälischen Provinz zum Sunnyboy der deutschen Freunde eines „moderaten Islam" avanciert, machte er sich bei den Rechtgläubigen seiner Religion offenbar nur wenig Freunde. Ein locker und hemdsärmlig auftretender Muhammad verkündete, das islamische Kopftuch sei zwar eine nützliche Sache, doch seine Frau trage es nicht und seinen Töchtern wolle er eine Entscheidung darüber nicht aufherrschen. Dennoch malte er auch am irrealen, aber der deutschen Öffentlichkeit gefälligen, Bild einer „emanzipierten" Kopftuchträgerin: „Es herrscht eine aus meiner Sicht absurde Diskussion über das Kopftuch, die in der Praxis dazu geführt hat, dass gerade emanzipierte Muslimas vom Berufsleben ausgeschlossen werden." [5] Anlässlich der islamischen Ausschreitungen während des so genannten „Karikaturenstreits" im Frühjahr 2006 bemühte er sich nahezu mustergültig um die Darstellung einer wahrhaft „moderaten" Haltung, stets folgte dem **einerseits** ein äquivalentes **andererseits**. Einerseits: „Wenn man weiß, dass Muslime eine bildliche Darstellung des Propheten als besonders verletzend empfinden, dann sollte jemand, der Kritik am Islam hat und sich in einem ehrlichen Dialog mit Muslimen über seine Kritik auseinandersetzen möchte, sich fragen, ob er seine inhaltliche Kritik in gleicher Schärfe vielleicht nicht mit einem Mittel ausdrücken könnte, das sein Anliegen genauso klar zum Ausdruck bringt, aber die Gegenseite weniger verletzt. Dies ist eine Frage des Anstands und des Stils." Andererseits: „Trotzdem bleibt festzuhalten, dass dabei auftretende Konflikte nicht mit dem Strafrecht gelöst werden können und dürfen. Im Spannungsfeld von Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit einerseits und Religion andererseits muss es eine absolute Freiheit der Meinung und der Wissenschaft geben, auch wenn dies religiöse Gefühle verletzen mag. Jeder Versuch, hier zu begrenzen, ist mit dem Wesen der Grundfreiheiten nicht zu vereinbaren und alle historische Erfahrung zeigt, dass dabei nichts Gutes herauskommen kann."

Tatsächlich: Ein Liberaler auf den Spuren des Propheten. Ein waghalsiges Abenteuer, wie spätestens mit dem folgenden Zitat deutlich wird: „Wer wirklich glaubt, dass alle Muslime, alle Juden oder alle Atheisten Verbrecher seien, der kann in dieser Auffassung nicht mehr von der Meinungsfreiheit geschützt werden, weil er die Grundlage, auf der die Meinungsfreiheit selbst beruht, nicht akzeptiert, nämlich die Würde des Menschen und die Vorstellung, dass Schuld immer individuell und nie kollektiv sein kann, mithin es also unsinnig ist, bestimmten Gruppen pauschal unmoralisches und ungesetzliches Verhalten zu unterstellen." [6] Mag deutschen Freunden des „moderaten Islam" die Idee, Schuld könne nie kollektiv sein, besonders zu Herzen gehen (Kollektivschuld, da war doch mal was...), dürfte die Gleichsetzung von Muslimen, Juden und Atheisten in den Kreisen der Rechtgläubigen für Empörungsschrei gesorgt haben. Man wundert sich, dass es nicht schon früher zum Skandal kam.

Zumal an Kalischs Centrum für Religiöse Studien noch anderes für Begeisterung bei deutschen Islamophilen und für Entsetzen bei Rechtgläubigen sorgte. Eine auch als Grundschullehrerin tätige wissenschaftliche Mitarbeiterin hatte ein Schulbuch für den Islamunterricht mitverfasst, das in den Massenmedien allgemeines Lob für seine tolerante Darstellung der Religionen erntete. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum „moderaten Islam": Denn *Saphir. Ein Koran für Kinder und Erwachsene* vertritt den begeisterten Medienberichten zufolge nicht nur die Gleichheit der Religionen und

Geschlechter, es zeigt sogar Abbildungen Mohammeds und diesen gemeinsam mit dem Stifter der christlichen Religion beim Schachspiel, außerdem – „heikle Wörter wie Dschihad und Scharia kommen in dem Buch nicht vor." (*Die Zeit*, 13.03.08) Der *taz* vom 2. Februar 2008 war zu entnehmen: „‚Saphir' aber darf ab diesem Schuljahr in den fünften und sechsten Klassen in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Bremen und Niedersachsen eingesetzt werden. Der Verlag plant zwei weitere Bücher für die Klassenstufen sieben bis zehn."

Der Skandal war da, nachdem ein Bombe platzte, deren Lunte der erfolgreiche und wohl im Übermaß selbstsichere Muhammad Kalisch selbst entzündet hatte. Im Rahmen seiner „historisch-kritischen Islamstudien" war er zu der Auffassung gelangt, der Prophet Mohammed habe als eine historische Figur niemals existiert, diese sei vielmehr eine Projektion, in der sich mancherlei reale und mythologische Figuren und Ereignisse verdichteten. Der katholischen Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* bekannte er Mitte Oktober in einem Interview offenherzig: „Ich bin ein Häretiker". Auf die Frage, wie er es denn mit dem Propheten halte, gab er zu Protokoll: „Schon vor meiner Berufung habe ich die Nicht-Existenz von Abraham, Moses und Jesus vertreten, und bereits das ist für viele Muslime eine schwerwiegende Angelegenheit. Der islamischen Überlieferung habe ich nie groß vertraut, allerdings niemals einen historischen Kern, einschließlich der Person Mohammeds, bezweifelt. Ich bin aber nunmehr der Ansicht, dass insbesondere unter Einbeziehung der nichtislamischen Überlieferung und der archäologischen Faktenlage die Geschichtlichkeit Mohammeds zweifelhaft ist." [7] War dies die Selbstenttarnung eines Einflussagenten? Oder ist Kalisch gar kein Einflussagent gewesen, sondern nur ein Idealist, dem bei dem Projekt der Realisierung eines „moderaten Islam" eine agentenartige Rolle zugeschoben wurde? Oder war alles überhaupt nicht agentenhaft geheimnisvoll, das ganze Theater vielleicht nur eine typische Posse im islamophilen Deutschland?

Wie auch immer, **verbrannt** im mehrfachen übertragenen Sinne des Wortes war Muhammad Kalisch bereits einige Wochen vor seinen ketzerischen Interviewäußerungen. Im September hatte eine sich selbst als „Koordinationsrat der Muslime in Deutschland" bezeichnende Allianz, bestehend aus den in Doktor Schäubles Islamkonferenz vertretenen Islamorganisationen (abzüglich der Aleviten), über Kalisch den Bannfluch ausgesprochen. Man könne islamischen Studenten nicht länger empfehlen, sich als Lehramtsanwärter am Centrum für Religiöse Studien einzuschreiben. „Also, wenn es den Propheten nicht gegeben hat, dann gibt es den Koran nicht. Und wenn es den Koran nicht gibt, was bleibt dann übrig?" orakelte es aus dem Munde eines Mannes namens Ali Kizilkaya, der als „Sprecher" des dubiosen Koordinationsrates auftritt. „Also, dann", so das „Sprecher"-Orakel weiter, „müsste man die Religion abschaffen." Was bekanntlich den Untergang des Morgenlandes zur Folge hätte.

Die Abwendung einer solchen Katastrophe fällt offenbar auch in den Zuständigkeitsbereich des Andreas Pinkwart, eines FDP-Politikers, der aktuell die Rolle des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministers darstellt. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Koordinationsrats-Fatwa suspendierte er Muhammad Kalisch, der jetzt für Rechtgläubige wieder Sven heißt, von der Islamlehrerausbildung. Der Posten ist derzeit noch vakant, wes Geistes Kind sein Nachfolger sein wird, mag man sich denken, ein Anhänger des phantastischen „moderaten Islam" gewiss nicht wieder.

Damit endete nicht nur die alberne Story vom Einflussagenten, der in einer wahrhaften **Mission Impossible** das Phantom „moderater Islam" zu realem Leben erwecken sollte, damit ist wohl auch das Phantom-Projekt selbst seinem Verschwinden ein Stück näher gekommen, wenngleich es in der Phantasie deutscher Islamophiler wohl noch etwas länger herumspuken dürfte. Der Umstand freilich, dass ein „liberaler" Wissenschaftsminister springt, wenn ein islamischer Verein pfeift, provoziert düstere Prognosen: Vielleicht werden ja die im BKA-Gesetz des Doktor Schäuble vorgesehenen High-Tech-Schnüffler in nicht allzu langer Zeit von einer islamischen Religionspolizei assistiert. Auf freiheitlich-demokratischer Grundlage, versteht sich. ■

Anmerkungen:

[1] Auch als Ideologiekritiker qua Berufung sollten wir gelassen konstatieren, dass das Individuum und seine Freiheit sich nicht in ideologischer Fiktion und polit-ökonomischer Funktion erschöpfen. Eine emanzipatorische Abschaffung von Staats- und Marktverhältnissen soll ja gerade die Befreiung der Einzelnen aus den Fesseln unverstandener gesellschaftlicher Verhältnisse bewirken. Diese Aufhebung des Individuums ist das Gegenteil seiner Abschaffung zugunsten dubioser Kollektive, vielmehr der Beginn einer tatsächlichen Souveränität der Einzelnen als gesellschaftliche Wesen. Ein Zurück hinter den in der bestehenden Gesellschaft möglichen Entfaltungsspielraum des Individuums beinhaltet notwendig autoritäre Implikationen.

[2] Auch das BKA-Gesetz des Doktor Schäuble hätte die Grenzen staatlicher Gewaltenteilung durchbrochen, indem es einem Polizeiorgan – dem BKA – geheimdienstliche Befugnisse erteilt hätte. Noch ein Grund für „Nachbesserungen".

[3] http://www.spionage-sabotage.de/ND_Lexikon/ND_Lexikon_E.html

[4] Wer den gesamten hagiographischen Entwurf lesen möchte, kann dies unter: http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Die-Dritte-Seite;art705,2287923.

[5] Muhammad Kalisch, *„Der Islam und wir Muslime werden zu einem Feindbild aufgebaut"*, unter: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=469&wc_id=476

[6] Quelle der drei letzten Kalisch-Zitate wie in vorangegangener Fußnote.

[7] Interview unter: http://www.merkur.de/index.php?id=30649&type=98&uid.

Theorie des Wahns – Wahn der Theorie

Zur Kritik wertneutraler Antisemitismustheorien

ALEX GRUBER

Max Weber, der gemeinhin als der Begründer der modernen Soziologie gilt, formuliert in seiner 1917 erschienenen Schrift „Wissenschaft als Beruf", jenen Gedanken, der für den positivistischen Wissenschaftsbetrieb bis heute nichts an Geltung verloren hat: „‚Persönlichkeit' auf wissenschaftlichem Gebiet hat nur der, der **rein der Sache** dient." (Weber 1992, S. 84; Hervorhebung im Original) „Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellungen ist zweierlei. […] (D)ies beides (sind) ganz und gar heterogene Probleme […]." (ebd., S. 96f.) So sehr Webers Wendung gegen linke und rechte Katheder-propheten (vgl. ebd., S. 101), die Weltanschauung predigen und Selbstreflexion ausschalten möchten, zuzustimmen ist, so sehr zielt sein Programm in die entgegen gesetzte Richtung einer ‚rein objektiven' und damit interesselosen Wissenschaft, die der „‚Forderung des Tages' gerecht zu werden" (ebd., S. 111) habe und die ihrerseits der Kritik zu verfallen hat.

Positivismus und Subjektivismus

Die Gleichgültigkeit gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, über die man wenig mehr vermag, als sie zu klassifizieren, die sich in solcher wissenschaftlichen Maxime ausdrückt, erkennt in kritischer Theorie, die in der Tradition des Marxschen Versuchs steht, das zu Erklärende im Moment der Darstellung zugleich zu kritisieren, also Stellung zu beziehen gegen das Vorfindliche, stets nur die Ersetzung von Erkenntnis durch Propaganda. Wie der Theorie im Allgemeinen solche Parteilichkeit als unwissenschaftlich und voreingenommen erscheint, so ist der Antisemitismustheorie im Besonderen die Israelsolidarität eine die Erkenntnis verfälschende Zutat, von der es sich zu befreien gelte: „Den wenigsten AutorInnen geht es um **den Antisemitismus selbst**, sondern vielmehr um den Staat Israel." (Schmidinger 2008, S. 103; Hervorhebung A.G.) Dementsprechend sei die Thematisierung des „Antisemitismus in islamischen Gesellschaften" in den meisten Fällen das „Resultat ideologischer Instrumentalisierung und seltener von wissenschaftlicher Auseinandersetzung" (ebd.), wogegen es sich im Sinne einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung, dem Thema „(g)anz real und jenseits aller Ideologie" (ebd., S. 137) zu nähern gelte.

Der Ideologiebegriff, wie er solchen Ausführungen zugrunde liegt, unterscheidet sich von dem im Marxschen Sinne gefassten Begriff, der unter Ideologie gesellschaftlich notwendig falsch erscheinendes Bewusstsein fasst, der also sowohl auf den subjektiven Denkprozess als auch auf den objektiven Gesellschaftsprozess verweist und damit auf das Verhältnis von Begriff und Sache abzielt. Ideologie im von Schmidinger gebrauchten Sinne dagegen meint eine subjektive Beifügung zum Material, die letzteres nicht hergäbe, weswegen es ‚instrumentalisiert', also eigenen, außerhalb der Sache liegenden Zwecken unterworfen würde. [1] Insoweit die der Wertneutralität sich verpflichtet fühlende Theorie die Resultate etwa israelsolidarischer Antisemitismuskritik als bewusste Instrumentalisierung der Fakten zugunsten eigener Interessen auffasst, suggerieren Schmidingers Ausführungen, dass „an vorderster Front" (ebd, S. 103) selbstherrliche Subjekte am Werk wären, die bewusst über die Verhältnisse verfügten und ihre voreingenommene Interpretation dieser Verhältnisse zum Zwecke der Durchsetzung ihrer Ziele unter die unbefangene Zuhörerschaft brächten.

Solche erkenntniskritisch unbeleckten Überlegungen unterstellen – sieht man von der in ihnen zum Ausdruck kommenden Version der Priestertrugstheorie einmal ab –, das eigene Denken verfahre, gemäß dem wissenschaftlich-positivistischen Anspruch, streng objektiv und bloß an den Tatsachen orientiert. Sie setzen also ein Denken voraus, das sich mit der Wirklichkeit in Konkordanz glaubt und dementsprechend diese Wirklichkeit bloß zu ordnen, zu klassifizieren und zu deuten bräuchte, ohne auf die eigene Begrifflichkeit und deren Angemessenheit in Bezug auf die gedankliche Erschließung der Sache reflektieren zu

müssen. Genau in letzterem dagegen besteht kritische Theorie: Begriffe sind ihr keine Instrumente, keine unmittelbar gegebenen Mittel, mit denen eine außer ihnen liegende Realität sich erschließen ließe, wenn man sie nur unvoreingenommen und wertneutral anwende. Der Begriff – was immer seine weitere inhaltliche Bestimmung sein mag – ist nichts isoliert Festmachbares, sondern selbst wieder nur ein Element der Totalität, ein Moment der gesellschaftlichen Denkform, und muss deshalb immer wieder auf die Totalität bezogen werden.

Es ist für das kritische Potential von Theorie zentral, ob die von ihr untersuchten Phänomene gemäß einer ihnen an sich zukommenden und nicht erst von der Wissenschaft klassifikatorisch hergestellten Begrifflichkeit interpretiert werden oder nicht. Die Durchdringung und Erfassung der realen Objektivität der gesellschaftlichen Verhältnisse – die dem positivistischen Wissenschaftsbegriff Anathema ist, bzw. „unwissenschaftliche Metaphysik" (Karl Popper) oder eben „ideologische Instrumentalisierung" heißt – ist kritischer Gesellschaftstheorie das Apriori der erkennenden Vernunft, welche allein Denken befähigt, gesellschaftliche Erscheinungen in ihrer eigenen Gesetzlichkeit zu bestimmen und nicht nach den Verfahrensregeln unreflektierter begrifflicher Ordnung aufzubereiten. Rechenschaft über ihre Verflochtenheit mit der Gesellschaft abzugeben, ist für Erkenntnis, die kritisch sein will, konstitutiv. Tut sie dies nicht, ist Wissenschaft notwendigerweise „einzig ein Produkt subjektiver Vernunft, jenseits aller Rückfragen nach ihren eignen objektiven Vermittlungen." (Adorno 1997a, S. 282)

Der Wissenschaftsbegriff, der in seinem Objektivitätsanspruch nach strengster, d.h. neutraler Begrifflichkeit strebt, verfängt sich damit in genau dem unreflektierten Subjektivismus, den er der kritischen Gesellschaftstheorie vorwirft. In seiner Vorstellung, dass der Theoretiker von außen an ein Faktenmaterial heranzutreten und dies mittels streng objektiver und wissenschaftlicher Begrifflichkeit zu interpretieren habe; in der darin sich ausdrückenden Trennung von Subjekt und Objekt, von Begriff und Sache „usurpiert der Geist den Ort des absolut Selbständigen, das er nicht ist: im Anspruch seiner Selbständigkeit, meldet sich der herrschaftliche." (Adorno 1997d, S. 742) Der Wissenschaftsbegriff, der interessengeleitete Kritik ihres Charakters als subjektiv-autoritäre Veranstaltung überführen zu können glaubt, hypostasiert das erkennende Subjekt als den autonomen Herrscher über die Fakten und betreibt damit höchstselbst, was er an der kritischen Theorie zu exorzieren trachtet. Der Mangel, die Vermittlung von Begriff und Sache kritisch denken zu können, führt ihn zur völligen Aufspaltung der gegeneinander verselbständigten Bereiche, zur Lostrennung des Denkakts vom zu Denkenden, an welches ersterer erst nachträglich wieder heranzutragen sei und erweist solcherart gefasste Theorie damit als Ausdruck verdinglichten, die real erscheinende Verselbständigung der „Naturformen des gesellschaftlichen Lebens" (MEW 23, S. 90) reproduzierenden Bewusstseins.

Subjekt und Objekt und damit Denken und Gesellschaft sind jedoch in ihrer Unterschiedenheit nicht zu hypostasieren; ihre Trennung ist nicht zu verstehen als eine, die es möglich machte „rein der Sache" sich zu widmen, also an außerbegriffliche Tatbestände die wissenschaftliche Begrifflichkeit erst anlegen zu können und dies, sofern man kein Ideologe sein wolle, mittels der Bereinigung von allen subjektiven Momenten und Interessen vollziehen zu können. Die gesellschaftlichen Tatsachen sind nicht als bloß für sich seiende Dinge zu denken; sie sind vielmehr insofern immer schon begrifflich bestimmt, als sie den vergesellschafteten Menschen benötigen, der die objektiven Verhältnisse subjektiv vermittelt. Das Wesen muss erscheinen und kann sich nur vermittels dieser Erscheinung reproduzieren, womit die gesellschaftlichen Tatbestände immer schon subjektiv-objektive sind, an die Begrifflichkeit nicht erst nachträglich herangetragen werden muss. Die Vermittlung, die Theorie als äußerliche an die Sache anlegen möchte, ist in den Begriffen, mit denen sie dies versucht, immer schon gesetzt – auch und gerade wenn sie selbst nicht in der Lage ist, sich Rechenschaft darüber abzulegen. Weit entfernt davon also, je Kritik der Gesellschaft sein zu können, ist solche Theorie vielmehr die reflexionslose Verdopplung der ohnehin stattfindenden kapitalen Vermittlung, die auch noch selbstbewusst als theoretischer Anspruch formuliert wird (vgl. dazu ISF 2000).

Während etwa Antisemiten aller Couleur daran gehen, gegen die von ihnen als Juden Definierten praktisch vorzugehen, begreift Antisemitismustheorie nicht die Kritik des Antisemitismus als das Gebot der Stunde, sondern gefällt sich darin, eine „Definition von Antisemitismus [zu] entwickeln und Schlussfolgerungen über deren praktische Anwendbarkeit [zu] ziehen." (Pollak 2008, S. 17f.) Ziel kritischen Denkens kann nur die begriffliche Destruktion der sich unbewusst vollziehenden Vermittlung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Bewusstsein der Einzelnen sein, um solcherart auch die antisemitische Denkform, als Ergebnis dieses blinden Vollzugs, zu zerstören, statt ein Programm zu formulieren, dass diese Vermittlung theoretisch reproduzieren möchte und allen Ernstes glaubt, in solcher Abbildung, sofern sie nur lückenlos und allumfassend sei, dem Phänomen des Antisemitismus auf die Schliche gekommen zu sein. Letzterem entprechend begreift die Wissenschaft vom Antisemitismus es auch als theoretischen Erfolg, immerhin schon die Erkenntnis formulieren zu können, dass den „sehr unterschiedliche[n] Definitionsansätze[n] [...] wiederkehrende definitionsübergreifende Aspekte" zugrunde liegen: „fast alle Antisemitismusdefinitionen beziehen sich auf feindliche Handlungen gegen Juden." (ebd., S. 23f.)

Gesellschaftlichkeit der Begriffe – Begrifflichkeit der Gesellschaft

Theorie, die solcherart sich der begrifflichen Verdopplung der Wirklichkeit verschrieben hat und sich dergestalt als Reproduktion der gesellschaftlichen Synthesis darstellt, kann notwendigerweise, aufgrund ihrer immanenten Konstitution und Verfasstheit, keine Kritik der „objek-

tive[n] Gedankenformen" (MEW 23, S. 90), als welche Marx die Erscheinungsformen eben jener gesellschaftlichen Synthesis charakterisiert, leisten. Indem ihr die Begriffe als Instrumente erscheinen, die die gesellschaftliche Allgemeinheit abzubilden hätten, um die Wahrheit über sie zu transportieren, trachtet Theorie danach, den Begriff, welchen sie doch vorher so scharf von dieser trennte, der Sache gleichzumachen. Damit eliminiert sie zugleich jeden emanzipatorischen Überschuss, der dem Gedanken gerade und nur aufgrund seiner Nicht-Identität, durch die er sich über einen bloßen Reflex des gesellschaftlichen Ganzen überhaupt erst hinausheben kann, zukommen könnte.

Dagegen ist festzuhalten, dass zwischen dem Begriff und der Sache mit der Begriffsbildung ein notwendig subjektiv vermitteltes Moment steht. [2] Dieses aus dem Begriff und damit aus der Wissenschaft nicht hinaus zu dekretierende – sondern höchstens gesellschaftlich gewaltsam abschaffbare – subjektive Moment ist jedoch seinerseits kein unmittelbares: Es verweist vielmehr, vermittelt über die Denkform, auf ein Objektives, auf die gesellschaftliche Synthesis durch das „automatische Subjekt" (MEW 23, S. 169) Kapital. Auf dieses objektive Moment noch in der nebensächlich scheinenden subjektiven Äußerung zu reflektieren, auf das Herrschaftliche, das Irrationale, hinter dem Rücken der Menschen sich Vollziehende; gerade dies ist die Sache kritischer Gesellschaftstheorie, die darin zugleich immer nur kritische Erkenntnistheorie, sprich: Ideologiekritik sein kann.

Der Einzelne, der die Gesellschaft gedanklich zu fassen versucht – also auch der Antisemitismustheoretiker –, kann dies notwendigerweise nur vermittels der real sich darstellenden Begriffe und was Gesellschaft jenseits dieser Begriffe ist, ist nicht auszumachen (vgl. Kuhne 1998, S. 11). Gesellschaft prozessiert vermittels der Begriffe, in denen sie sich reproduziert; als Wesen muss sie erscheinen, und auch wenn sie mehr und anderes ist als die Summe ihrer Erscheinungen, so ist sie außerhalb dieser gar nichts. Die gesellschaftliche Form ist nicht-begrifflich und begrifflich zugleich, sinnliche Erscheinung und über-sinnliche Form in einem; dies ist es, worauf die Bestimmung der Synthesis als „objektive Gedankenformen" und damit der Begriff der Realabstraktion [3] zielt. Kritische Durchdringung der gesellschaftlichen Totalität ist dementsprechend notwendig bestimmt durch ideologiekritische Auseinandersetzung mit der Denkform, in der diese Gesellschaft erscheint und nicht durch scheinbar unmittelbaren Zugriff auf ‚die Fakten'. Anders als in der Reflexion des Begriffs, anders also als in einer subjektiven Anstrengung, lässt sie sich überhaupt nicht betreiben.

Im Begriff ist notwendig etwas gesetzt, was die Sache, auf die er zielt, nicht ist, ansonsten wäre er kein Begriff, sondern die Sache selbst. Wären Gesellschaft und die erscheinenden Gedankenformen, wären also Wesen und Erscheinung identisch, dann wäre, wie Marx im „Kapital" formuliert (MEW 25, S. 825), Wissenschaft unnötig und in weiterer Folge Kritik unmöglich – die Wahrheit des Antisemitismus wäre der Antisemitismus selbst. Genauso wenig, wie die Begriffe, mittels derer versucht wird, die Sache zu begreifen, Unmittelbarkeit besitzen, sondern selbst immer schon vermittelte sind: etwas, das wesentlich durch Bewusstsein überhaupt erst gesetzt ist, womit subjektive Bestimmung in sie eingeht; genauso wenig können sie unmittelbaren Zugriff auf die Sache gewährleisten. Die Wissenschaft vom Antisemitismus kann nie „den Antisemitismus selbst" in die Hand bekommen; dieser ist vielmehr selbst bereits Begriff, also eine Abstraktion, die durch den Gedanken, das Denken vermittelt ist. „(D)as wovon wir reden (ist) unter etwas befasst: es ist selber ein Begriff. Um dieses Begriffliche kommen wir nicht herum." (Adorno 2008, S. 60) Diese Tatsache nicht reflektieren zu wollen, eint den Positivismus mit dem traditionellen Marxismus: Während ersterer quasi eine Offenbarung zugrunde legen muss, mittels derer sich aus dem reinen Faktenmaterial die klassifizierenden Begrifflichkeiten ergeben sollen, kann letzterer dieses Verhältnis nur als Widerspiegelung fassen. Beiden gemeinsam ist die Stellung gegen das subjektive Moment der Erkenntnis, wenn sie annehmen, es in der Beschäftigung mit der Sache selbst mit etwas unmittelbar zu Tage liegendem zu tun zu haben, sobald nur die subjektive Verblendung, der ideologische Schleier also hinweg gerissen würde.

Weder die Gesellschaft also ist an und für sich zu begreifen, sondern immer nur in der Vermittlung durch den Begriff, in der begrifflichen Anstrengung, mittels derer die Sache, die im Begriff erscheint, erschlossen wird, noch ist der Begriff ein außerreales Gedankending, das wir rein objektiv immer schon in unserem Kopf haben, und mittels dessen wir die Realität einholen könnten – *adaequatio intellectus et rei*, die bestehe, wenn man nur ‚unideologisch', d.h. streng wissenschaftlich vorgehe. Reflexion als gedankliche Erschließung des gesellschaftlichen Wesens, ist nicht zu fassen als Bewegung „des außer und über Anschauung und Vorstellung denkenden und sich selbst gebärenden Begriffs, sondern der Verarbeitung von Anschauung und Vorstellung in Begriffe. Das Ganze, wie es im Kopfe als Gedankenganzes erscheint, ist ein Produkt des denkenden Kopfes, der sich die Welt in der ihm einzig möglichen Weise aneignet. [...] Das reale Subjekt [i.e. die gesellschaftliche Synthesis; A.G.] bleibt nach wie vor außerhalb des Kopfes in seiner Selbständigkeit bestehen." (MEW 42, S. 36) Dass die Sache nur vermittels des Denkens, des Begriffs mithin, erschlossen werden kann, bedeutet also keineswegs im Umkehrschluss, dass das, wovon der Begriff gebildet wird, deshalb in diesem Begriff als subjektiver Anstrengung aufgeht, dass es also keine außerbegriffliche Realität mehr gibt. [4] Vielmehr gilt es festzuhalten, dass die Begriffe weder nach der subjektiven noch nach der objektiven Seite mit der Sache identisch sind, und es deswegen gerade das Grundproblem kritischer Erkenntnistheorie und damit auch kritischer Antisemitismustheorie darstellt, das Verhältnis zu reflektieren, in dem die beiden zueinander stehen. Jene Besinnung über die Differenz des Begriffs und des durch ihn erschlossenen Gegenstands ist es, worin kritisches Denken nur bestehen kann, das sich über die Reflexion seiner selbst, die Selbstreflexion der ihm zugehörigen Begriffe bestimmt.

Spekulation und Kritik

In die Reflexion des Verhältnisses von Wesen und Erscheinung, seiner Entfaltung durch begriffliche Anstrengung also, hat die Erkenntnis des spekulativen Anteils jedweder Wahrnehmung (und damit auch der Erkenntnis selbst) konstitutiv einzufließen. Die vergesellschafteten Einzelnen konstituieren sich die gegenständliche Welt, die ihnen erscheint – wie Adorno und Horkheimer gegen die physiologische Lehre von der Wahrnehmung festhalten –, durch Projektion, was bedeutet, dass das Wahrnehmungsbild, die einzige dem Einzelnen zugängliche Erfassung eines Gegenstandes, stets schon Begriffe und Urteile enthält. "Zwischen dem wahrhaften Gegenstand und dem unbezweifelbaren Sinnesdatum, zwischen innen und außen klafft ein Abgrund, den das Subjekt, auf eigene Gefahr, überbrücken muß. Um das Ding zu spiegeln, wie es ist, muß das Subjekt ihm mehr zurückgeben, als es von ihm erhält. Das Subjekt schafft die Welt außer ihm noch einmal aus den Spuren, die sie in seinem Inneren zurückläßt: die Einheit des Dinges in seinen mannigfaltigen Eigenschaften und Zuständen" (Horkheimer/Adorno 1997, S. 213f.) Der positivistische Wissenschaftsbegriff, der die Spekulation, die subjektive Bedingung der Möglichkeit von Erkenntnis also, exorzieren und sich im Registrieren des Gegebenen, des ‚ganz Realen' erschöpfen möchte, lässt das Ich zur bloßen Funktion zusammenschrumpfen: Indem er die Denkbewegung, „in der das nichtige Sinnesdatum den Gedanken zur ganzen Produktivität bringt, derer er fähig ist" (ebd., S. 214) als ideologische Verunreinigung abtut, streicht er das, was Individualität sein könnte, in einem bewussten Akt durch.

In ihrer Stellung gegen die Spekulation hat die wissenschaftliche Denkform insofern Recht, als sie sich damit gegen eine Position stellt, die die Welt reflexionslos aus dem Subjekt heraus entwirft und sie infolge dessen diesem gleichmacht. Da sie jedoch zwischen bewusster, d.h. reflektierter Projektion, die um den „Vorrang des Objekts" (Adorno 1997b, S. 193) weiß, und pathischer, d.h. gewalttätig sinnstiftender Projektion nicht unterscheiden will, und beides ihr unterschiedslos dasselbe ist, kommt ihr selbst die Selbstreflexion abhanden, die sie anderen abzusprechen versucht. Spekulation ist diesem ‚rein der Realität' verpflichteten Denken das Gegenteil wissenschaftlicher Auseinandersetzung; sie kann sie niemals im Hegelschen Sinne der Selbstreflexion des Geistes als Begrenztem fassen, mittels derer der Gedanke seiner eigenen Immanenz sich entäußere, sondern stets nur in dem Sinne, in dem der Alltagsverstand Ideologie versteht. Der faktenhubernde Wissenschaftsbegriff versteht unter spekulativer Begriffsbildung ein ohne Selbstkritik und ohne Konfrontation mit den (Tat-)Sachen agierendes, eigenwilliges und die Sache gemäß den eigenen Vorstellungen verfälschendes Drauflosdenken. (vgl. Adorno 1997a, S. 284)

Der Positivismus, der vermittels solcher Absetzung glaubt, objektiv die Begriffe bei der Hand zu haben, mit denen er die Fakten zu interpretieren in der Lage ist, kann sich dem Problem des Begriffs nicht stellen, dem Problem, dass der Begriff selbst noch das Nicht-Begriffliche begreifen muss, ohne es sich ihm zu subsumieren, dass er somit Identität von Identität und Nichtidentität darstellt. Dieser Problematik und dem, was sie für das Denken bedeutet, stellt sich Schmidingers Denken – als pars pro toto für die Aporien der Antisemitismustheorie genommen – in seiner Invektive gegen israelsolidarische Kritik nicht: Es geht ihm nicht darum, den im Begriff liegenden Widerspruch zu entfalten und dem Nichtidentischen – zumindest im Denken – zu seinem Recht zu verhelfen, sondern er versucht diesen Widerspruch handstreichartig durch die Perhorreszierung des subjektiven Moments zu lösen.

So meinend, das Problem, dass es sich bei den zu untersuchenden Gegenständen um subjektiv-objektive Formen handelt, die in dieser ihrer Konstituiertheit erschlossen werden müssten, aus der Welt geschafft zu haben, stellt sich Schmidinger die Sache selbst als jene riesige Ansammlung von Gebrauchsgütern dar, als welche die Welt der Waren erscheint. Wie er den Begriff der wertneutralen Wissenschaft affirmiert, über dessen Genese und gesellschaftliche Bedingtheit er nichts auszusagen vermag, so sitzt er hier demselben Fetischcharakter der Gesellschaft auf, der es ihm verunmöglicht, die Ware als subjektiv-objektive, sinnlich-übersinnliche Vergegenständlichung der gesellschaftlichen Totalität zu erkennen. Dem der spekulativen begrifflichen Erschließung sich enthoben glaubenden Denken sind die Phänomene, auf die es sein wissenschaftliches Interesse richtet, rein gegenständliche Dinge, denen subjektive Bestimmtheit und damit Begrifflichkeit nicht zukäme und die somit auch „ganz real und jenseits aller Ideologie" existierten und als solche einzufangen wären.

Darin erweist die wissenschaftliche Denkform sich als Affirmation des fetischistischen Scheins: Die Realität, so wie sie erscheint, soll das Wesen ihrer selbst sein. So wie ihr die Waren problemlos Gebrauchsgegenstände sind, die sich um den Erdball verschiffen und verkaufen lassen, ohne dass dies mit ihrer Konstitution etwas zu tun hätte, genauso ist ihr Ideologie dem gesellschaftlichen Zusammenhang bloß äußerliche Zutat, die dementsprechend ganz so exportiert werden könne, wie es den selbstherrlichen Verfügern, den Hütern der Ware Weltanschauung zupass ist. Genauso wie die Europäer Datteln, Oliven und Erdöl aus dem islamischen Raum importieren, genauso ist es ihnen, Schmidinger zufolge – hier ganz der These Michael Kiefers verpflichtet (vgl. dazu Forst 2008) –, möglich, den Antisemitismus in diesen Raum zu exportieren. Der Antisemitismus wird solcherart zu einem originären Problem Europas erklärt – ohne ausführen zu können, worin dieses ‚Europa' denn bestehe, weswegen auf den unkritischen Begriff der ‚christlichen Leitkultur' zurückgegriffen werden muss [5] (vgl. dazu Café Critique 2008) –, das exportiert und im Nachhinein „islamisiert" wurde. Schmidinger begreift den Antisemitismus als Ware, den man exportieren und auch konsumieren könne wie diese: Wie man Datteln oder Oliven isst, wenn man Hunger hat, oder sein Auto mit (raffiniertem) Öl betankt, wenn man zur Ar-

beit oder in den Urlaub fahren möchte, so macht man sich „das Weltbild des europäischen Antisemitismus zu eigen" (Schmidinger, S. 121), um dem „Konflikt mit dem israelischen Staat" (ebd. S. 124) ein ‚antisemitisches Narrativ' als ‚ideologischen Überbau' zu verschaffen [6], was in weiterer Folge zu einer „Verselbständigung des Antisemitismus" führt, „der auch bereits in Politikbereichen auftritt, die nicht in Zusammenhang mit Israel stehen". (ebd., S. 135)

Aufgrund seiner ‚rein den Fakten' verpflichteten wissenschaftlichen Weltanschauung ist es Schmidinger nicht möglich, den Antisemitismus ideologiekritisch als Erscheinungsform der durch den Wert synthetisierten Gesellschaft zu

Thomas „Schmidi" Schmidinger

fassen, und folgerichtig kann in seinen Überlegungen auch die Frage nicht auftauchen, ob der Übergang zur kapitalistischen Vergesellschaftung eine Denkform in der islamischen Welt konstituiert hat, die den Krisencharakter der modernen Gesellschaft vermittels der Festmachung konkreter Übeltäter zu rationalisierten trachtet, und die sich dazu in einer spezifischen Art und Weise auf die islamischen Quellen bezieht, in der sich der moderne Antisemitismus in Europa auf die christlichen Quellen bezogen hat. (vgl. dazu Scheit 2003) Empiriker, der er ist, kann er keinen Begriff haben von der Einheit der Gegensätze, die die Ware darstellt, keinen Begriff vom Auseinanderfallen von Gebrauchswert und Tauschwert, die beide doch gleichzeitig notwendig aufeinander verwiesen sind – und damit keinen Begriff vom Kapital als krisenhaftem Zwangszusammenhang, der im Antisemitismus diese Krisenhaftigkeit zu exorzieren trachtet. Antisemitismus ist ihm, der von der Kritik der politischen Ökonomie wenig, von kritisch sich gebendem Jargon aber umso mehr versteht, „verkürzte(r) Antikapitalismus", der bloß die „marxsche Wert- und Kapitalismuskritik" nicht zur Kenntnis genommen habe. (Schmidinger 2008, S. 117)

Antisemitismus aber ist keine Kapitalkritik, die lediglich mit ein bisschen Marx anzureichern wäre, der also bloß etwas theoretische Besinnung sich beizugesellen hätte, um sie vor ihren regressiven Konsequenzen zu schützen. Antisemitismus ist vielmehr eine Denk- und Praxisform, die unmittelbarer, d.h. unreflektierter Ausdruck der gesellschaftlichen Synthesis ist, und in welcher deren konstitutive Krisenhaftigkeit erscheint – er ist die barbarische Rationalisierung einer an sich irrationalen Vergesellschaftungsform. Als solcher ist er kein Instrument, das von außen an einen realen Konflikt, den ‚Nahostkonflikt' etwa, herangetragen wird, um so „immer wieder zur Vermischung rationaler palästinensischer Interessen mit antisemitischen Ressentiments" (ebd., S. 130) zu führen; ganz so, als ob der Krieg für ‚palästinensische Selbstbestimmung' nicht durch den antisemitischen Wahn bestimmt sei, so, als ob es eine anthropologische Trennung von Interesse und Ressentiment gäbe, so, als ob nicht gerade im Antisemitismus diese beiden Momente unmittelbar in Eins gesetzt wären. Es gibt sie nicht, die Trennung „des Imaginären [der antisemitischen Stereotype; A.G.] und des Realen [des politischen Konflikts; A.G.]", die in einer „Mischung" beider resultieren kann (Pollak 2008: 31). Das antisemitische Ressentiment ist kein Vorurteil, das lediglich im ‚Reich der Ideen' besteht und an Konflikte herangetragen werden kann, mit denen es ursprünglich nichts zu tun habe, weswegen die Parteinahme für Israel die wissenschaftliche Erforschung dieser ‚narrativen Vorurteilsstruktur' verunmögliche. Das antisemitische Ressentiment ist vielmehr der Konflikt selbst im Sinne des Vernichtungswunsches – auf dieser Erkenntnis gegen alle wissenschaftlichen Rationalisierungsversuche zu beharren und die israelsolidarische Konsequenz daraus zu ziehen, ist die Bedingung der Möglichkeit kritischer Gesellschaftstheorie. ■

Klamper, Elisabeth, ***Antisemitismus – ein Ritual der Zivilisation?*****, in:** ***Jahrbuch 2008: Schwerpunkt: Antisemitismus*****, hg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien u.a. 2008, S. 31-45.**

Pollak, Alexander, ***Antisemitismus. Probleme der Definition und Operationalisierung eines Begriffs*****, in:** ***Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost*****, hg. v. J. Bunzl u. A. Senfft, Hamburg 2008, S. 17-32.**

Schmidinger, Thomas, ***Zur Islamisierung des Antisemitismus*****, in: DÖW Jahrbuch 2008, a.a.O., S. 103-139.**

Stern, Frank, ***Gibt es einen neuen Antisemitismus – oder nur neue Antisemiten? Kulturgeschichtlicher Einwurf*****, in: DÖW Jahrbuch 2008, a.a.O., S. 20-30.**

Anmerkungen:

[1] Diese Vorstellung von Ideologie, die den Wissenschaftsbetrieb charakterisiert, hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den von ihm verwandten Antisemitismusbegriff. Der wissenschaftlichen Theorie ist Antisemitismus „imaginäre Konstruktion" (Pollak 2008, S. 31), Ausdruck „kulturell erlernte(r) Feindbilder" (Klamper 2008; S. 31) oder eine Sammlung „antijüdische(r) Vorurteile" (Stern 2008: S.30), also reine Gedankenkonstruktion,

die auf falschen Vorstellungen beruht. Antisemitismustheorie, die solcherart ihren Forschungsgegenstand als bloßes Vorurteil begreifen möchte, kann das Spezifische des antisemitischen Ressentiments niemals erfassen. Die Affirmation der Verhältnisse, die damit notwendig einhergeht, äußert sich etwa im Vergleich der antisemitischen Vernichtungsraserei mit einer als ‚Islamophobie' charakterisierten ‚Sündenbockstrategie', die aus den Muslimen die ‚Juden von heute' mache, wie es das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung in seinem Jahrbuch 2008 exemplarisch vor- bzw. nachexerziert.

[2] Wie zentral dieses subjektive Moment für den Begriff der Kritik ist, wird etwa aus Adornos Erkenntnis ersichtlich, „daß heute überhaupt nur Übertreibung das Medium von Wahrheit sei" (Adorno 1997c, S. 567); eine Erkenntnis, die jedem Wissenschafter nur unverständiges Kopfschütteln entlocken kann.

[3] Zu diesem von Alfred Sohn-Rethel geprägten Begriff vgl. Ritsert 1998.

[4] Dies ist der grundlegende Fehlschluss, dem der Nominalismus und im Anschluss daran der (Post-)Strukturalismus aufsitzen. Zur Kritik an den nominalistischen Implikationen des Poststrukturalismus vgl. ISF 1998 sowie Dahlmann 2000.

[5] „Die Ritualmordlegenden wurden damit [mit der ‚Damaskusaffäre' von 1840; A.G.] von **christlichen Mönchen** aus dem **christlichen Europa** in die islamische Welt importiert." (Schmidinger 2008, S. 118; Hervorhebung A.G.)

[6] Schmidinger zitiert in diesem Zusammenhang zustimmend Yehoshafat Harkabi, für den „der arabische Antisemitismus nicht Grund, sondern Folge des arabisch-israelischen Konflikts sei." (S. 130)

Literatur:

Adorno, Theodor W., *Einleitung zum „Positivismusstreit in der deutschen Soziologie"*, in: Gesammelte Schriften (AGS), Bd. 8, Frankfurt/M. 1997a, S. 280-353.

Adorno, Theodor W., *Negative Dialektik*, in: AGS, Bd. 6, Frankfurt/M. 1997b, S. 7-412.

Adorno, Theodor W., *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit*, in: AGS, Bd. 10.2, Frankfurt/M. 1997c, S. 555-572.

Adorno, Theodor W., *Zu Subjekt und Objekt*, in: AGS, Bd. 10.2., Frankfurt/M. 1997d, S. 741-758.

Adorno, Theodor W., *Ontologie und Dialektik*, Frankfurt/M. 2008.

Café Critique, *Islamkritik und Politik im Namen des Volkszorns. Die FPÖ und das postnazistische Österreich*, in: *Bahamas*, Nr. 56/2008, S. 7-15.

Dahlmann, Manfred, *Das Rätsel der Macht. Über Michel Foucault*, in: *Kritik der Politik. Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag*, hg. v. M. Dahlmann, J. Bruhn u. Cl. Nachtmann, Freiburg i. B. 2000, S. 83-108.

Forst, Franz, *Wo die Welt noch in Ordnung ist. Die Düsseldorfer Linke zwischen Sozialarbeit und Antiimperialismus*, in: *Prodomo. Zeitschrift in eigener Sache*, Nr. 9/2008, S. 25-30.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W., *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, in: AGS, Bd. 3, Frankfurt/M. 1997.

Kuhne, Frank, *Marx' Ideologiebegriff im* Kapital, in: Fr. Kuhne u. H.-G. Bensch, *Das Automatische Subjekt bei Marx. Studien zum* Kapital, Lüneburg 1998, S. 9-24.

Initiative Sozialistisches Forum (ISF), *Heideggerisierung der Linken. Die Ideologie vom Diskurs. Über die Nutzlosigkeit Foucaults für die antinationale Linke*, in: *jungle world*, Nr. 7/1998.

ISF, *Der Theoretiker ist der Wert. Eine ideologiekritische Skizze der Wert- und Krisentheorie der* Krisis-*Gruppe*, Freiburg i. B. 2000.

Marx, Karl, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 43, Berlin 1983.

Marx, Karl, *Das Kapital. Dritter Band*, MEW 25, Berlin 1989.

Marx, Karl, *Das Kapital. Erster Band*, MEW 23, Berlin 1993.

Ritsert, Jürgen, *Realabstraktion. Ein zu recht abgewertetes Thema der kritischen Theorie?*, in: *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, hg. v. Chr. Görg u. R. Roth, Münster 1998, S. 324-348.

Scheit, Gerhard, *Wer Wurzeln sucht, geht in den Wald. Eine Antwort auf Thomas Schmidingers kritische Bemerkungen*, in: *Context XXI*, Nr. 8/2002-1/2003.

Weber, Max, *Wissenschaft als Beruf*, in: Max Weber Gesamtausgabe, Bd. 17, Tübingen 1992, S. 70-111.

anzeige

Deutsches Krisenmanagement

Ein neuer Höhenflug des Antiamerikanismus

PHILIPP LENHARD

Die Krise hat noch weit größere Dimensionen als jene, die dem Anschlag auf die Zwillingstürme und ihrem Einsturz vor sieben Jahren folgte. Denn der Angriff auf uramerikanische Glaubenssätze ist dieses Mal nicht das Werk äußerer Feinde. Er kommt von innen, aus den Tiefen des Systems. Der amerikanische Kapitalismus brachte, weitgehend unbedrängt von staatlicher Kontrolle, seine eigenen Selbstmordattentäter hervor, deren Sprengsätze, die Derivate, noch die Wirkung der fliegenden Bomben der Dschihadisten übertreffen." Der Kapitalismuskritiker, der mit diesen Sätzen die aktuelle Finanzkrise kommentierte, heißt nicht Robert Kurz und er steht auch nicht in Lohn und Brot beim *Neuen Deutschland*, sondern er ist Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Was ist passiert, wenn ein Berthold Kohler sich in der Sache einig ist mit dem Großdenker der fundamentalen Wertabspaltungskritik, wenn Wolfgang Thierse, Angela Merkel und Oskar Lafontaine zeitgleich den großen Satan jenseits des Atlantiks anprangern? Ganz einfach. Die Weltwirtschaft steckt in der Krise und dafür muss ein Sündenbock gefunden, soll nicht das Kapitalverhältnis selbst in Frage gestellt werden. Helmut Schmidt brachte dies in der Zeit vom 25. September – die ja mit dem Slogan „Zivilisiert den Kapitalismus!" getitelt hatte – auf den Punkt: „Die Schuldigen sitzen in New York." Auch Angela Merkel sieht die Schuldigen in den „Regierungen in Großbritannien und in den USA", die sich partout geweigert hätten, in einem ihrer Ansicht nach erforderlichen Maße in die Finanzmärkte einzugreifen (*Tagesschau*, 20.09.08).

Eine Krise ist eine Krise

Aber was ist eigentlich passiert? Haben Merkel und Co. nicht Recht, wenn sie behaupten, die US-Regierung habe zu nachlässig gehandelt? Wohl kaum, denn die gigantischen Kapitalien, die da in Form von Wertpapieren und Krediten hin und her geschoben werden, werden nicht dadurch wohltätiger, dass ein Staat die Finanzströme in ein klar abgestecktes Flussbett zwingt. Der Zweck des Kapitals ist seine Verwertung, nicht das Wohl der Menschheit. Versucht man es für letzteres einzuspannen, scheitert man früher oder später zwangsläufig an der Logik des Wertgesetzes und kann sich – weil man ganz und gar blind für das Wesen des Kapitals ist – dieses Scheitern nur noch als Resultat einer von finsteren Mächten ausgeklügelten Verschwörung erklären. Soviel zum Einmaleins der Kapitalismuskritik, die jeder bei Marx in entfalteter Form nachlesen könnte. Dass aber nicht nur Antikapitalisten vom Schlage Lafontaine oder Müntefering den „ungezügelten Kapitalismus" geißeln, sondern plötzlich auch Verfechter eines verbal staatsfeindlichen Wirtschaftsliberalismus, ist eine Entwicklung, die in der Logik des Kapitals selber ihren Grund hat. Die Produktion von Krisen ist schließlich dem Kapitalismus immanent und schon immer haben die Kapitalisten und ihre Propagandisten den Staat um Hilfe gebeten, wenn es gerade nicht gut lief. Schon lange gibt es – trotz anders lautender Gerüchte – keine Marktradikalen mehr, sondern nur noch Liberale, die die Intervention des Staates auf eben jene Notsituationen beschränken wollen, von denen jetzt eine besonders drastische eingetreten ist.

Weil der Gebrauchswert in einer kapitalistischen Gesellschaft nur ein für die Verwertung von Wert notwendiges Übel darstellt, eine lästige Hülle, die das prozessierende „Gedankending" Wert nicht abstreifen kann, hat sich das Kapital in Zeiten der chronischen Überproduktion eine Sphäre geschaffen, die die Illusion der von Warenproduktion unabhängigen Akkumulation so lange real werden lässt, bis der Schwindel auffliegt und die verspekulierten Kapitalien sich in heiße Luft verwandeln – ein bloß „fiktives Kapital", ähnlich den bunten Geldscheinen in einem Monopolyspiel. So lange das Spiel gut geht und niemand an den Spielregeln zweifelt, bietet die Spekulation auf zukünftige Gewinne und Verluste, auf Preissteigerungen und Warenknappheit die Möglichkeit, große Geldmengen um ein vielfaches zu vermehren und sie als – mit dem Vokabular des *Kapital* gesprochen – G' wieder in den Produktionsprozess einzuspeisen. Verspricht allerdings die Spekulation höhere Gewinne abzuwerfen als die Herstellung von Waren, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die vorhandenen Kapitalien zunehmend auf den Finanzmärkten verwettet werden statt in die Anschaffung von Produktionsmitteln zu fließen. Das in Wertpapieren und Derivaten angelegte Kapital kann zwar jederzeit aus der Finanz- in die Produktionssphäre zurückgeholt werden – allerdings nur dann, wenn es noch nicht verloren ist.

Nun ist es das besondere Charakteristikum dieser Krise, das zuerst das Bankensystem zu kollabieren droht. Das hat eine Kettenreaktion zur Folge, denn mit dem Bankrott geht der Konkurs all derjenigen einher, die ihr Geld auf dieser Bank deponiert haben. Die Banken sind in diese Lage gekommen, weil sie – von der Geldgier, die der subjektive Ausdruck eines objektiven Zwangs ist [1], getrieben – höchst risikobeladene Kredite in der Hoffnung auf hohe Rendite an Personen vergeben haben, die weitestgehend ohne irgendwelche Sicherheiten Immobilien kaufen oder bauen wollten, diese Kredite aber nicht zurückzahlen konnten als sich herausstellte, dass sich die von den Banken erhoffte Rendite dank der sinkenden Immobilienpreise nicht einstellen würde. Die Immobilienkredite, auf die in altbewährter Manier gerade wegen ihres hohen Risikos auch noch an der Börse in schwindelnden Höhen spekuliert wurde, stellten sich als faul heraus und lösten bei den Spekulanten Panik aus. Das Geld, das sie einzustreichen gedachten, löste sich vor ihren Augen auf und sie konnten nichts anderes tun als unter großen Verlusten ihre noch vorhandenen Gelder umzuschichten. Die Banken aber, die das Geld ihrer Kunden in Form von faulen Krediten verspielt haben, können – sobald eine nennenswerte Anzahl von Einzahlern ihnen das Geld entziehen will – es nicht mehr auszahlen. Mit anderen Worten: Sie sind pleite. Es ist nun der Staat, der hier auf den Plan tritt, um die Krise zu meistern. Der deutsche Staat etwa garantiert privaten Sparern, dass ihre Guthaben sicher seien, um zu verhindern, dass infolge der allgemeinen Panik weitere Banken entkapitalisiert werden. Weil aber die Banken sich aus nachvollziehbaren Gründen bemühen, ihr Geld beisammen zu halten, bis die Krise vorüber ist, vergeben sie auch keine Kredite mehr, womit größere Investitionen verunmöglicht werden. Der Bumerang-Effekt vergrößert die Krise noch, indem er sie auf den Bereich der Warenproduktion ausdehnt, wo ja auch ihr eigentlicher Ausgangspunkt gelegen hatte.

Zudem hat sich ein beträchtlicher Teil des Aktienkapitals als wertlos herausgestellt, also ebenfalls als bloß fiktives Kapital, das – weil es lediglich eine Spekulation auf einen Profit, der gar nicht eintrat, darstellt – nicht wertbildend eingesetzt werden kann. Die Inhaber dieser Aktien können deshalb mit ihren Wertpapieren nichts mehr anfangen, denn niemand will sie kaufen. Hinzu kommt, dass die großen Aktienhalter sich – basierend auf ihrem Wertpapierbestand – auch noch ordentlich Kredite haben geben lassen, um noch mehr Aktien kaufen zu können. Sowohl die Banken, die die horrenden Kredite in der Hoffnung auf hohe Zinsen vergeben haben, als auch die Aktienhalter – große Unternehmen, die sich Anteile an Konkurrenten sichern wollten, Fondmanager und, gerade in den USA, private Investoren – stehen nun mit leeren Händen da und haben einen Teil ihrer Einlagen verloren. Das ist nicht nur für die jeweiligen Aktionäre bedauerlich, sondern kann eine weitere Kettenreaktion auslösen, die das Gesamtkapital aufgrund des Umfanges der plötzlichen Auflösung von vermeintlichen Werten nachhaltig schädigt. Die ersten Resultate wären ein schrumpfendes Wachstum, die Schließung von „Standorten", ein damit verbundener Wegfall von Arbeitsplätzen sowie sinkende Steuereinnahmen.

Zurück zu den Sachwerten: Michael Douglas in Wall Street

Das 700-Milliarden-Dollar-Paket, das der US-Kongress jetzt doch noch [2] verabschiedet hat, um den Aktionären ihre wertlosen Papiere abzukaufen und für die Banken die Liquidität zu gewährleisten, damit sie ihre Gläubiger bezahlen können und nicht noch mehr Banken kollabieren, ist in seiner Größe einzigartig – andererseits soll man jedoch nicht so tun, als springe der Staat das erste Mal ein, um bestimmte Auswirkungen der Marktwirtschaft abzuwehren oder zu entschärfen. Was dieses Mal neu ist, ist die von den US-Demokraten erzwungene Bedingung, dass der Staat an künftigen Gewinnen der geretteten Unternehmen mitverdienen soll, um den in Mitleidenschaft gezogenen öffentlichen Haushalt wieder zu entlasten. Damit macht sich ausgerechnet der amerikanische Souverän zum reellen Gesamtkapitalisten und gibt den europäischen Antikapitalisten Recht, die ständig den gerechten Sozialstaat gegenüber dem hintertriebenen Heuschreckenkapital in Stellung bringen. Dass nun auch die viel zitierten Marktradikalen einräumen müssen, dass die unsichtbare Hand nicht alles regeln kann, ja dass es parallel dazu noch einer sichtbaren bedarf, freut die europäischen Anhänger des starken Staates. Für sie ist mit dieser Krise endgültig erwiesen, dass der Staat die Spekulanten an die Kandare nehmen muss.

Ein neuer Höhenflug des Antiamerikanismus

Dass Bertold Kohlers „Dschihadisten" von der Wall Street nicht sofort nach Guantanamo verschleppt und dort gefoltert werden, bis sie gestehen, die Welt in den Abgrund stürzen zu wollen, behagt den Freunden des gerechten Staates überhaupt nicht. Nur allzu deutlich wird in der Gleichsetzung eines antisemitischen Massenmordes mit einer gescheiterten Massenspekulation das Strafbedürfnis sichtbar. Zugleich nivelliert diese Gleichsetzung die Gewalt des radikalen Islam, in dem sie als harmlos gegenüber den

nichtswürdigen Handlungen der Spekulanten dargestellt wird. Schließlich wird der Antiamerikanismus bedient, indem die Sprachregelung des angeblichen „home grown terror" – der Angriff komme „aus den Tiefen des Systems" – aufgegriffen wird. Die eigentlichen Terroristen, so der Tenor, sind die Verbrecher an der Börse, skrupellose Fanatiker, die „uramerikanische Glaubenssätze" vertreten. Dass die Spekulanten zwar tatsächlich geldgierig und ziemlich skrupellos sein mögen, weil derlei sozusagen zu den charakterlichen Grundvoraussetzungen dieser Branche gehört, aber niemand danach fragt, welche Funktion die Spekulation eigentlich für die herrschende Wirtschaftsform hat, zeigt, dass es sich bei den geifernden Denunziationen nicht um Kapitalismuskritik, sondern um einen Aufruf zur virtuellen Dämonenaustreibung handelt. Dass in Zeiten des Monopols die einzelnen Unternehmensgruppen oft nur dann erfolgreich bestehen können, wenn sie ihren Kapitalbestand beständig ins Astronomische steigern, liegt nicht an den Spekulanten, sondern in der inneren, auf Schrankenlosigkeit ausgerichteten Logik des Kapitals begründet. Die Spekulanten sind – wie der gewöhnliche Proletarier, nur komfortabler lebend – Rädchen im Getriebe des automatischen Subjekts, das seine Wirkungsmacht auf jeden noch so entfernten Bereich auszuweiten droht.

Haben die USA in den letzten Jahrzehnten als Motor des Kapitals agiert, indem sie den dank ihrer Hegemonialstellung und der damit verbundenen Kreditgarantie bedeutendsten Absatzmarkt für Waren aus aller Herren Länder darstellten, so werden umgekehrt alle Staaten auch mit in den Strudel der Finanzkrise gerissen, wenn Amerika wankt. Alles hängt mit allem zusammen. Jene scheinbare Banalität trifft auf eine Gesellschaft zu, die durch blind wütende soziale Naturgesetze zu einer Totalität geformt wird, welche jedem Ruf nach dem planerischen und ordnenden Staat spottet. Doch gäbe der Staat zu, dass er in Wirklichkeit gar nichts unter Kontrolle hat, so würde ihn diese Aussage nicht nur delegitimieren – es würde auch die Panik, und damit die Krise, verstärken. Deshalb soll der ohnehin verhasste und scheinbar omnipotente amerikanische Souverän geopfert werden, der sich von den guten Ratschlägen der Europäer nicht habe beeindrucken lassen und übermütig die Welt ins Chaos gestürzt habe. Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück bringt diese offizielle Regierungslinie folgendermaßen zum Ausdruck: „Niemand sollte sich täuschen: Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise" (zitiert nach *junge Welt*, 26.09.08). Damit bediente er sich ebenfalls der schlechten Analogie zwischen Krise und Terroranschlag, die eben keineswegs zufällig schon auf das noch zu erbringende Opfer verweist. Und wie al Kaida im September 2001 sieht Steinbrück sieben Jahre später das große Ereignis als Anfang vom Ende amerikanischer Hegemonie: „Die USA werden ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren." Der Grund für diesen Positionsverlust ist laut Steinbrück in der „unverantwortlichen Überhöhung des ‚laissez-faire'-Prinzips, also dem von staatlicher Regulierung möglichst vollständig befreiten Spiel der Marktkräfte im angloamerikanischen Finanzmarktsystem" zu suchen. Mit anderen Worten: Der starke Staat muss her. Dieser hat aus Sicht des Finanzministers nichts Geringeres zur Aufgabe als einen „möglichst krisenfreien Wohlstand". Weil sich aber auch ein deutscher Finanzminister darüber im Klaren ist, dass Kapitalismus nicht ohne Krise zu haben ist, fügt er nicht nur vorsichtshalber ein „möglichst" ein, sondern benennt bereits äußerst vorausschauend die Schuldigen der Zukunft: „Die Marktteilnehmer müssen diesen [vom Staat gesetzten – P.L.] Rahmen kreativ ausfüllen – nicht getrieben von Gier und Kurzatmigkeit, sondern von Verantwortung für die Gesellschaft. Das ist unser, ist mein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft." Verantwortung für die Gemeinschaft statt Gier, das ist die Essenz der urdeutschen Verabsolutierung des citoyens, die zugleich dessen Entmündigung vorantreibt. Die unter der Ägide des Staates sich vollziehende Denunziation des egoistisches Interesses, das – sei's ein proletarisches, sei's ein bourgeoises – als grundsätzlich gemeinschaftsschädlich ausgemacht wird, ist das Einfallstor zur Unterdrückung des Individuums, das im Bedarfsfall Opfer für die Gemeinschaft zu bringen hat und es ja nicht wagen soll, sich der kapitalen Zwangslage entsprechend zu verhalten. Was anhand der Spekulanten illustriert wird, ist zugleich als Exempel für zukünftige Kampagnen gegen andere asoziale Elemente zu verstehen. Dabei hat die Negativfolie „amerikanischer Kapitalismus" die Funktion, all das als undeutsch abzuqualifizieren, was der allgemeinen Dystopie eines „krisenfreien Wohlstands", und damit auch der Verewigung bedrückender Verhältnisse, entgegenstehen könnte. Kapitalismus ohne formale Freiheit und Gleichheit, bürgerlicher Staat ohne Klassenwidersprüche, Gesellschaft ohne Individuen – das ist der deutsche Traum, der nach 200 Jahren immer noch nicht ausgeträumt zu sein scheint.

Ein Kollege von dem bereits zitierten Berthold Kohler, der berühmt-berüchtigte Frank Schirrmacher, prescht in diesem Sinne bereits voran. In der *FAZ* vom 4. Oktober verkündete er emphatisch das Ende der Demokratie: George W. Bush habe „Freiheit, Demokratie, Wohlstand mit null multipliziert, er hat, mit erborgten Idealen, die Ideale deklassiert". Der scheidende Präsident habe „die Demokratien begrifflich versklavt, indem er ihr Verfassungs-Vokabular von der Freiheit bis zur Menschenwürde als Mittel seiner undurchschaubaren Herrschaftspraxis" benutzt habe. Jeder dieser Begriffe bedeute, so Schirrmacher, John Berger zitierend, „exakt das Gegenteil, was es einst bedeutete". Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Terrorismus seien Begriffe, die „der Menschheit gestohlen worden" seien, folglich bedürfe es eines Neuanfanges: „Die europäischen Gesellschaften müssen wieder mühsam lernen, eins und eins zusammenzuzählen, um neu beginnen zu können." Welche Begriffe Schirrmacher bevorzugt, wo doch der der Demokratie angeblich so verheerend entwertet wurde, verrät er leider nicht. Dass der ersehnte Neubeginn nach der avisierten Apokalypse allerdings weniger mit Bushs Politik als vielmehr mit dem verkorksten Seelenhaushalt eines deutschen Leithammels zu tun hat, zeigt die wahnhafte Beschwörung des angeblichen Angriffs auf „das überlieferte europäische Menschenbild", den Bush verbrochen habe. Man lasse sich die Pa-

ranoia auf der Zunge zergehen: „Was es aber hieß, endemisch als Zeitgenosse in den Denkapparat dieser Präsidentschaft gezwungen zu werden, haben als erste die Bewohner der tiefsten Tiefen bemerkt, jene literarisch-geistigen Wesen, die mit ihren eigenen Leuchten die Nacht aufhellen. Zur gleichen Stunde, da George Bush die Welt mit den Worten Demokratie, Freiheit und Selbstverteidigung in seine Gedankengänge zog und gleichzeitig ein gedankenpolizeiliches Überwachungssystem im Inneren etablierte, das keine Bibliothek und kein Labor auslässt, prophezeite der Schriftsteller John Berger eine Umerziehung zur Angst, einen vegetativen Zustand, in dem der Körper schon weiß, was der Kopf noch nicht einmal ahnt: ‚Der Schmerz, in der gegenwärtigen Welt zu leben'." Weil die Umerziehungslager der Amerikaner partout nicht ausfindig zu machen sind und auch die Gedankenpolizei weit und breit nicht zu sehen ist, weiß eben nur der Manische schon in seinem „Kopf", was seine Mitbürger, die nicht in den „tiefsten Tiefen" leben, noch nicht wissen können: Es gibt eine riesige Verschwörung, die alle Bereiche des Lebens umfasst und die Welt an den Abgrund führt: „Die westlichen Gesellschaften haben mit allem gerechnet, aber nicht mit diesem Angriff aus dem Inneren. Er ist geradezu unglaublich umfassend, beginnend mit den rhetorischen Vorbereitungen zum Krieg gegen den Irak, über die Klimapolitik, den Angriff auf die Verfassung, die alle geistigen und wissenschaftlichen Bereiche erfassenden Überwachungssysteme bis zur Implosion des Finanzsystems." Ein Verschwörungstheoretiker wie er im Buche steht, doch leider sagt die Tatsache, dass wir es bei Schirrmacher offensichtlich mit einem Verrückten zu tun haben [3], rein gar nichts darüber aus, ob er mit seinem Programm – das nur das aussprechen könnte, was auch die Mehrheit denkt – politischen Erfolg hat.

Ihm steht der Ausnahmezustand ins Gesicht geschrieben: Frank Schirrmacher

Und die Linke?

Die radikale Linke steht diesem neuerlichen, vorerst noch verbalen Angriff auf die westliche Demokratie und das bürgerliche Individuum, der sich in den Kommentaren zur Finanzkrise Bahn bricht, wortlos bis zustimmend gegenüber. Bestätigt fühlt man sich darin, dass der Kapitalismus in der Krise ist und folglich – das habe man doch schon immer gesagt – gar nicht ordentlich funktioniere. Den amerikanischen Kapitalisten würden nun endlich die Leviten gelesen – und dass es u.a. das deutsche Staatspersonal ist, das sich dieser Aufgabe annimmt, wird nicht als beunruhigend wahrgenommen, sondern als höchste Auszeichnung für die eigene Kapitalismuskritik. Franziska Drohsel etwa, Vorsitzende der Jusos, resümierte: „Die Finanzkrise bestätigt uns darin, dass unsere Kritik am Kapitalismus richtig war und ist. Man kann sagen: Dieses System fährt vor die Wand. Das sieht man jetzt sehr deutlich. Ich finde es sehr bezeichnend, dass man noch vor einigen Wochen als Sektierer oder Träumer bezeichnet wurde, wenn man über Verstaatlichung gesprochen hat – heute reden neoliberale Hardliner davon, Teile des Finanzsektors zu verstaatlichen. Diese Leute nehmen heute Attac-Positionen an. Insofern: Ja, für linke Positionen gibt es wieder großen Raum. Der Neoliberalismus ist am Ende." (*FAZ*, 10.10.08) Und tatsächlich hat die Linke diese Form des Antikapitalismus, die Kohler, Schirrmacher und Konsorten artikulieren, vorgedacht. Damit zeigt sich die radikale Linke abermals als diejenige gesellschaftliche Kraft, die avantgardistisch vorangeprescht ist und stets eine gute Nase dafür hat, welchen Weg Staat und Volk einschlagen werden. Als Motor des antiamerikanischen Ressentiments war es stets die Mehrheit der Linken, die die Gesellschaft vor sich her in die Arme einer autoritären Gemeinschaft trieb. Radikale Kritiker dieses Aufrufes zur kollektiven Regression wie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer wurden als Zersetzer an den Prager gestellt.

Anstatt das Erbe der genannten Kritiker anzutreten, suhlt sich sogar der Teil der Linken, der sich ein gewisses Maß an Restvernunft bewahrt hat, im seichten Akademismus und geht allen entscheidenden Fragen aus dem Weg. Der Antiamerikanismus und der verbundene Antikapitalismus werden nicht ideologiekritisch denunziert, sondern es wird ihnen ein „ausgewogener" und „differenzierter" „Diskurs" entgegengestellt und damit lediglich als konstruktive Kritik zugesellt. Gerade beim Thema Antiamerikanismus äußert sich das gestelzte und mit Fußnoten gespickte Theoretisieren in der vollständigen Aufgabe von Kritik. Stattdessen wird eine Idealisierung der USA betrieben, die sich schon der Form nach wie ein Testschreiben für spätere Ideologieproduktionen zum Thema „Deutschland – Land der Zukunft" liest.

In dieser Weise etwa konstruiert Sebastian Voigt ein Amerikabild, das als Bild schon verlogen ist. Weil jemand Voigt gesteckt hat, dass er in seinen bisherigen Auslassungen zum Thema peinlicherweise die Ära der Sklaverei vergessen hat [4], mithin einen zentralen Teil amerika-

nischer und globaler Geschichte, der für die Herausbildung der kapitalistischen Totalität gar nicht stark genug betont werden kann, fügt er seinem Artikel *A more perfect union* [5] zu Beginn einen kleinen Abschnitt über eben jene Epoche ein, nur um dann sofort apologetisch zu schließen: Die Sklaverei sei zwar fraglos ein Teil der amerikanischen Geschichte, doch „vollkommen falsch" sei es, „die tragische Geschichte der Native und der African Americans als paradigmatisch für die Vereinigten Staaten anzusehen". Die Krokodilstränen, die hier unter dem Stichwort „tragisch" vergossen werden, verdecken nur schlecht, dass überall da, wo es Apologien gibt, auch etwas zu Entschuldigendes vorhanden sein muss. Weil sich die keineswegs unparadigmatische Geschichte der massenhaften Vertreibung, Ermordung und Versklavung Hunderttausender nicht in Voigts Amerikabild einfügt, ist sie unwesentlich. Denn was wesentlich, paradigmatisch ist, muss mit der Realität gar nichts zu tun haben, sondern nur mit dem Willen des Konstrukteurs. Und für den gilt nur eines: das amerikanische Ideal, die Verfassung, der **dream**. In welchem Verhältnis Ideal und Realität zu einander stehen, darüber schweigt Voigt. Es reicht ihm, einen ewig währenden „Widerspruch" zwischen beidem aufzuzeigen, dessen Substanz er sich aber nicht erklären kann. Anstatt Ideologiekritik als Kritik der politischen Ökonomie zu betreiben, vertieft sich Voigt in die Ausgestaltung seines Amerikabildes. Darüber wird er zum Politiker (der er als Mitglied des BAK Shalom freilich ohnehin ist), der sogleich zur Wahlwerbung übergeht: „Amerika wird eine sich permanent wandelnde, dynamische und tolerante Gesellschaft bleiben", orakelt er und fährt fort: „Durch die Wahl Barack Obamas zum ersten afro-amerikanischen Präsidenten würde es weiter auf dem Weg zur Realisierung der bereits in der Verfassung verankerten Prinzipien voranschreiten und die Diskrepanz zwischen den Idealen und der gesellschaftlichen Realität erneut ein kleines Stück verringern." Klar, dass die Wahl McCains gänzlich unamerikanische, weil dem Ideal Sebastian Voigts widersprechende Folgen gezeitigt hätte. Er setzt, da ist er ganz deutscher Linker, auf eine „Toleranz in der amerikanischen Gesellschaft gegenüber ihrer eigenen multikulturellen Verfasstheit". Dass diese Toleranz nichts weiter als die Zementierung gesellschaftlicher Missstände bedeutet, ist schon allein daraus ersichtlich, dass Voigt so tut, als sei der Multikulturalismus überhaupt etwas erhaltenswertes. Hatte er zuvor noch darzustellen versucht, wie dufte die Amerikanisierung der Einwanderer, mithin ihre Entkulturalisierung, funktioniert, so landet er gegen Ende seines Textes keineswegs zufällig wieder bei der kulturellen Vielfalt: denn dass die Durchsetzung von Idealen etwas mit Gewalt und Herrschaft zu tun haben könnte, ist einem Moralhansel wie Voigt völlig unklar.

Abwesenheit des kollektiven Kritikers

Es ist keineswegs ein Zufall, dass just zu einem Zeitpunkt, da die Deutschen anfangen, sich in die Krise und ihre barbarische Logik einzudenken, einem Zeitpunkt also, an dem die Reihen fest geschlossen sind und kein Widerspruch mehr geduldet wird, vom kollektiven Kritiker nichts zu sehen ist. Hier offenbart sich, dass all die Prognosen, die von antideutscher Seite in den letzten Jahren fast schon gebetsmühlenartig herunter gespult wurden, um vielleicht doch noch den einen oder anderen zu erschrecken, zutreffend waren. Der Unterschied zwischen der deutschen und der deutschlandkritischen Linken liegt einzig darin, dass letztere ein paar mehr Skrupel hat, Tacheles zu reden. Aber hinter jeder Zeile lugt bereits die Freude über das neue Zeitalter des Frank Schirrmacher hervor, das sich – so steht zu befürchten – in der Wahl Barack Obamas ebenso ankündigt wie im erneuten Aufstieg Russlands. Es wird, das kann man schon jetzt ahnen, nicht lange dauern, bis auch der Israelfirlefanz „aufklärungskritisch" und „antikapitalistisch" wieder in die Kostümkiste verbannt wird. Denn die Bereitschaft zur radikalen Kritik – und das heißt Ideologiekritik – ist schlicht und ergreifend nicht vorhanden. ■

Anmerkungen:

[1] Der angeführte „objektive Zwang" soll hier nicht als Entschuldigung bestimmter kapitalistischer Charakterdispositionen dienen, sondern als Erklärung.

[2] Dass der Kongress es im ersten Anlauf ablehnte, beweist die Stärke des Liberalismus in den USA. Auch im Angesicht der Krise misstraut man dem Staat und lehnt jede Einmischung erst einmal kategorisch ab.

[3] Einige Wochen später ruderte Schirrmacher, als er sah, dass der von ihm prognostizierte „weltbürgerkriegsähnliche Zustand" (*FAZ*, 11.10.08) vorerst doch nicht eintreten würde, zurück und besann sich auf einen „deutschen bürgerlichen Liberalismus" (*FAZ*, 14.10.08) – das erste Adjektiv enthält die Drohung.

[4] Vgl. die Rezension seines Buches *Die Dialektik von Einheit und Differenz* von Jakob Schmidt – treffenderweise ausgerechnet in der *Phase 2*, Nr. 28/2008.

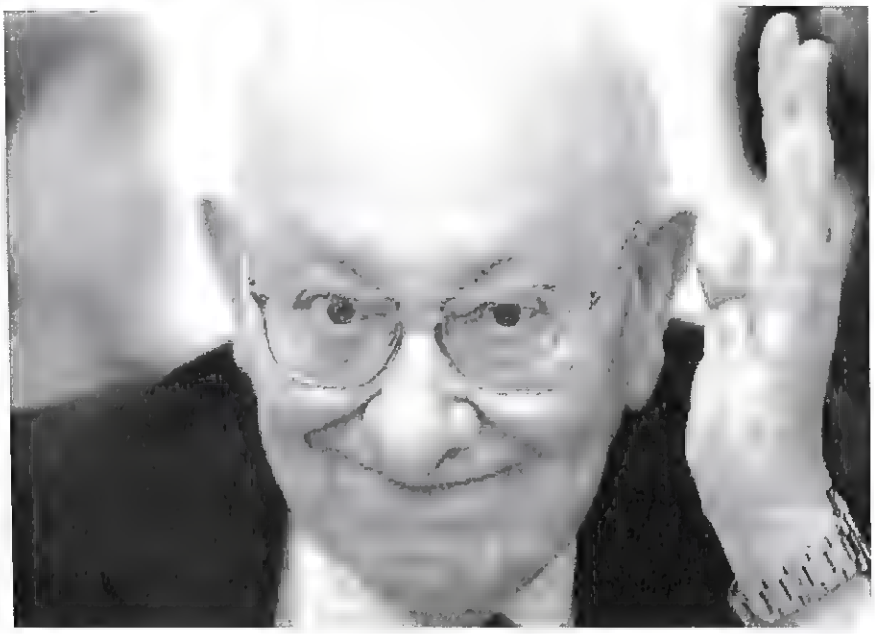
[5] Sebastian Voigt, *A more perfect union*, in: *Phase 2*, Nr. 29/2008.

anzeige

„Ich nehme diesen Preis nicht an..."

RAINER WASSERTRÄGER

Als Marcel Reich-Ranicki öffentlich mit großem Tamtam erklärte, er nehme den Deutschen Fernsehpreis nicht an, weil er schockiert sei über den niveaulosen Müll, der ihm soeben präsentiert worden war, da sah man in den Gesichtern der Stars und Sternchen zweiter, nämlich deutscher Ordnung einen Ausdruck der Ratlosigkeit. Einerseits fühlte man sich ertappt, andererseits hielt man sich doch für einen Künstler – einen ganz kritischen noch dazu – und fühlte sich insofern verpflichtet, dem alten Mann entschieden Recht zu geben. Als dann der oder die erste losklatschte – vermutlich war es die notorische Analphabetin und überdrehte Nervensäge Elke Heidenreich – entspannten sich die Gesichtszüge und es gab kein Halten mehr. Dass Reich-Ranicki soeben ihr gesammeltes Schaffen als Schund denunziert hatte, störte sie nicht, weil ohnehin jeder wusste, dass es nicht so arg gemeint war, wie es zunächst geklungen hatte. Thommy Gottschalk rettete die Situation souverän und bot dem gerne im Mittelpunkt stehenden Literaturkritiker an, zusammen mit ihm und den Intendanten der öffentlich-rechtlichen Sender vor laufender Kamera über den Kulturverlust im deutschen Fernsehen zu diskutieren. Gesagt, getan. Man fabulierte ein wenig herum und war sich einig, dass ein gesunder Ausgleich zwischen Schund und Hochkultur gefunden werden müsse.



Kulturmensch Reich-Ranicki

Nur Günni Grass, der schon oft von Reich-Ranicki eins über den Schädel gezogen bekommen hatte, maulte noch ein wenig herum und versuchte, die Chance zur Rache zu nutzen. Doch das wirkte nur noch lächerlich. Alle waren sich einig, dass der Bücherpapst schon einen wunden Punkt getroffen habe, ab und an machte sogar das Wort „Kulturindustrie" die Runde. Keiner jedoch machte sich die Mühe, mal zu überprüfen, was Reich-Ranicki wirklich gesagt hatte. Denn er hatte nicht nur den allzu offensichtlichen Müll à la deutsche Comedy moniert, sondern vor allem ein dickes Lob an die Kultursender Arte und 3Sat ausgesprochen, die man bitteschön dem Atze Schröder vorziehen solle. Dass, wer schon von Kulturindustrie redet, Arte und 3Sat eindeutig dazu zählen muss, versteht nur, wer die hochkritischen Töne dieser Sender als ideologische Sauce zu entlarven vermag. Wenn irgendwo die neueste deutsche Ideologie, die sich aus den Ingredienzien „Kulturen", Antikapitalismus und Ökologie zusammensetzt, dann hat sie ihren festen Platz sowohl auf den genannten hochoffiziellen Kultursendern im europäischen Auftrag, als auch in den Sendungen für die Elite der „Okay-Verdiener" (*Bahamas*), etwa die schwer subversive *Titel, Thesen, Temperamente* (ARD), der globalisierungskritische und ganz bestimmte die Eigenart fremder Kulturen respektierende *Weltspiegel* (ARD) oder das *auslandsjournal* (ZDF). Und auch bei Kerner, Beckmann, Maischberger, der *Lindenstraße* oder dem allwöchentlichen *Tatort* kommt der ideologiesüchtige Staatsbürger voll auf seine Kosten. Da bleibt nur eins: Die Glotze abschalten! ■

Der Großmeister des Rechtschreibanarchismus

Bernhard Schmid hat wieder zugeschlagen

PHILIPP LENHARD

Er hat es wieder getan. Bernhard Schmid, der Großmeister des orthographisch-grammatikalisch-semantischen Anarchismus, hat ein weiteres Mal das Internet mit einer seiner „Reportagen" vollgemüllt. Sein Thema: *Der – verhinderte – Kölner Rassistenkongress und die Neocon- sowie Antideutschen-Szene.** Ob der – investigative – Journalist etwas Substantielles über diese Bindestrich-Szenen herausfinden konnte? Aber natürlich doch. Ein Mann wie Bernhard, immerhin Jurist, Klassenkämpfer, Journalist und Islamwissenschaftler in Personalunion, erzielt immer Ergebnisse – selbst dann, wenn er gerade ein Bad nimmt oder zu tief ins Glas geschaut hat. Schmid führt aus: *Angesichts der Tatsache, dass – je nach Ausdrucksweise der jeweiligen Protagonisten – ‚der Islam' respektive ‚der islamische Faschismus' eines der Hauptbedrohungsbilder oder den ‚Weltfeind Nummer 1' auch eines Teils der früheren Linken darstellt, wollten wir einen Blick auf deren Standpunkt zu den Kölner Ereignissen vom 19./20. September werfen.* Dass Bernhard von sich im Plural redet, ist bloß seiner majestätischen Erhabenheit in Sachen politische Analyse geschuldet, man darf sich also nicht irritieren lassen. Und auch die komplizierte Verschachtelungsstruktur des Satzes ist Teil seiner Genialität. Weil es, spräche man es so plump aus, wie es gedacht ist, eben plump klänge, verrätselt Schmid den Satz so, dass er kompliziert klingt. Das muss ihm erst mal jemand nachmachen! Bedeuten soll der Satz folgendes: 1) Manche Linke sehen im Islam den derzeit größten Feind. 2) ‚Den' Islam gibt's gar nicht. Warum allerdings ‚sie', d.h. seine Majestät Bernhard, *angesichts der Tatsache* 1) einen Blick werfen wollten, das muss dem Geheimwissen des Meisters vorbehalten bleiben. Für uns Ahnungslose reicht es aber vollkommen aus zu wissen, dass er bzw. ‚sie' den erwähnten Blick auf den *Standpunkt* von ‚der' Teil der Linken geworfen hat.

Sprachkünstler Schmid

Neben dem Motiv des ‚Wollens' nennt Schmid ein weiteres: *Es war auch aus anderen Gründen heraus interessant, sich zu betrachten, welche Wahrnehmung dieser Ereignisse die zu glühenden Anhängern der Neocon.s mutierten Ex-Linken pflegen.* Wohin die Gründe gegangen sind, nachdem Bernhard *sich* im Spiegel betrachtet hat, soll hier nicht weiter interessieren, entscheidend ist, dass Mutanten eine *Wahrnehmung pflegen.* Denn eben diese Frage ist es ja, die unseren Bernhard umtreibt. Doch bevor er sich der Frage direkt zuwendet, erklärt er – wie es sich für einen guten Journalisten gehört – der geneigten Leserschaft, was es mit den Mutanten auf sich hat. Denn es kann ja nicht angehen, dass man sich deren Argumente anschaut ohne vorher zu wissen, wie sie ticken. Deshalb gibt Bernhard den Einführungskurs *Neocon.s: Die German Neocon.s sind ihrerseits zur festen Größe in der politischen Landschaft geworden. Über Henryk M. Broder als Redakteur beim SPIEGEL, über ihre eigenen Verlautbarungsorgane wie beispielsweise ‚Die Achse des Guten', aber auch über ihre Ausstrahlung auf Teile der intellektuellen Rest-Linken und Noch-Linken. In Teilsegmenten explizit linker Medien, unter ihnen KONKRET und ‚Jungle World' (bei denen jeweils anderen Strömungen zugehörige Autoren, auch mit klar gegenläufigen Orientierungen, ebenfalls zu Wort kommen), kommen auch als neokonservativ zu charakterisierende Autoren ausführlich zu Wort.* Ah ja. Dann wissen wir ja jetzt Bescheid. Die Mutanten sind also – *ihrerseits*! – eine feste Größe geworden und zwar *über* verschiedene Publikationen, die sie als Redakteure nicht ‚des', sondern *beim Spiegel* fabrizieren. Ätzenderweise darf Bernhard – der es als großer Literat immerhin schafft, lange Sätze ohne Verben zu konstruieren – *kon-*

kret und *jungle world* noch nicht alleine voll schreiben, sondern muss verschiedene Sorten von Ex-, Noch-, Nochnicht-, Post- und Restlinken neben sich dulden – und das, obwohl doch der Bernhard immer wieder bewiesen hat, dass es nur einen Meister gibt! Eine regelrechte Frechheit.

Die *pro-kapitalistischen Neocon-Lautsprecher* sind übrigens, das hat Bernhard mal wieder brillant analysiert, *Wortführer*, also Leute, die ihren Schäfchen sagen, was zu tun ist. Wie die Anhänger der Gurus, die sich verordnen lassen, was sie zu denken haben, gestrickt sind, das kann uns Bernhard nonchalant in einem spontanen soziologischen Exkurs erhellen: *‚Antideutsch' bleibt in bestimmten jugendlichen Kreisen, die ein autonomes Outfit und mitunter einen starken moralischen Rigorismus pflegen, ‚schick'. Auch unter jüngeren Intellektuellen mit radikalem Anspruch findet sich noch ein gewisser Zuspruch zu ‚antideutschen' Thesen, da diese vermeintlich als besonders globaler Gegenentwurf zur ‚deutschen' Mehrheitsgesellschaft und ihrer Ideologie auftreten und mit besonderer Verve vorgetragen werden. Gleichzeitig war und ist die ‚antideutsche' Ideologie (der zufolge die – absolut ins Zentrum zu rückende - Hauptbedrohung in der gegenwärtigen Weltkonstellation ‚der Antisemitismus' ist und laut derer sich die gegenwärtigen Weltereignisse zu maßgeblichen Teilen auf der Folie der Jahre 1941 – 45 interpretieren lassen müssen), ein wichtiges Bindeglied zu den ex-linken ‚Neocon.s'*. So einfach also kann man diese Antideutschen erkennen: Sie sind jung, achten darauf, was schick ist und tragen gerade deshalb gerne schwarze Carhartt-Hosen plus Windbreakerjacke. Sieht man solche Gestalten, die auch noch Mitgefühl mit vom *‚Antisemitismus'* bedrohten Juden äußern, dann kann man sich sicher sein, es mit *wichtigen Bindegliedern* zu den Neokonservativen zu tun zu haben. Diese politisch verkommenen Menschen erdreisten sich, Thesen aufzustellen, welche dann, wie von Gottes Hand mit Leben erfüllt, als *Gegenentwurf auftreten* – aber eben nur *vermeintlich*, denn tatsächlich machen sich die Thesen einen netten Tag im Straßencafé um die Ecke. Nun ja, solche Tricks und Täuschungen kann eigentlich nur der Hodini der politischen Realanalyse aus dem Hut zaubern! Und so ist es selbstverständlich auch dem lieben Bernhard vorbehalten, *Henry M. Broder* (wenn der nicht mit Henry Morgenthau verwandt ist!) als – natürlich – *Wortführer* zu entlarven. Dieser *Wortführer* ist übrigens *ernster zu nehmen* als *Andere*, etwa die *Khmer Rouges-Fraktion innerhalb der ‚Antideutschen'- und Neocon-Szene*, das bekannte Polpot-Fanblatt *Bahamas*, das laut Schmid ohnehin *intellektuell nicht satisfaktionsfähig* ist – und er muss es ja schließlich wissen (außerdem sagt es Bernhards Analytikerkollege Jörn Schulz). Deshalb muss man sich glücklicherweise nicht länger mit *Varianten* aufhalten, aus denen etwas *heraus sprudelt*, sondern kann sich gleich mit *Henry M. Broder* und *Anderen* auseinandersetzen. Broder ist – das weiß Bernhard, der auch unentgeltlich keine Polemiken schreibt (obwohl er es natürlich ohne weiteres könnte!), weil er das für unseriös hält, ganz genau – ein *Berufspolemiker*, also einer, der andere Leute aus reiner Geldgier niedermacht. Dieser *wortgewaltige Radaupublizist*, diese *Figur* ist *im Zweifel eher auf Seiten der Staatsmacht oder der Etablierten denn auf jener des (sozialen oder politischen) Protests*, wie man ja an Broders Reaktion auf die Demonstrationen gegen die etablierte Staatsmacht, welche gemäß Schmidscher Logik von Pro Köln angeführt wird, hat sehen können. Dem Burschen muss das Handwerk gelegt werden. Deshalb tritt Bernhard sogleich als Jurist auf den Plan und schmidet folgende Beweiskette: Broder hat in einem Interview gesagt, dass er das Wort Generalverdacht nicht mag, aber *für die Ängste vieler Anwohner [von Moscheen, P.L.] wirklich Verständnis* habe. Unserem Staatsanwalt, der den *sozialen Protest* gegen die *Staatsmacht und die Etablierten* unterstützen möchte, gelingt es mit einigen gekonnten handwerklichen Kniffen, den eigentlichen Gehalt der genannten Aussage herauszufiltern: *Also: Wir haben überhaupt nichts gegen Moslems an und für sich, ABER...* Das *aber* ist entscheidend, denn wenn Broder – zweifelsohne ein Rassist – sagt, er verdächtige nicht alle Muslime, dann sagt er das nur, um seine eigentlichen Gedanken, die das Gegenteil zum Inhalt haben, zu verschleiern. Zwar macht die Verteidigung Einwände – *Um nicht den Vorwurf auf mich zu ziehen, durch verkürzte Wiedergabe Zitate zu fälschen: Zwei bis drei Sätze zuvor unterscheidet Broder noch zwischen guten und bösen Moslems, nämlich Betenden einerseits und islamistischen Terroristen andererseits. Aber daraufhin ist er selbst es, der das Wort vom ‚Generalverdacht' in den Mund nimmt* – doch der Fall ist klar, denn Broder lehnt ausdrücklich die *Unterscheidung zwischen ‚Islam', als Religion, und ‚Islamismus' als politischer Bewegung* ab. Zack, so einfach geht das und schwuppdiwupp hat der Bernhard den Henry eingesackt.

Ist Broder erst aus dem Weg geräumt, kann sich unser Großmeister den nächsten *Wortführer* vornehmen: Thomas von der Osten-Sacken, den *Herrn Adelsproß*, der *eines der wichtigsten personellen Bindeglieder zwischen erklärten Neocon.s einerseits, (noch Kontakte zur früheren Linken unterhaltenden) ‚Antideutschen' und ähnlichen politisch irrlichternden Fehlströmungen andererseits* ist. Das personelle Bindeglied Osten-Sacken jedenfalls ist geschickt genug, sich der *Fehlströmung*, die Bernhard entdeckt hat, nicht anzuschließen und auch nur spärliche *Kontakte zur früheren Linken* zu unterhalten. Stattdessen hat er sich ins gemachte Nest, nämlich *Iraq* (es ist eines von vielen nur Bernhard selbst zugänglichen Mysterien, dass er ständig vorsätzlich Wörter anders schreibt als es der Duden angibt), gesetzt und kassiert nun ordentlich Moneten von einem *Staatsorgan der Besatzungsmacht* ab. Dabei kann er davon profitieren, dass *die Besatzungsmacht notwendig auf der Suche nach ‚Verbündeten in der Zivilgesellschaft' und humanitären Rechtfertigungen für ihre Aktion sowie Präsenz ist*, denn das *Bindeglied* Osten-Sacken rechtfertigt die *Aktion* ständig mit dem Verweis auf die *negativen Erfahrungen* von irakischen Kurden und ähnlichem Schnickschnack. Verschärfend kommt hinzu, dass der Kollaborateur auch noch ein *Fan* von Sarah Palin ist, von der doch mittlerweile jeder weiß, dass *‚die Dame' von internationaler Politik schlicht keinerlei Ahnung hat und sich auch offenkundig nicht aus Zeitungen informiert*. Doch solchen und an-

deren allseits zugänglichen Informationen gegenüber *kneift Herr von Münchhausen, pardon, von der Osten-Sacken sich peinlich berührt die Nase zu.* Nicht hören will Osten-Sacken, dass Palin schlimm ist, deshalb kneift er sich die Nase zu und wird dabei auch noch rot. Eine solche *Figur* schafft der Bernhard aber mit links. Er muss nur wieder den Gerichtssaal betreten und den Geschworenen die Beweise vorlegen: *Im Jahr 2007 hatte von der Münchhausen-Sacken selbst auf der Webpage Wadinet.de/blog noch die geplante Kundgebung von ‚Stopp the islamisation of Europe' in Brüssel – die maßgeblich vom rechtsextremen belgisch-flämischen Vlaams Belang sowie von dänischen Rechten organisatorisch getragen wurde – insofern ideell unterstützt, als er wortreich ihre Untersagung durch die Brüsselerei Polizei bejammerte.* Und dass der *Herr Adelssproß* es wagt, eine Kundgebung *ideell* zu unterstützen, die nicht mal richtig Englisch kann und *Stop* mit doppeltem P schreibt, ist schließlich ein starkes Stück. Und wenn dann auch noch *ideell* die *Brüsselerei* angeklagt wird, kann es nur ein Urteil geben: Der Mann ist ein *geschickt auftretender Propagandist* und sollte schnellstens ins Arbeitslager deportiert werden.

Potzblitz, schon ist auch dieser *Wortführer* erledigt – und zwar mit leichter Hand. Doch Bernhard hat sich einiges vorgenommen: Die ganze Bindestrich-Szene soll heute abgeurteilt werden, denn Platz ist – zumal im Internet – genug da. Deshalb wird bereits die nächste *Figur* ins Visier genommen, eine *ex-linke Dame* namens Gudrun E. – *nein, nicht Gudrun Ensslin, sondern Gudrun Eussner.* Bei ihr geht's schneller: Sie ist eine *Kleinbürgerin und Steuersenkungs-Apostelin* und schon deshalb quasi eine *pro-kapitalistische Neocon-Lautsprecherin.* Und auch *die pseudo-intellektuelle Pöbelfraktion von der in Köln ansässigen Bürgersöhnchentruppe ‚Georg Weerth-Gesellschaft' (GWG)* ist qua Klassenzugehörigkeit (Bernhard erkennt das mit geschultem soziologischem Blick bekanntlich am *Outfit*!) auf der anderen Seite des Schützengrabens zu verorten. Über sie braucht man daher gar nicht weiter reden, sie wird ohnehin an die Wand gestellt, wenn der Staatsanwalt Schmid endlich die Macht übernommen haben wird. Schließlich handelt es sich bei ihren Mitgliedern nicht nur um *Bürgersöhnchen*, sondern auch noch um solche *pseudo-intellektueller* Provenienz, was ein echter Liebhaber der Sprachkunst und der hohen Philosophie wie unser Bernhard natürlich auf keinen Fall durchgehen lassen kann. Genauso wenig wie er schweigen kann, wenn ein weiterer *Wortführer* im Internet und sogar auf ‚Antifa-Konferenzen' sein Unwesen treibt: *‚Lizas Welt' ist ein, im Vergleich zur rein ideologischen Brandschrift ‚Bahamas' – mit ihren möchtegern-provokatorischen Radau-Auftritten und ihren sterbenslangweiligen, ellenlangen Bleiwüstenelaboraten –, recht anspruchsvoll und intelligent aufgemachtes Medium. Es existiert nur im Internet, und seine Artikel genügen oft journalistischen Ansprüchen: ansprechende Einleitung, gekonnter Abspann. Aber ‚Lizas Welt' befördert auch klare, unverwässerte ‚antideutsche' Ideologie, mit einer gewissen Affinität zur neokonservativen Weltsicht.* Mit dem Blog *Lizas Welt* meint Bernhard nun wirklich einen ebenbürtigen Gegner gefunden zu haben. Denn dessen Autor verabscheut sowohl *Radau-Auftritte* (Broder!) als auch *Möchte-gern-Provokationen*, die niemanden – vor allem nicht den Bernhard – jucken (deshalb schreibt er auch nie darüber, erst recht kein Buch). Nein, *Lizas Welt* veröffentlicht keine *ideologische Brandschrift*, aber es befördert trotzdem *unverwässerte, ‚antideutsche' Ideologie, mit einer gewissen Affinität zur neokonservativen Weltsicht.* Der besonderen Raffinesse des Blogbetreibers ist es zu verdanken, dass die veröffentlichten Artikel journalistisch seriös wirken (nicht Broder!), aber dennoch eine teuflische *Weltsicht* transportieren. Anders als die *Bahamas*, denkt sich Bernhard, aber genau wie er selbst, publiziere auch *Lizas Welt* keine *ellenlangen Bleiwüstenelaborate*, sondern *journalistischen Ansprüchen genügende* Artikel mit einer *ansprechenden Einleitung* und einem *gekonnten Abspann.* Auch Bernhard hat es bekanntlich drauf, *ansprechende Einleitungen* zu schreiben. Wir erinnern uns, die Sache mit dem Blicke auf Standpunkte von Mutanten werfen. Aber wie sieht es aus mit einem *gekonnten Abspann*? Auch den hat der Schwertkämpfer unter den Florettfechtern der politischen Analyse, Bernhard Schmid, natürlich auf Lager: *Bricht man eine Diskussion über religiösen ‚Aberglauben' (im Beispielsfalle: jüdischer Provenienz) und seine Sinnlosigkeit aus atheistischer Sicht genau dann vom Zaun, wenn die Synagoge brennt? Das ist vielleicht nicht unbedingt die richtige Haltung. Die aktuelle Situation bezüglich der Moslems gleicht dem insofern nicht, als wir uns im Hinblick auf den ihnen entgegenschlagenden Rassismus nicht auf dem Niveau einer ‚Reichskristallnacht' befinden. Aber strukturell reduziert sich der Unterschied auf eine Frage des Ausmaßes...* ■

*** Alle kursiv gesetzten Passagen aus: Bernhard Schmid, *Der – verhinderte - Kölner Rassistenkongress und die Neocon- sowie Antideutschen-Szene*, auf: *trend online*, Nr. 10/2008, http://www.trend.infopartisan.net/trd1008/t451008.html. Orthographie und Grammatik im Original, an einzelnen Stellen wurden Casus, Genus oder Numerus angepasst.**

BAHAMAS Nr. 56 Herbst 2008

weiße Rasse – schwarze Klasse

Obama: der nächste Jimmy Carter • Islamkritik und Politik im Namen des Volkszorns • Deutsche entdecken ihre Seele in naturnahen Waren • Georgien: Amerikas Lieblingskind geht jetzt zur Hölle • Autobiographie eines ex-weißen Mannes • Wie aus Elend Identität und Kultur wird • Europa: Kultur als Propaganda • Gremliza: Der größte Kommunist im ganzen Land • Der Niedergang der FARC und das bessere Kolumbien • Was ist „neokonservativ" im „alten Europa" • Linke Stadtsoziologie und Berliner Volksfront: Gemeinsam gegen „Gentrification" u.a.m.

5 EUR (Briefmarken): BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 6236944 und redaktion@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

anzeige

Radikal formal

Die *Krisis* taucht die Welt in ein einheitliches Licht - und ist geblendet

FRANZ FORST / NIKLAAS MACHUNSKY

Schon der Titel der neuen *Krisis* Nummer *Kreuzzug und Jihad* macht deutlich, auf welch hohem Niveau die Nürnberger Werttheoretiker gedenken, die Weltlage zu verhandeln. Die *Krisis* schafft es in dieser Ausgabe mit ihrem strukturalistischen Formalismus, die ganze Welt unter die gleichen Allgemeinbegriffe zu subsumieren und jegliche Besonderheit auszulöschen, so dass am Ende der islamische Terrorismus als „Amoklauf vereinzelter Weltbürger gegen ihre eigene Weltgesellschaft" bezeichnet werden kann. (S. 47)

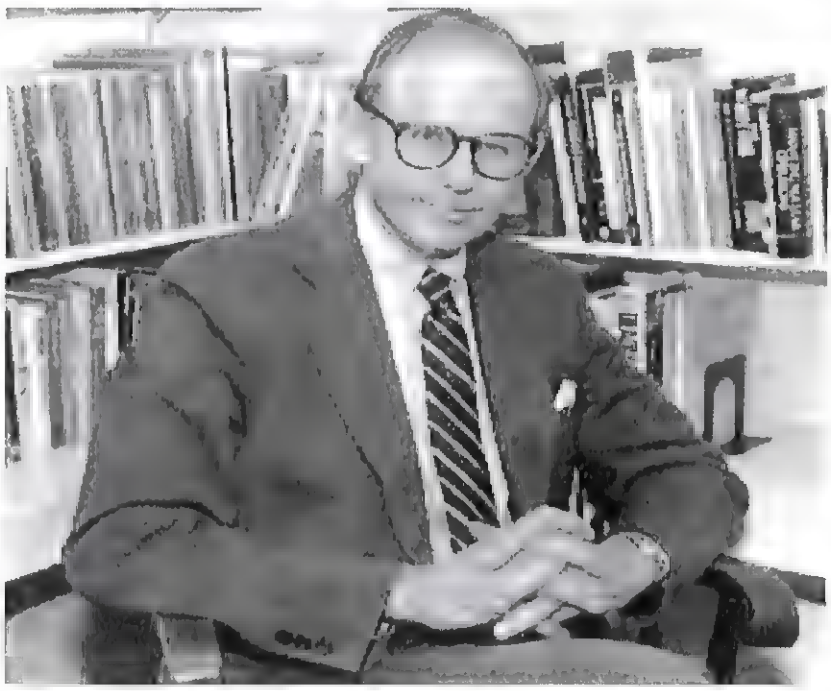
Von der Werttheorie der *Krisis*, die einmal als eine der avanciertesten im deutschsprachigen Raum galt, ist heute nur noch ein kläglicher Schematismus übrig geblieben. Unter der Oberfläche ihres werttheoretischen Begriffsgeklappers verbirgt sich ein plumper Rigorismus, der sich nicht mal mehr seines eigenen Ansatzes sicher ist. So scheint sich Karl-Heinz Lewed nicht entscheiden zu können, ob er in einer Arbeits- oder in einer Warengesellschaft lebt, wenn er schreibt: „Die Beziehungen in der Warengesellschaft sind wesentlich dadurch geprägt, dass die Arbeit bzw. die Ware die Funktion der gesellschaftlichen Vermittlung erfüllt." (S. 109) Als sei das alles irgendwie dasselbe! Und die Auswirkungen der Krise dieser wie auch immer gearteten Gesellschaft stellt er sich bezüglich der islamisch geprägten Regionen ebenso konfus vor: „Es handelt sich vielmehr um einen krisenhaften Prozess der Auflösung von Formen gesellschaftlicher Vermittlung auf der Grundlage modern-bürgerlicher Beziehungen." (S. 106) In dieser phantastischen Vorstellung scheint der Grund zu liegen, warum sich die *Krisis* beständig die Zusammenbruchskrise herbei sehnt. Denn wenn es moderne Beziehungen als Grundlage gibt, während sich die Formen der gesellschaftlichen Vermittlung auflösen, dann ist ja alles halb so schlimm!

In den verschiedenen Texten der neuen Ausgabe breiten die Autoren ein Tableau moderner Gegensätze aus: „Die Herausbildung einer auf dem Wert beruhenden Gesellschaft ist identisch mit der Herausbildung von Gegensatzpaaren wie Ökonomie und Politik, Kapital und Arbeit, öffentlich und privat, Natur und Kultur, Vernunft und Irrationalität, Recht und Gewalt usw." (S. 40) Der **politische** Gegensatz von Kreuzzug und Jihad gilt der *Krisis* als die globale Reproduktion dieser Gegensätze. Der Westen, der für die Vermittlung der Gegensätze durch Geld und Recht steht, und der Islam, der die Identität der Gegensätze mit Gewalt erzwingen will, gelten ihr als qualitativ gleiche Erscheinungen der Moderne. Indem die *Krisis* sich beiden gegenüber äquidistant verhält beweist sie erneut, dass der Theoretiker der Wert ist.

Die eigentümliche Grobheit der *Krisis* erklärt sich daraus, dass sie sich selbst jenseits aller Gegensätze verortet. Weil sie erkannt haben will, dass die „dunkle, irrationale Seite des Wertverhältnisses" (S. 38) mit der hellen Seite verbandelt ist, die eine nicht ohne die andere zu haben sei – sie nennt diese Vorstellung „Dialektik der Aufklärung" (S. 41) –, könne man sich zu beiden Seiten nur gleichermaßen ablehnend verhalten. Die Parteinahme für den Westen versucht sie folglich klinisch zu erklären und diagnostiziert eine „hysterische Angstproduktion gegenüber ‚dem Islamismus' oder ‚dem Islam'", welche „dem klassischen Muster binärer Identitätsbildungen" folge und „die Funktion (erfüllt), die allgemeine Verunsicherung angesichts der globalen Umbrüche aggressiv zu kanalisieren, um auf diese Weise das Selbstbild ‚des Westens' wieder zu stabilisieren." (S. 11) Der Westen brauche „den Islam" für seine kollektive Identitätsbildung, weil ihm „der Ostblock" abhanden gekommen sei. Aber der Andere der neuen binären Feindkonstruktion dürfe nicht räumlich von der eigenen Gruppe getrennt werden. Durch Einwanderung „aus Ländern islamischer Prägung" seien die Grenzen von „Innen" und „Außen" verschwommen, weshalb „die neue Feindbildkonstruktion eine stark irrationale Schlagseite mit deutlichen paranoiden Zügen aufweist." (S. 15) Die Angst vor „dem Islam", kann man also folgern, ist die Ausgeburt einer wahnhaft-irrationalen Disposition aufgrund derer der Patient zu hysterischen Überreaktionen neigt. Steinigungen, Attentate, Bürgerkriege usw. sind folglich westliche Wahnvorstellungen, die uns die *Krisis* dadurch erklärt, dass sie leugnet, dass es so etwas wie Feinde überhaupt gibt, weil schließlich alle Teil der gleichen Moderne seien. Wenn alle, Attentäter und Opfer, so die Milchmädchenrechnung der *Krisis*, sich innerhalb des gleichen Kontinuums bewegen, dann gibt es auch keine identitären Gruppierungen; erst recht keine, die die Kultur oder die Religion in das Zentrum ihrer Identität rücken, denn Kultur ist ihr etwas überholtes, dass es heute nur in den Zuschreibungen von Kulturalisten wie z.B. Samuel Huntingtons gibt. Greift man sich als Vertreter des kulturalistischen Ansatzes Huntington heraus, sollte man allerdings dazu fähig sein, ihm folgen zu können, um ihn überhaupt kritisieren zu können. Das hörst sich banal an, ist aber angesichts der hanebüchenen Interpretation, die die *Krisis*-Autoren von Huntington abliefern, trotzdem richtig. Der Umgang der *Krisis* mit Huntington kann hier als Beispiel für ihren Rigo-

rismus dienen.

Weil die *Krisis*-Autoren glauben, sie hätten das Ei des Kolumbus gefunden, dadurch dass sie bemerkt haben, was in der wissenschaftlichen Literatur jeder andere vor ihnen schon lange wusste, dass nämlich die gegenwärtigen islamischen Bewegungen ein modernes und kein traditionelles Phänomen sind, müssen sie Huntington, dem dies ebenfalls auffiel, das Gegenteil unterstellen [1]. Für Huntington ist der islamische Fundamentalismus das gleiche wie für alle Sozialwissenschaftler: eine Reaktion auf die Moderne innerhalb der Moderne. Huntington beschreibt die Rückwendung zu den religiösen Wurzeln aber als eine Indigenisierung, d.h. er geht davon aus, dass der Westen seine Attraktivität als Vorbild für die Gesellschaften nachholender Modernisierung eingebüßt hat, und sich diese auf ihre eigenen bzw. imaginierten kulturellen Wurzeln besinnen. Dieser Verlust an Attraktivität ist Huntington zufolge das Ergebnis der Schwäche des Westens bzw. der durch erfolgreiche Modernisierung gewonnenen Stärke der nicht-westlichen Länder. Für China konstatiert er letzteres, für die islamische Welt ersteres, wobei er davon ausgeht, dass die enorme Geburtenrate in der islamischen Welt ein Übriges zu deren Selbstbewusstsein und Gewaltbereitschaft getan habe. Die *Krisis* wirft Huntington vor, er glaube, die Kultur wäre eine durchgehende Konstante, die unberührt bleibe von der Moderne und deshalb die unterschiedlichen Kulturen immer gleich weit voneinander distanziere (S. 38). Doch als Realist geht Huntington davon aus, dass eine „fremde" Kultur für andere sehr wohl nachahmenswert sein kann und dass es der Westen auch einmal war, dass diese Attraktivität aber mit Macht zusammenhängt: „Eine universelle Kultur bedarf universaler Macht." (Huntington 1998, S. 137) Und weil der Westen diese Macht eingebüßt hat, glaubt Huntington, solle der Westen sich auf sich selbst besinnen und Konflikten durch Export „seiner" Werte aus dem Weg gehen. Huntington vertritt also einen pessimistischen Kulturalismus, der die „Rache Gottes" (Kepel) als Erscheinung des Niedergangs des Westens begreift. Die nicht-westlichen Kulturen können ihm zufolge für sich genauso beanspruchen, modern zu sein wie der Westen. Huntington hat hier wider seine Kritiker etwas festgehalten, was sie durch ihre Vorstellung von einer verallgemeinerten und gerade deshalb friedlichen oder auch – wie die *Krisis* – überall gleich barbarischen Moderne unterschlagen. Die Kulturalisierung der Moderne, so Huntington, sei ein Ausdruck der Schwäche des Westens. Und selbst Trenkle ist mit Huntington das Paradox



Pessimistisch gegenüber der Zukunft des Westens: Samuel Huntington

des Westens aufgefallen: „Gerade jener Kulturkreis, um dessen Verteidigung es ihm [Huntington; F.F./N.M.] doch zu tun ist, lässt sich also nach Huntingtons eigenen Kriterien gar nicht als ‚Kulturkreis' bestimmen. [...] Die Unbestimmtheit des ‚westlichen Kulturkreises' soll gerade seine Besonderheit und Einzigartigkeit ausmachen, denn sie ‚löst [...] (ihn) aus seinem geschichtlichen, geographischen und kulturellen Kontext heraus.' (Huntington)" (S. 18) Der Westen ist also für ihn skandalöserweise universell und global, somit an keine Kultur gebunden!

Während aber laut *Krisis* „die im Horizont der Wertgesellschaft gefangenen Protagonisten gewohnheitsgemäß die **relativen**, also innerhalb des wertgesellschaftlichen Bezugssystems angesiedelten **Gegensätze**, zu absoluten" überhöhen (S. 41, Hervorhebungen F.F./N.M.), ist es den *Krisis*-Autoren durch ihr Wissen um die Einheit aller Gegensätze möglich, in das Jenseits dieser zu schauen; in eine Gesellschaft, in der die Dichotomien abgeschafft sind [2]. Haben sich die Nürnberger Geister vom Rad des Lebens losgemacht, weshalb in ihren Köpfen alle Gegensätze nur ein Schattendasein fristen, halten sie doch noch an einem Gegensatz als höchst realem fest. Für die *Krisis* steht nämlich fest, dass der Westen bzw. der Norden des Kulturalismus bedarf, um auszublenden, dass die „Regionen des globalen Südens" mit den Metropolen die „grundlegenden gesellschaftlichen Formen" gemein habe. „Der zunehmende gesellschaftliche Verfall in den Ländern der Peripherie, der letztlich aus dem Scheitern der nachholenden Modernisierung resultiert, wird durch die kulturalistische Projektion einer dem Westen fremden Kultur weggeblendet." (S. 105) Gingen die Geblendeten also davon aus, dass es sich um einen Konflikt zwischen Westen und Islam handele, weiß die *Krisis*, dass es sich eigentlich um einen zwischen „kapitalistischen Kernländern" und Peripherie, zwischen Nord und Süd dreht. Nord und Süd scheint nicht bloß ein relativer Gegensatz zu sein, wie all die anderen Gegensätze, die sich im Bezugssystem verorten lassen, sondern einer, der die anderen determiniert. Er ist keine abhängige, sondern eine unabhängige Variable. Während Westen und Islam nur relative Gegensätze innerhalb eines Kontinuums

seien, liege der westlichen Verabsolutierung dieses relativen Gegensatzes in Form des Kulturalismus der Gegensatz von Nord und Süd zugrunde, der ein Machtverhältnis kennzeichnet, das bei ihnen in den Begriff des Kapitals selbst eingewandert ist.

Der *Krisis* will die Quadratur des Kreises gelungen sein: ein unideologischer Antiimperialismus. Als Vertreter eines solchen wollen sie wissen, dass, wer den Westen verteidigt, letztlich auch für die Metropolen und damit für den „weißen Mann" Partei ergreife. Erneut beweist die *Krisis* ihr Gespür für die Zeichen der Zeit. Denn um in Zeiten von ‚postcolonial' und ‚critical whiteness studies' anschlussfähig zu bleiben, sind Duftmarken wie diese eine unverzichtbare Zugabe: „Die Herrschaft des Werts kam als die Herrschaft des weißen westlichen Mannes über den Globus." (S. 33) Und nicht nur das: Verwestlichung sei das unausweichliche Schicksal der nichtwestlichen Gesellschaften, dem sie nicht entkommen könnten. Auf diese Weise gelingt es der *Krisis*, alles Geschehen letztlich dem Westen und dessen „Universalzivilisation" (S. 35) anzukreiden. Die Modernisierung der außereuropäischen Gesellschaften setze „einen Bruch mit der jeweiligen Ausgangskultur voraus, der noch radikaler ausfallen musste, als der in der europäischen Geschichte." (S. 34) Das Abstrakt-Allgemeine, der prozessierende Wert, soll den Europäern also näher sein als den Nicht-Europäern. Ist das Kapital also westlich, der Wert männlich?

Was die Menschen außerhalb Europas erlitten haben, hatten sich „die Europäer" im Zuge der eben auch in Europa vollzogenen ursprünglichen Akkumulation vorher selbst angetan. Kann Westeuropa auch als der Ort des kapitalistischen take offs beschrieben werden, verlief der Prozess der kapitalistischen Transformation und Expansion nicht nacheinander, sondern nebeneinander, d.h. die Modernisierung der restlichen Welt war nicht nur die Folge dieses Prozesses, sondern auch deren Voraussetzung. Insofern war der Kapitalismus von Anfang an grenzenlos und an keinen Ort gebunden. Die ursprüngliche Akkumulation und die mit ihr in den außereuropäischen Gesellschaften einhergehende koloniale Ausbeutung waren höchst gewalttätige Prozesse. Historisch und logisch betrachtet sind diese beiden Vorgänge Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Geschichtlich betrachtet, lässt sich der Anfang des Kapitals aber gar nicht datieren. Als geschichtliche Bedingungen des Kapitals gehen sie zwar in die Bestimmung des Begriffs ein, dürfen aber nicht mit diesem selbst verwechselt werden. Dies ist an dieser Stelle wichtig zu bemerken, weil die Vorstellung eines weißen und männlichen Werts das Kapital mit seinen historischen Bedingungen identifiziert. Die allgemeine Form realisiert sich aber immer nur innerhalb besonderer Verhältnisse und durch sie hindurch. Diese besonderen Verhältnisse hängen eben mit jener Durchsetzungsgeschichte zusammen. Deshalb muss die Geschichte mit in die Betrachtung der logischen Struktur hinein genommen werden. Die Form selbst wird durch ihre je spezifische Konkretisierung geformt. Das kapitale Unwesen ist überall das Gleiche, sein Realisierung hingegen nicht. Deshalb ist es falsch, von einer westlichen Universalzivilisation im Sinne der *Krisis* zu sprechen [3]. Was Huntington die universelle Kultur, ist den Nürnberger Wertkritikern die universelle Form. Westlich gilt der *Krisis* diese Form, weil sie an eine universelle Gewalt gekoppelt sein müsse - darin stimmt sie offenbar mit Huntington überein -, die eben der Westen bzw. Norden sein soll, während Huntington da, wie gesagt, pessimistischer ist. Der strukturelle Formalismus der *Krisis* setzt einen statischen, ahistorischen Begriff des Kapitals voraus, der ein historisches Machtgefälle als überhistorisch präjudiziert. Richtig wäre es aber, von einem dynamischen, selbst historischen Veränderungen unterworfenen Begriff auszugehen. Ein solcher Begriff reflektiert sowohl auf die unterschiedlichen historischen Voraussetzungen als auch auf die Historizität des Kapitals selbst.

Dass die *Krisis* der traditionellen „Ausgangskultur" Tränen nachweint, ist nicht verwunderlich, ähnelt ihr Wunschbild einer von jeglichen Gegensätzen befreiten Gesellschaft doch nicht zufällig der vormodernen Gemeinschaft, die ja bekanntlich den Gegensatz zur Gesellschaft bildet. In dieser Hinsicht verbleibt sie offensichtlich in dem von ihr kritisierten Koordinatensystem der Gegensätze. In der Zeitschrift *Streifzüge* meint Karl-Heinz Lewed sogar herausgefunden zu haben, worin das totalitäre Moment der westlichen Moderne besteht: „Ein wesentliches Moment totalitärer Herrschaftspraxis bestand gerade darin, traditionelle Lebenszusammenhänge aufzulösen und diese durch die abstrakte Beziehungsform zwischen den ‚vereinzelten Einzelnen' (Marx) zu ersetzen." [4] Das Verbrechen des Westens und der Westler besteht also darin, die urwüchsige Kultur der Natives zerstört und von „der ‚eigenen Kultur' [...] nicht viel mehr als eine folkloristische Einkleidung der Universalzivilisation des Werts" übrig gelassen zu haben (S. 34). Ein solcher Befund, der auch nicht durch den Hinweis in der Fußnote, es habe nie reine Kulturen gegeben, besser wird, macht deutlich, dass die Welt jenseits der Gegensätze, die die *Krisis* mit Unterstützung wertkritischer Bauernhöfe und antipolitischer Kommunen errichten möchte, nach der vorkapitalistischen gemodelt ist. Sie hängt einem Romantizismus an, der die vorkapitalistischen Gesellschaften mit Weichzeichner in ein seichtes Licht hüllt, um diese verlorene Welt mit der brutalen Moderne zu konfrontieren.

Sind alle Teile des Spiels durch den Theoretiker erst einmal auf den gleichen Wert bzw. dieselbe Form gebracht, sind sie untereinander austauschbar wie ein Ei gegen das Andere. Möglich wird diese Scharade dadurch, dass die selbst ernannten Fundamentalkritiker den Antisemitismus konsequent ausklammern und in einem gesonderten Artikel getrennt von ihrer Analyse nationaler Identitäten und abstrakter Allgemeinheiten abhandeln lassen. Der Antisemitismus wird auf diese Weise aus dem allgemeinen Zusammenhang herausgelöst, nur um ihn dann im besagten Artikel auf ein semantisches Problem zu reduzieren: Der neue Antisemitismus sei eigentlich der alte und damit ein Ausfluss der Moderne, also überall gleich. [5] Selbst der Antisemitismus dient den Krisisten noch als Beweis für ihre Verwestlichungsthese. [6] Dieser Umgang mit dem Antisemitismus

zeigt, dass die *Krisis* ein dumpfes Bewusstsein davon besitzt, was passieren würde, wenn sie den Antisemitismus Ernst nähme. Ihre Verdrängungstaktik verweist noch auf das Verdrängte: dass die kollektiven Identitäten erst durch die Reflexion auf den Antisemitismus in ihrem Unwesen besonderer Ausformung adäquat erfasst werden können. Der Fehler der *Krisis* besteht darin, von einer allgemeinen Form auszugehen, die sie vom Westen abgezogen hat und nun überall überstülpt. Ihr Vorhaben ist schon deshalb zweifelhaft, weil sie nicht einmal versucht, diejenige Tendenz, von der die größte Gefahr ausgeht, zu erfassen. Sie selbst spricht es offen aus: „Niemand kann voraussagen, welche Rolle irrationale Formen der Krisenverarbeitung bei [sic] Zersetzung des globalen wertgesellschaftlichen Bezugssystems im Einzelnen spielen werden, und auch die Tiefe und der genaue Verlauf der Konfliktlinien, die in diesem Auflösungsprozess zwischen Waren-Subjekten aufbrechen, lassen sich nur bedingt extrapolieren. Etwas anderes lässt sich dagegen ohne Weiteres prognostizieren: Bei den Konflikten des angebrochenen Zeitalters handelt es sich ihrem Wesen nach um Binnenkonflikte innerhalb eines Kontinuums". (S. 31) Was soll eine solche Anhäufung von Banalitäten? Dass sich keine Vorhersagen über gesellschaftliche Prozesse im Einzelnen machen lassen, ist ebenso banal, wie die Aussage, dass das Kapital ein weltweiter Zusammenhang ist, der auch den letzten Winkel noch unter die Gesetze des Werts gezwungen hat. Selbst in einem Kontinuum lassen sich aber Unterschiede benennen. Doch Zweck der Bemerkungen ist es, alle Unterschiede zu übertünchen, die „irrationalen Formen" im Kontinuum der Warenform zerfließen zu lassen. Dass sich am Beispiel Deutschlands studieren ließe, welche Rolle die irrationalen Formen schon einmal spielten und welchen Verlauf sie genommen haben, bemerkt zwar selbst die *Krisis*, die von der besonderen Stellung Deutschlands und ihrer Ideologen zu berichten weiß und z.B. in Fichtes „geschlossene(m) philosophischen System den Urbauplan imaginärer nationaler Gemeinschaftlichkeit", die Referenz der „Vordenker nachholender Nationenbildung rund um den Globus" und die „Urfassung des anti-okzidentalistischen Standpunkts" (S. 51f.) erkennt, aber Konsequenzen zieht sie daraus keine. Ihr genügt es, Bescheid zu wissen.

Stets verbleibt die *Krisis* innerhalb der Historizität des Kapitals und kann weder die Ungleichzeitigkeit einzelner Elemente, noch deren Funktion, die diese in der Krise inne haben, erfassen. Die Geschichte der Moderne erzählt sie als eine „Entpuppungsgeschichte" (S. 58) des Kapitals, sie will aber nicht begreifen, dass die Motte nicht mehr die Raupe ist. So erscheinen ihr Scharia und Umma nur als Äquivalente von Gesetz und Nation und nicht als deren negative Aufhebungen. [7] Dass der Rekurs auf die als ahistorisch geltende islamische Tradition innerhalb der islamischen Welt in der Krise mit dieser zusammenhängt und die dem Kapital eigene Dynamik befeuert, die Ungleichzeitigkeit zur Funktion des Gleichzeitigen wird, zu der die historischen Voraussetzungen die Weichen gestellt haben (dies darf nicht als Determinismus falsch verstanden werden), muss ihr verborgen bleiben, weil sie über jedes Material das gleiche Förmchen stülpt. Konkret heißt das: Der Salafismus integrierte die Tradition in die Moderne, ohne sie dadurch zu modernisieren. Die partiellen Anpassungen des Salafismus konservierten den Kernbestand der islamischen Tradition, wodurch er eine Islamisierung der Moderne erreichte und einen säkularisierten Islam verhinderte.

Weil der Westen der Ausgangspunkt der Kapitalisierung der Welt war, gilt der *Krisis* die westliche als die universelle Form. Dies stimmte auch solange, wie die westlichen Nationen im Mittelpunkt des kapitalistischen Weltsystems standen. Als Kolonial- und Imperialmächte stellten sie die organisierte Gewalt dar, die den Anschluss der restlichen Welt an das kapitalistische Weltsystem besorgte. Seit den Entkolonialisierungskriegen, spätestens aber mit dem Zweiten Weltkrieg, hat das ehemalige Zentrum einschließlich Amerikas jedoch seine zentrale Position und damit seine Vorbild- und Modellfunktion verloren. Seitdem besorgen die in die Unabhängigkeit entlassenen Nationen eigenständig, was zuvor die imperiale Macht besorgte – dem Kapital Menschen und Land zu erschließen. Nicht erst seitdem ist Deutschland das Modell erfolgreicher nachholender Modernisierung, doch seither lässt sich an Deutschland der „reine Begriff" des nachbürgerlichen Kapitalismus studieren. (Nachtmann 2003, S. 64f) Und dies deshalb, weil sich in der Vergangenheit nur in Deutschland die dem Kapital immanente negative Teleologie realisierte, die Raupe sich entpuppte. Die westlichen Nationen sind seitdem konservative Kräfte. Sie bewahren noch, was der Islam hinter sich gelassen hat: die durch das Gesetz garantierte Freiheit der Ware Arbeitskraft, sich anzubieten. Für die „postmoderne Subjektivität" Karl-Heinz Leweds mag es erstaunlich klingen, dass innerhalb des Kapitals die Freiheit des Subjekts in der gesetzlich garantierten Verfügungsgewalt über sich als Ware besteht, will er doch gerade beweisen, dass schon das allgemeine bürgerliche Gesetz quasi totalitär ist und nicht ein Hindernis der totalitären Gewalt. (Vgl. Lewed 2008) Die Differenz zwischen bürgerlichem Gesetz und Scharia scheint ihm deshalb verschwindend gering. Der Staat postuliert, solange die Verwertung des Werts gelingt, Prokurist der Einzelinteressen der Warensubjekte zu sein. Insofern dieser Anspruch durch die realen Interessen vermittelt ist, das Recht ein Kompromiss der demokratischen, legislativen Gewalt darstellt, besteht darin seine Restvernunft. Doch genau diese Interessen treten „im Islamismus in den Hintergrund. Sein Programm zur Befreiung von Herrschaft, die er als Neo-Kolonialismus identifiziert, blendet die Ebene der Bedingungen von Reichtumsproduktion systematisch aus." (S. 134) Doch weil nach der ‚dialektischen' Gleichung der *Krisis* ja Irrationalität und Rationalität das gleiche sind, ist es ihr letztlich egal, ob der Westen oder die radikalen Moslems den Krieg gewinnen, der unleugbar im Gange ist. Weil Huntington dies nicht egal ist und weil er die westlichen Ideale wie z.B. Rechtsstaatlichkeit, Individualismus und gesellschaftliche Pluralität (Huntington 1998, S. 99ff.) nicht einfach aufgeben will, schrieb Ingolf Ahlers schon 1998 empört in der *Krisis*: „Huntingtons gesamte Argumentation kreist ausschließlich um die Fragestellung, ob die westliche Zivilisation in dem von ihm

imaginierten KdK [Kampf der Kulturen; F.F./N.M.] ihre Identität behält oder verliert. Damit aber ist Kultur ein Besitzstand und kein Veränderungsprozess." (Ahlers 1998, S. 55) Und damit auch dem letzten deutlich wird, dass der *Krisis* die Scharia gleich viel wie ein bürgerliches Gesetzbuch zählt, macht Ahlers deutlich, worum es ihm geht: nämlich um die „Vorstellung von kultureller Gleichberechtigung bzw. Ebenbürtigkeit" (ebd.).

Weil der Wert die Welt in ein einheitliches Licht getaucht hat, will die *Krisis* keine Unterschiede mehr ausmachen können. Sie hat zwar für alles eine Erklärung, aber weil ihr der Ausgang ohnehin gewiss ist, kennt sie nur noch die Leidenschaft des Besserwissers. Die Bedingungen der Möglichkeit eines besseren Zustandes sind ihr gleichgültig, weil sie glaubt der Weg zurück ließe sich immer finden. ■

Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, *Thema: Kreuzzug und Jihad*, Nr. 32/2008, 161 Seiten, 10 Euro.

Anmerkungen:

[1] Indirekt geben sie dies sogar zu, wenn sie erwähnen, dass der allgemein verwendete Begriff des Fundamentalismus das bezeichne, was sie Religionismus nennen (S. 56).

[2] Das Ideal der *Krisis* ist eine Gesellschaft ohne Vermittlung, in der sich alles ganz unmittelbar von selbst versteht, denn für sie ist der „Bruch mit dem Wertverhältnis" identisch „mit der Abschaffung der dichotomischen Ordnung." (S. 40) Dagegen wäre festzuhalten, dass auch in einer anderen Gesellschaft der Gegensatz nicht einfach abzuschaffen, sondern „Einzelnes und Allgemeines *in ihrer Entgegensetzung* zu versöhnen" wären (Scheit 2004, S. 73).

[3] In einem affirmativen Sinne ist dies sehr wohl möglich. Vgl. hierzu das Konzept der Gegenidentifikation (Dahlmann 2005, S. 61).

[4] Hieran kann man studieren, wozu ein Theorieeklektizismus führen kann, der Marx mit Arendt liest und sich hierbei vom Ressentiment leiten lässt. Gegen Lewed ließe sich z.B. das *Kommunistische Manifest* und dessen Lobgesang auf den Kapitalismus anführen: „Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen." Und zu Arendts Würdigung der westlichen Spezifik vgl. Scheit 2004, S. 224ff.

[5] Die Autorin bezieht sich in ihrem Unterfangen vor allem auf Klaus Holz und Michael Kiefer. Zu Kiefer siehe Forst 2008, zu Holz vgl. Hamburger Studienbibliothek 2007 und zu dieser Art der Antisemitismusforschung im Allgemeinen Alex Gruber in dieser Ausgabe, S. 21-26.

[6] Hier folgen sie der Interpretation Kiefers (S. 88ff.), vgl. dazu Forst 2008.

[7] Zwar kennt auch die Scharia allerlei Rechtsverfahren und formale Kriterien, doch genügt die Scharia nicht den drei Kriterien des bürgerlichen Gesetzes, als da wären, die generelle Satzbildung, seine Allgemeinheit und, dass es keine Rückwirkung zulässt (Neumann 1986, S. 37). Durch diese Kriterien unterscheidet sich das Gesetz von der individuellen Maßnahme, deren Einfallstor die Generalklause ist. Aus solchen Generalklauseln besteht die Scharia.

Literatur:

Ahlers, Ingolf, *Der Westen in Not*, in: *Krisis*, Nr. 20/1998.

Dahlmann, Manfred, *Was ist Antideutsch?*, in: *Bahamas*, Nr. 47/2005.

Forst, Franz, *Wo die Welt noch in Ordnung ist*, in: *Prodomo. Zeitschrift in eigener Sache*, Nr. 9/2008.

Hamburger Studienbibliothek, *Vom Elend der akademischen Antisemitismusforschung*, http://www.studienbibliothek.org/texte/holz.html (2007).

Huntington, Samuel, *Kampf der Kulturen*, München 1998.

Lewed, Karl-Heinz, *Brüder, zum Gesetze, zur Freiheit*, in: *Streifzüge*, Nr. 44/2008, zitiert nach: http://www.krisis.org/2008/brueder-zum-gesetze-zur-freiheit.

Nachtmann, Clemens, *Krisenbewältigung ohne Ende*, in: *Transformation des Postnazismus*, hg. v. St. Grigat, Freiburg i. B. 2003.

Neumann, Franz, *Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft*, in: *Demokratischer und autoritärer Staat*, Frankfurt/M. 1986.

Scheit, Gerhard, *Suicide Attack, Zur Kritik der politischen Gewalt*, Freiburg i. B. 2004.

Die Weisen von Palästina

Hillel Cohen erzählt die Geschichte palästinensischer Kollaborateure

MATHIAS SCHÜTZ

Antisemitismus ist nicht bloß ein in sich geschlossenes Welt(v)erklärungsmodell, das es analytisch zu umreißen gilt, sondern ein pathologischer Zwang, Menschen als Juden zu identifizieren, um sie anschließend ermorden zu können. Im Antisemitismus sind Theorie und Praxis notwendig vereint: Der Antisemit kann sich nicht in der Gewissheit, die Welt verstanden zu haben, selbstzufrieden zurücklehnen, sondern ist ein Getriebener, der ständig danach trachtet, zur Tat zu schreiten. Die Voraussetzungen dafür, dass der Antisemitismus sich hemmungslos ausagieren kann, sind daher stets auch institutioneller Natur; wo eine Gesellschaft dem „zur Tat schreiten" keine Barrieren setzt, hat der Antisemit leichtes Spiel. Existenz, Umfang und Form dieser Barrieren sind – nimmt man die Bekämpfung des Antisemitismus als Maßstab für die Zivilisiertheit einer Nation – Ausdruck der Resistenzkräfte einer bürgerlichen Gesellschaft.

Der Kampf der palästinensischen Nationalbewegung gegen den Zionismus war bekanntlich ein antisemitischer. Dennoch war der Antisemitismus keineswegs die alleinige und von Anfang an hegemoniale Ideologie der feudalen islamischen und christlichen Bevölkerung Palästinas. Gleichermaßen ist auf den auf Grundlage der Inwertsetzung des Orients sich vollziehenden Transfer des Judenhasses als Teil der Modernisierung hinzuweisen, wie sein spezifisch islamischer Charakter zu betonen. Dieser rührte aus der verächtlichen Stellung der orientalischen Juden als dhimmi her und verschärfte sich mit der zunehmenden Kluft zwischen Orient und Okzident. Mit dem Kollaps des Osmanischen Reiches sahen sich die Araber Palästinas zu einem Gutteil auch der Tradition beraubt, die – gerade weil sie jetzt in institutionalisierter Form nicht mehr existierte – umso heftiger beschworen werden musste. Die Bewahrung der Tradition in Zeiten der absoluten Auflösung alles Althergebrachten schien nur in der Konstruktion einer transhistorischen, durch Rasse und Religion verbundenen Gemeinschaft gelingen zu können: der panarabischen Einheit. Weil ein wie auch immer geartetes „Gemeinwohl", das eine substantielle Identität hätte stiften können, aber partout nicht ausfindig zu machen war, musste das, was die arabische Einheit ausmacht, negativ bestimmt werden. Arabisch ist, was nicht jüdisch ist. Besondere Wirkungsmacht entfaltete dieser völkische Wahn vor dem Hintergrund der tatsächlichen Zerrissenheit der arabischen Welt, in der verschiedene Herrscher die Führerschaft beanspruchten. Weil das panarabische Reich letztlich ein in die Zukunft projiziertes Zerrbild des Kalifats war, das niemals auch nur im Ansatz einer Verwirklichung nahe war, musste sich die arabische Einheit ständig selbst dementieren. In Palästina schlug sich der Doppelcharakter des „Arabismus" (Gudrun Krämer), der einerseits zu faszinieren wusste und andererseits zum Scheitern verurteilt war, in der Konfusion über den nationalen Status und die einzuschlagende Richtung nieder. Der Widerspruch zwischen dem Ziel der Gründung eines palästinensischen Nationalstaates und der panarabischen Idee wurde verdrängt durch den Einheit stiftenden Kampf gegen die Juden und ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Kollaborateure.

Von diesem Kampf gegen Volksfeinde und Juden als Antipoden der palästinensischen Nation handelt das Buch *Army of Shadows* des israelischen Historikers Hillel Cohen, dessen Beitrag zum Verständnis der palästinensischen Nationalbildung gar nicht überschätzt werden kann. „Kollaboration" hat bei Cohen eine rein deskriptive und wertfreie Bedeutung, allein schon weil es, wie im Verlauf der Darstellung klar wird, einzig willkürliche Kriterien für die Kollaboration und den an sie gekoppelten „Verrat" geben kann. Behandelt wird die Kollaboration von palästinensischen Arabern in der Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Staatsgründung Israels nach dem Sieg über die arabischen Armeen. Die Protagonisten dieser Kollaboration wie auch deren Beweggründe waren sehr unterschiedlich: Eines der Hauptmotive, der finanzielle Aspekt, kam insbesondere beim Verkauf von Grund und Boden zum tragen. Nicht nur Großgrundbesitzer, die im fernen Damaskus oder Beirut weilten, waren bereit, den zionistischen Pionieren Land zu verkaufen, wie es die delegitimierende (pro-)palästinensische Überlieferung will. Vor allem Beduinen, aber auch normale Bauern kamen mit den Zionisten ins Geschäft, auch wenn ihnen dies oft nicht zum Vorteil gereichte, weil sie von der palästinensischen Nationalbewegung, und teilweise auch vom eigenen Dorf oder gar der eigenen Familie, denunziert und verstoßen wurden, sie also infolge dessen tatsächlich entwurzelt und zudem auf das Stadtleben nicht vorbereitet waren. Ebenfalls von Cohen zur Kategorie „Opportunismus" gezählt wird der Wunsch, sich mit den neuen Herrschern, den Briten und den mit diesen identifizierten Juden, gut zu stellen, vor allem, um Positionen in der Verwaltung oder bei der Polizei für sich oder Familienangehörige zu ergattern. „Über dieses elementare Motiv hinaus unterteilten sich jedoch die Araber, die mit den Zionisten kooperierten, in vier Kategorien. Erstens gab es jene, die zum eigenen Vorteil handelten [...]. Zweitens wurde im Namen des kommunalen Interesses gehandelt, wie etwa von Stammesführern bei den Beduinen oder Dorfvorstehern. Diese sahen

ihre Verbindung mit den Juden als Weg, nicht nur sich selbst, sondern der mit ihnen identifizierten Gruppe zu helfen. Die dritte Kategorie bestand aus denjenigen, die eine nationalistische Motivation hatten oder dies behaupteten. Sie boten eine Alternative zur Ideologie und Taktik der palästinensischen Nationalbewegung mit der Begründung, dass sie gerade so im Interesse der Nation handelten. Eine vierte Gruppe bestand aus Kollaborateuren, deren Motive ethische und humanistische waren. Sie hatten jüdische Freunde und Nachbarn und waren angewidert von der Gewalt der palästinensischen Nationalbewegung." (S. 67) Oft verbanden sich diese Motive auch, etwa in der Initiative führender arabischer Bewohner Hebrons, entgegen den Weisungen und Attacken von Seiten der palästinensischen Nationalbewegung, die Juden Hebrons nach dem Massaker von 1929 wieder in die Stadt zurückzuholen. „Wenn diese Unterstützung für die Rückkehr der Juden auch zum größten Teil ökonomische Bedürfnisse widerspiegelte, betonten die Araber Hebrons, inklusive jener, die während des Massakers Juden geholfen hatten, doch den sozialen und moralischen Aspekt ihrer Initiative." (S. 92) Ein besonderer Fall war der langjährige arabische Bürgermeister von Haifa, Hasan Shukri, der aus seiner Favorisierung einer Kooperation mit den Zionisten keinen Hehl machte und etwa den Versuch einer palästinensischen Delegation, die britische Mandatsmacht zu einer Abkehr von der Balfour-Deklaration zu bewegen, wie folgt kommentierte: „Wir empfinden das jüdische Volk nicht als Feind, dessen Wunsch es ist, uns zu zerstören. Im Gegenteil. Wir empfinden die Juden als ein brüderliches Volk, das unsere Freuden und Probleme teilt und uns beim Aufbau unseres gemeinsamen Landes hilft. Wir sind sicher, dass es ohne jüdische Immigration und finanzielle Unterstützung keine zukunftsträchtige Entwicklung unseres Landes geben wird." (S. 15) Shukri sprach als Präsident der Muslim National Associations, einer der vielen arabischen Parteien, die öffentlich für eine Kooperation mit dem Zionismus eintraten und dafür im Gegenzug unterstützt wurden. Der Effekt dieser oft kurzlebigen Parteien lag nicht in ihrem nicht sonderlich großen unmittelbaren Einfluss auf die öffentliche Meinung und die Politik der palästinensischen Nationalbewegung, sondern in ihrer Funktion als Bindeglieder zwischen an Zusammenarbeit interessierten arabischen Familien und Personen und dem Yischuv; zu Beginn der zwanziger Jahre wurden hier Kontakte geknüpft, die sich teilweise als für beide Seiten lebenswichtig herausstellen sollten.

Wie gesagt, handelten nicht alle Kollaborateure aus einer so idealistischen und versöhnlichen Motivation heraus wie Hasan Shukri, den auch drei Mordversuche nicht von seiner prozionistischen Haltung abbringen konnten. Die meisten suchten aus banaleren – finanziellen, beruflichen oder persönlichen – Gründen die Zusammenarbeit mit den Zionisten. Stand hierbei zuerst die Vermittlung von erwerbbarem Land im Vordergrund, so wurde die Bereitstellung von Informationen mit der Zeit immer wichtiger: Der Nachrichtendienst der Haganah war regelrecht abhängig von den Informationen, die von Kollaborateuren übermittelt wurden. Mit der Verschärfung der Gegensätze, der Radikalisierung der Rhetorik der palästinensischen Nationalbewegung bis hin zum Aufstand der Jahre 1936-39, war die rechtzeitige Warnung vor Überfällen und Anschlägen existentiell für unzählige Menschen und ihre Siedlungen. Dass viele Palästinenser sich hierfür zur Verfügung stellten, selbst als dies nicht weniger als lebensbedrohlich war, hat vor allem Gründe, die, wie Cohen zeigt, mit der Konstitution der palästinensischen Nationalbewegung selbst zu tun haben.

Die Stärke von Cohens Darstellung liegt nämlich weniger in der imposanten Fülle von Beispielen palästinensischer Kollaboration mit dem Zionismus, die er aus den 31 Jahren, die das Buch umfasst, und aus allen Teilen des britischen Mandatsgebietes zusammengetragen hat; vielmehr gewinnt man - und das ist die Stärke des Buches, weil es einen Kontrapunkt zu den üblichen Darstellungen setzt - durch diese Fülle schon fast den Eindruck, als habe es jenseits des Clans von Amin al-Husseini, des Muftis von Jerusalem und ideologischen ‚master minds' der palästinensischen Nationalbewegung, kaum Kämpfer gegen den Zionismus gegeben. Aber Cohen hält zugleich fest und macht damit die diffizile Situation deutlich: „Tatsächlich gab es in Palästina viele mit patriotischen Idealen, auf Grund der Angst, die Juden würden das Land übernehmen." (S. 267) Die „patriotischen Ideale" waren also unmittelbar mit einer Angst vor den Juden verbunden (ironischerweise erwies sich diese Angst, genährt durch von Kollaborateuren verbreitete Horrorstorys über die Stärke und die schrecklichen Ziele der Juden, im Unabhängigkeitskrieg teilweise als stärkste Waffe der jüdischen Verteidigungskräfte, da sie beim Gegner zu Fahnenflucht und somit zur Vermeidung von Kampfhandlungen führten). Folgerichtig betonten 1941 in einer Umfrage 88% der Befragten ihre Unterstützung Nazideutschlands (S. 175). Aber augenscheinlich waren damals die meisten Palästinenser nicht bereit, die Aufgabe, deren Erfüllung sie sich von den Nazis erhofften, selbst in die Hand zu nehmen. Das antisemitische Ressentiment war vorhanden und wurde geschürt, aber es drängte nicht zur Tat, sondern wurde von alltäglichen Sorgen und Problemen überlagert, die man nicht mit den Juden identifizierte. Die großen Aktionen der palästinensischen Nationalbewegung, wie der Generalstreik und der darauf folgende Aufstand ab 1936, konnten nur deshalb innerhalb der arabischen Gesellschaft Palästinas eine so große Wirkung entfalten, weil der avisierte und dann doch ausbleibende Erfolg, die Briten mittels ökonomischen und politischen Drucks zum Stopp der jüdischen Einwanderung zu bewegen, durch gewalttätige Kampagnen gegen „Verräter" kompensiert wurde. Insofern war der „arabische Aufstand" in erster Linie ein Kampf zur internen Homogenisierung: die Palästinenser sollten mittels Gewalt auf die richtige, antijüdische Linie gebracht werden. Und auch im latenten und dann offenen Krieg 1947/48 war es für viele Palästinenser noch nicht einsichtig, warum man nicht nur keine so dringend notwendigen geschäftlichen und sozialen Beziehungen mit den jüdischen Nachbarn pflegen, sondern ihnen auch noch den Tod wünschen sollte. Deswegen setzte die palästinensische Nationalbewegung so viel daran, das „Bild der Koexistenz" (S. 212) zu zerstören: in den Gewerkschaften, in den Wohnvierteln, im

Geschäftsleben.

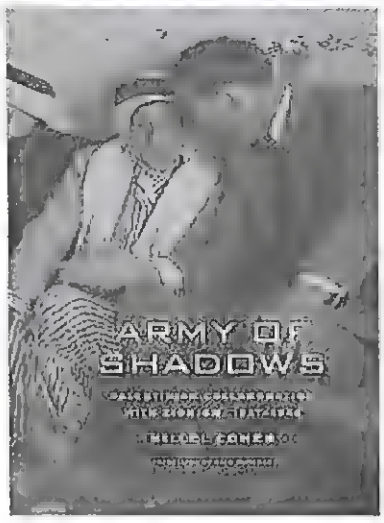
Doch dies gelang ihr vorerst noch nicht. Stattdessen befeuerte die Nationalbewegung unfreiwillig selbst die Kollaboration. Denn außer dem kollektiven Opfer für Abstraktionen wie die völlig unbestimmte Nation oder den heiligen islamischen Boden hatte sie tatsächlich nichts anzubieten; sie war in sich widersprüchlich, was Cohen dem Leser permanent mit dem Begriff „palästinensisch-arabisch" vor Augen führt, denn was Palästina war und in welcher Form es bestehen sollte, ob eigenständig, panarabisch oder transjordanisch, darüber war man sich eben alles andere als einig. Die palästinensische Nationalbewegung war zwar dominiert vom Mufti und seinem Clan, aber gerade deswegen nicht durchweg homogen: Zwar hat der Mufti dem palästinensischen Nationalismus in all seinen Ausprägungen von Beginn an und bis heute seinen Stempel aufgedrückt. Aber weil dieser zugleich tribal-familiär, autoritär-nationalistisch und nicht zuletzt islamisch war, barg er die politischen Gegensätze, die zunächst zwischen dem Clan der Husseinis mit dem der Nashashibis ausbrachen und bis zu den heutigen Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas reichen, schon in sich. Gerade diese Gegensätze wurden und werden immer noch maßgeblich ausgetragen über einen Begriff, den Cohen zu Recht ins Zentrum seiner Darstellung stellt: den des Verräters.

Der Alleinvertretungsanspruch des Muftis, der sich gegen rivalisierende Familien genauso richtete wie gegen den jordanischen König Abdallah, führte zu einer inflationären Diffamierung von politischen Gegnern als Verräter, inklusive der gnadenlosen Konsequenzen, die so eine Betitelung, welche meist öffentlich in Zeitungen, auf Flugblättern und in Moscheen zelebriert wurde, mit sich brachte. „Im Juni [1939; M.S.] berichtete eine nachrichtendienstliche Quelle, dass der Mufti die Liquidierung aller *Verdächtigen*, sogar jener in der eigenen Familie, angeordnet hatte." (S. 171) Aber: „Das bedeutet nicht, dass die Führung der Rebellen hinter allen Morden an Palästinensern steckte. Um genau zu sein, verlor sie die Kontrolle." (S. 142) Die zutiefst bandenförmige Struktur des arabischen Aufstandes und der Nationalbewegung im Allgemeinen förderte diese nationale Selbstjustiz ungemein, die allein von 1936 bis 1939 ca. 1.000 Palästinenser das Leben kostete. Cohen übernimmt hierfür den israelischen Ausdruck der „Jagdsaison" (S. 136), der ursprünglich den Kampf der Haganah gegen die rivalisierenden paramilitärischen Verbände Etzel und Lechi bezeichnet, hebt jedoch hervor, dass es einen qualitativen Unterschied zwischen der palästinensischen und der israelischen Jagdsaison gab: die israelische war kein Exzess, sondern mündete, jenseits der Kampfhandlungen, in Gerichtsverfahren anstatt in Selbstjustiz und Exekutionen. Neben die schon beschriebenen Motive für die Kollaboration traten nun die Motive der Rache und der Selbsterhaltung, die ganze Clans an die Seite der Zionisten und Briten trieb, mit deren Hilfe sie so genannte arabische 'Peace Units' aufbauten und gegen die Terrorbanden kämpften, der Erkenntnis folgend: „Unsere Situation ist wie die ihre." (S. 180) Offensichtlich schafften es die Zionisten also zeitweise, ein weitaus größeres Maß an Allgemeinheit und Vertrauen unter den Palästinensern zu schaffen als die palästinensische Nationalbewegung. Diese Zusammenarbeit wurde zum Teil über das Ende des Aufstandes hinaus aufrechterhalten, zum Teil ab 1947 reaktiviert. Prinzipiell lässt sich sagen, dass die Erfahrungen vieler Palästinenser mit dem Terror des Aufstandes und der permanenten, willkürlichen Diffamierung von Verrätern dazu führten, dass diese sich vom Mufti und der palästinensischen Nationalbewegung abwandten oder zumindest ihre Angst vor den Zionisten relativierten. „Das Interesse der palästinensischen Araber, die Juden zu bekämpfen, scheint nicht sehr groß gewesen zu sein." (S. 235) Unzählige Dörfer verwehrten im Unabhängigkeitskrieg den Jihadisten des Muftis und den panarabischen Armeen den Zutritt, handelten friedliche Übergaben mit den jüdischen Verteidigungskräften aus oder unterstützten diese auf die eine oder andere Weise. Deswegen wurde den Palästinensern von den arabischen Armeen ein generelles Misstrauen entgegengebracht, aus welchem sich sehr viel über die Motive der arabischen Flüchtlingspolitik bis in die Gegenwart ablesen lässt.

Fakhri Nashashibi

Während auf der Ebene der offiziellen Politik die vom Mufti dominierte Nationalbewegung in der Zeit des Aufstandes endgültig die Oberhand gewonnen hatte, ihre Rivalen durch Terror und Morde paralysierte und dezimierte – deren wichtigste Figur, Fakhri Nashashibi wurde Ende 1941 in Bagdad auf offener Straße erschossen – und ihren Alleinvertretungsanspruch somit durchsetzte, erreichte sie laut Cohen gesellschaftlich das Gegenteil einer nationalen Homogenisierung, nämlich die Stärkung der partikularen, etwa familiären oder religiösen Identitäten und Interessen. Das Unbehagen angesichts des Zwanges zur Homo-

genität war tatsächlich das stärkste Motiv der Kollaborateure. Die Kollaboration hatte also, über den offenkundigen Effekt für den Zionismus und die persönlichen Vorteile für viele Palästinenser hinaus, einen weiteren positiven Effekt: „Die Abwesenheit von Unterstützung von bedeutenden Teilen der Bevölkerung ist dafür verantwortlich, dass Individuen, mögen ihre Einstellungen noch so nationalistisch sein, der Wille, ihr Leben zu riskieren, genommen wird." (S. 250) Der Krieg gegen die Juden konnte einfach nicht zu sich selbst kommen und die Gründung des Staates Israel verhindern, die antisemitische palästinensische Nationalbewegung konnte erst nach dieser endgültigen Niederlage in einem Kampf, der nicht nur die Nicht-Existenz eines palästinensischen Staates, sondern auch die Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden zur Folge hatte, ihre Wirkungsmacht entfalten: durch den nationalen palästinensischen Gründungsmythos, al-Nakba, durch die Beschwörung des kollektiven Opfers, welches in der Katharsis der Nation, im Kampf gegen Juden und Kollaborateure, noch nicht gelang. Dass sich die Weigerung, sich für die Sache der Nation zu opfern, nur ja nicht wiederholen möge, dafür sorgen seither die arabischen Staaten, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, die palästinensischen Parteien und ihre Unterstützer im Westen, die alles dafür tun, dass die Palästinenser ihr in der Vergangenheit nicht allzu schlechtes Auskommen mit den Zionisten vergessen und dafür stets das vermeintliche Schicksalsereignis al-Nakba vor Augen haben. In solch einer Gesellschaft sind sämtliche Barrieren, die den Antisemiten vom „zur Tat schreiten" abhalten können, abhanden gekommen.■



Hillel Cohen, *Army of Shadows. Palestinian Collaboration with Zionism, 1917-1948*, University of California Press, Berkeley - Los Angeles 2008, 344 S., 26,99 Euro.

Marxismus-Mystizismus oder Kritische Theorie?

Dokumentation einer Debatte

Mit Beiträgen von
Joachim Bruhn, Ingo Elbe, Dirk Lehmann, Philipp Lenhard und der Redaktion Prodomo

Kostenloser Download unter:

http://www.prodomo-online.tk

Redaktion Prodomo (Hg.):

Marxismus-Mystizismus oder Kritische Theorie?
Debatte um Marxsche Positionen

edition prodomo

anzeige

Der Wein

*Teil 1**

GEORG WEERTH

Und dem Weisen ist zu gonnen,
Wenn am Abend sinkt die Sonnen,
Daß er in sich geht und denkt,
Wo man einen Guten schenkt.
Volkslied

I

Der Gott, der uns die Rebe gab,
Der hat uns auch geheißen:
Zu trinken bis ans kühle Grab
Den Roten wie den Weißen.

II

Es liegt die Welt voll Sonnenschein,
Die grünen Wälder winken.
Wir wolln in einem guten Wein
All unser Leid vertrinken.

Der Wein erfrischt das alte Mark,
Trink nun den Wunderkühlen!
Du wirst dich wie ein Simson stark
In deinen Knochen fühlen.

III

Du blondgelockter Kleiner,
Geh, sage deinem Herrn:
Ein Fläschlein Nierensteiner,
Den tränk ich gar zu gern.

Du bist ein schönes Kind,
Du blondgelockter Kleiner -
Geh, hole mir geschwind
Ein Fläschlein Nierensteiner!

IV

Die Sonnenrosse lenken
Schon in das Meer hinein -
Wie wär es, wenn wir tränken
Einen guten, kühlen Wein?

Den weißlichen vom Ätna,
Den dunklen von Bordeaux;
Sprecht! Oder seid ihr etwa
Bei rheinischem Weine froh?

V

Ich bin noch gar so jung
Und liebe schon den Trunk.
O heiliger Sankt Peter,
Was wird aus mir erst später,
Was wird aus mir erst werden, ach,
Wohl über Jahr und Tag!

VI

Spräch einer jetzt: „Mein Sohn,
Wir geben dir zum Lohn
Venedig und Milano -
Treibst du den Trunk piano!"
Ich spräche: „Gottes Wunder, nein,
Bringt mir 'ne Kanne Wein!"

** Das Gedicht wird in den nächsten Ausgaben der* **Prodomo** *fortgesetzt.*

Termine

Samstag, 10. Januar 2009
Smoke. Smoke that Cigarette! Eine Verherrlichung des Rauchens.
Ein Abend mit Klaus Bittermann (Verlag Edition Tiamat - Berlin).
Eine Veranstaltung mit Unterstützung der Antifa3D.
Cafe Steinbruch, Lotharstr. 315, Duisburg Neudorf, 20.00 Uhr.
VVK: 5,00 €, AK: 7,00 € (Tickets im Steinbruch).

Dienstag, 13. Januar 2009
Kino im Kult 41: *Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli.*
Dokumentarfilm von Markus Mischkowski, Christoph Burgmer und Siddho Varza, D 2003, 70 min.
Kult 41, Hochstadenring 41, Bonn, 20 Uhr.

Mittwoch, 14. Januar 2009
Von Adorno zu Foucault..
Vortrag von Manfred Dahlmann (ISF, Freiburg).
Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 (Spechtpassage), Freiburg, 20 Uhr.

Donnerstag, 15. Januar 2009
68 in Österreich: Von einer heißen Viertelstunde zum Hass auf Israel und die USA.
Vortrag von Stephan Grigat.
Jean Améry und die Neue Linke.
Vortrag von Esther Marian.
Hörsaal II, NIG, Universitätsstr. 7, Universität Wien, 19:30 Uhr.

Dienstag, 20. Januar 2009
Der Iran - Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer.
Vortrag und Buchpräsentation mit Stephan Grigat.
Seidlvilla, Nikolaiplatz 1b, München, 19:30.

Mittwoch, 21. Januar 2009
Der Iran - Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer.
Vortrag und Buchpräsentation mit Stephan Grigat.
Tübingen, 20 Uhr.

Freitag, 23. Januar 2009
Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik.
Buchvorstellung mit Ingo Elbe.
Infoladen Bremen, St.Pauli-Str.10-12, 20 Uhr.

Dienstag, 27. Januar 2009
Das Entkorken der Flaschenpost. Adorno, Horkheimer, Marcuse und ihre Frankfurter Studenten in den Jahren 1967 bis 1969.
Vortrag von Detlev Claussen.
Universität Bonn, Hörsaal 17 (Englisches Seminar), 20 Uhr.

Mittwoch, 28. Januar 2009
Neue Marx-Lektüre. Die Kritische Theorie als Programm einer neuen Aneignung der Kritik der politischen Ökonomie.
Vortrag von Helmut Reichelt.
Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 (Spechtpassage), Freiburg, 20 Uhr.

Mittwoch, 28. Januar 2009
Lesarten der Marxschen Theorie.
Vortrag von Ingo Elbe.
Stuttgart.

Donnerstag, 29. Januar 2009
Privateigentum – „tief im Wesen des Menschen" begründet? Zur Entstehung und Kritik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs.
Vortrag von Ingo Elbe.
Freiburg.

Dienstag, 2. Februar 2009
„Im Land der tausend Derbys." Zur Geschichte des Ruhrgebietsfußball.
Lichtbilder-Vortrag und Diskussion mit Hartmut Hering (Gelsenkirchen).
Eine Veranstaltung mit Unterstützung der Antifa3D.
Cafe Steinbruch, Lotharstr. 315, Duisburg Neudorf, 20.00 Uhr, Eintritt frei.

Mittwoch, 18. März 2009, 20h
Privateigentum – „tief im Wesen des Menschen" begründet? Zur Entstehung und Kritik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs.
Vortrag von Ingo Elbe.
Café Steinbruch, Lotharstraße 318, Duisburg.

Mittwoch, 22. April 2009
Kalkül und Wahn, Vertrauen und Gewalt. Vor dem Ausnahmezustand des Kapitals.
Vortrag und Diskussion mit Joachim Bruhn (ISF Freiburg).
Eine Veranstaltung der Antifa3D.
Cafe Steinbruch, Lotharstr. 315, Duisburg Neudorf, 20.00 Uhr, Eintritt frei.

Impressum

Prodomo e.V.

V.i.S.d.P.: B. Assion

Postfach 30 10 22
50780 Köln

Website:
www.prodomo-online.tk

ISSN:
1867-5832

E-Mail:
redaktionprodomo@yahoo.com

PDF-Abo:
prodomo_abo@yahoo.com

Prodomo - Zeitschrift in eigener Sache erscheint vierteljährlich als Onlinezeitschrift und kann kostenlos als PDF oder in kopierter Version zum Preis von € 3 + € 1 Porto bestellt werden.

Die Artikel spiegeln die Meinung der Autoren wieder und müssen nicht mit der der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Textvorschläge können per E-Mail eingesandt werden.